

# *Stenografischer Bericht*

## **21. Sitzung des Landtages Steiermark**

---

XVI. Gesetzgebungsperiode 15. Mai 2011

Beginn: 10.03 Uhr

Entschuldigt: LTAAbg. Kainz, LTAAbg. Anton Lang, LTAAbg. Ing. Maria Lipp (ab 13.00 Uhr), LTAAbg. Dr. Murgg (ab 13.00 Uhr).

Mitteilungen: (3298)

Nachruf: (3283)

### **D1. Einl.Zahl 1251/1**

*Dringliche Anfrage* der FPÖ an Landeshauptmann Mag. Voves, betreffend *Zwangsfusionen auf Bezirksebene*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (3347).

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Mag. Voves (3353).

Wortmeldungen: Erster Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (3359), Landeshauptmann Mag. Voves (3360), LTAAbg. Weber (3361), LTAAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (3363), LTAAbg. Schönleitner (3366), LTAAbg. Klimt-Weithaler (3370), LTAAbg. Kolar (3375), LTAAbg. Samt (3378).

Beschlussfassung: (3381).

### **1. Einl.Zahl 1213/1**

Besprechung der Antwort auf eine schriftliche Anfrage.

Betreff: *Verlangen auf Besprechung einer Anfragebeantwortung von Landesrat Seitinger.*

Begründung: LTAAbg. Ing. Jungwirth (3285).

Wortmeldungen: Landesrat Seitinger (3289), Landesrat Dr. Kurzmann (3293), LTAAbg. Ing. Jungwirth (3293).

### **2. Einl.Zahl 1214/1**

Besprechung der Antwort auf eine schriftliche Anfrage.

Betreff: *Verlangen auf Besprechung einer Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Voves.*

Begründung: LTAbg. Amesbauer, BA (3295).

Wortmeldung: Landeshauptmann Mag. Voves (3297).

### **3. Einl.Zahl 1003/5**

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Verwaltung, Verwaltungsreform und Regionen.

Betreff: *Veröffentlichung von Gutachten und Studien im Internet.*

Berichterstattung: LTAbg. Lechner-Sonnek (3299).

Wortmeldungen: LTAbg. Ing. Jungwirth (3300), LTAbg. Dipl.-Ing. Wöhry (3304), LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (3304), LTAbg. Ing. Jungwirth (3305), LTAbg. Dipl.-Ing. Wöhry (3307).

Beschlussfassung: (3308).

### **4. Einl.Zahl 1210/2**

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Soziales, Arbeitsmarkt, KonsumentInnenschutz, SeniorInnen, Jugend, Frauen, Familie und Integration.

Betreff: *Kostenloser Versicherungsschutz für ehrenamtlich Tätige.*

Berichterstattung: LTAbg. Klimt-Weithaler (3308).

Wortmeldungen: LTAbg. Klimt-Weithaler (3309), LTAbg. Kogler (3313), LTAbg. Breithuber (3314).

Beschlussfassung: (3316).

### **5. Einl.Zahl 1230/2**

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Verwaltung, Verwaltungsreform und Regionen.

Betreff: *Zwangsfusionen steirischer Bezirke.*

Berichterstattung: LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (3316).

Beschlussfassung: (3317)

### **6. Einl.Zahl 1159/3**

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Gesundheit und Pflege.

Betreff: *Gesetz, mit dem das Steiermärkische Gesundheitsfonds-Gesetz 2006 geändert wird.*

Berichterstattung: LTAbg. Barbara Riener (3317).

Wortmeldung: LTAbg. Barbara Riener (3317), LTAbg. Zelisko (3318), LTAbg. Dipl.-Ing. Hadwiger (3319).

Beschlussfassung: (3320).

#### **7. Einl.Zahl 848/4**

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Soziales, Arbeitsmarkt, KonsumentInnenschutz, SeniorInnen, Jugend, Frauen, Familie und Integration.

Betreff: *Abhaltung eines Jugendlandtages.*

Berichterstattung: LTAbg. Lercher (3320).

Wortmeldungen: LTAbg. Lercher (3321), LTAbg. Amesbauer, BA (3322), LTAbg.

MMag. Eibinger (3323), LTAbg. Klimt-Weithaler (3324), Landesrätin Mag. Grossmann (3325).

Beschlussfassung: (3326).

#### **8. Einl.Zahl 1223/2**

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Soziales, Arbeitsmarkt, KonsumentInnenschutz, SeniorInnen, Jugend, Frauen, Familie und Integration.

Betreff: *Strategische Ausrichtung des Landes Steiermark in der Kinder- und Jugendarbeit 2020.*

Berichterstattung: LTAbg. Maximilian Lercher (3326).

Wortmeldungen: LTAbg. Maximilian Lercher (3326), LTAbg. Lechner-Sonnek (3328),

LTAbg. MMag. Eibinger (3332), LTAbg. Schwammer (3334), LTAbg. Lercher (3336),

LTAbg. Amesbauer, BA (3337), Landesrätin Mag. Grossmann (3338).

Beschlussfassung: (3340).

#### **9. Einl.Zahl 1191/2**

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Soziales, Arbeitsmarkt, KonsumentInnenschutz, SeniorInnen, Jugend, Frauen, Familie und Integration.

Betreff: *Beschluss Nr. 367 vom 20.03.2012 betreffend Evaluierung Beiräte.*

Berichterstattung: LTAbg. Riener (3340).

Wortmeldung: LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (3340).

Beschlussfassung: (3342)

**10. Einl.Zahl 1225/2**

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Finanzen und Beteiligungen.

Betreff: *6. Bericht an den Landtag Steiermark über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2012 gem. Art. 41 Abs. 2 des L-VG 2010.*

Berichterstattung: LTAvg. Schwarz (3343).

Wortmeldung: LTAvg. Kolar (3343).

Beschlussfassung: (3345).

**11. Einl.Zahl 1227/2**

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Finanzen und Beteiligungen.

Betreff: *Altstandort DKH Schladming; Zusatzvereinbarung zum Optionsvertrag betreffend die Liegenschaft EZ 618, GB 67612 Schladming, Grundstück Nr. 810/1 zugunsten der Fa.*

*WEGRAZ Gesellschaft für Stadterneuerung und Assanierung mbH, Hartenaugasse 6a, 8010*

*Graz: Verlängerung der Kaufoption bis 31.12.2013.*

Berichterstattung: LTAvg. Zelisko (3346).

Beschlussfassung: (3346).

**Präsident Ing. Wegscheider:** Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren Abgeordnete, ich bitte die Plätze einzunehmen.

Hohes Haus! Heute findet die 21. Sitzung des Landtages Steiermark in der XVI. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie alle Zuseherinnen und Zuseher, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen.

Im Besonderen begrüße ich des Weiteren die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves an der Spitze sowie den Herren des Bundesrates recht herzlich.

Weiters darf ich begrüßen die Studentinnen und Studenten der KFU unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Klaus Poier und des Direktors des Landtages Steiermark, Herrn Dr. Jürgen Dumpelnik. Herzlich willkommen (*Allgemeiner Beifall*).

Für die heutige Sitzung sind entschuldigt: Herr LTAbg. Manfred Kainz, Herr LTAbg. Anton Lang, Frau LTAbg. Ing. Eva Maria Lipp (ab 13.00 Uhr), Herr LTAbg. Dr. Werner Murgg (ab 13.00 Uhr).

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand? Das ist nicht der Fall.

Sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus, ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben.

Bevor ich zur Tagesordnung übergehe, habe ich die traurige Pflicht, eines verdienten Mitgliedes des Landtages Steiermark zu gedenken.

Am 8. Mai dieses Jahres verstarb der ehemalige Landtagsabgeordnete Franz Ofner im 79. Lebensjahr. Gestatten Sie mir daher, einiges aus dem Leben und dem politischen Wirken von Herrn Franz Ofner in Erinnerung zu rufen.

Der Verstorbene wurde am 11. November 1933 in Graden als außereheliches Kind der Landarbeiterin Rosa Ofner geboren. Nach Beendigung der Pflichtschule im Jahre 1948 war Herr Franz Ofner bis 1951 als Gehilfe in der Landwirtschaft tätig. Anschließend absolvierte er eine Ausbildung zum Schweißer und war sodann bis 1955 bei der Firma Bauer in Voitsberg als Schweißer beschäftigt.

Im selben Jahr heiratete Franz Ofner seine Frau Maria, aus deren Ehe eine Tochter entsprang. Er hatte in seinem Leben auch die Freude, mit Enkel- sowie Urenkelkindern beschenkt gewesen zu sein.

Im September 1955 wechselte Herr Franz Ofner sodann zur Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft, wo er als Bergarbeiter tätig war. Hier begann dann auch sein politisches Engagement, als er dort ab 1963 als freigestellter Betriebsratsobmann und ab 1983 als Zentralbetriebsratsobmann gewirkt hat. Sein besonderes Anliegen war es, den Arbeiterfamilien mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und zu helfen, wo immer es ihm möglich war. Was ihm unter anderem in den Jahren von 1984 bis 1988 in seiner Funktion als Arbeiterkammerrat hervorragend gelungen ist.

Franz Ofner hat in vielen unterschiedlichen Funktionen sein politisches Geschick zum Allgemeinwohl eingesetzt. Wie zuvor erwähnt, begann das politische Wirken bereits in sehr jungen Jahren als Betriebsratsobmann. In den Jahren 1985 bis 1991 wirkte er auch als Gemeinderat in der Stadt Voitsberg.

Franz Ofner wurde am 18. Oktober 1986 als Abgeordneter unseres Hauses angelobt und blieb bis Juli 1991 im Landtag Steiermark. In dieser Zeit hatte er eine Reihe von wichtigen Funktionen inne, unter anderem war er Mitglied des Ausschusses für Arbeitsplatzsicherung,

in welcher er auch als Obmannstellvertreter fungierte. Weiters war er Mitglied im Petitionsausschuss sowie im Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft. Neben diesen Ausschüssen war er auch noch in zahlreichen Ausschüssen des Landtages Steiermark als Ersatzmitglied tätig.

Der persönliche Einsatz des Verstorbenen, sein beispielgebender Fleiß, sowie sein ehrlicher Wille zum Gestalten, zeichneten ihn aus. Sein Tod hinterlässt Schmerz und Trauer.

Hohes Haus, namens des Landtages Steiermark und im eigenen Namen danke ich Herrn Franz Ofner für die erbrachte Lebensleistung im Interesse und zum Wohle des Landes Steiermark.

Der Landtag Steiermark wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke für die Bekundung der Trauer und die Anteilnahme.

In der Landtagssitzung am 24. April 2012 wurde ein Antrag der Abgeordneten Ing. Sabine Jungwirth, Ingrid Lechner-Sonnek, Lambert Schönleitner, Hannes Amesbauer, BA, Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann, Dipl.-Ing. Gunter Hadwiger, Anton Kogler, Mag. Dr. Georg Mayer, MBL, Peter Samt, Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg, betreffend die Besprechung der Anfragebeantwortung durch Herrn Landesrat Johann Seitinger über Berufsrecht des wasserwirtschaftlichen Planungsorgans eingebracht.

Weiters wurde in der Landtagssitzung am 24. April 2012 ein Antrag der Abgeordneten Hannes Amesbauer, BA, Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann, Dipl.-Ing. Gunter Hadwiger, Anton Kogler, Mag. Dr. Georg Mayer, MBL, Peter Samt, Ing. Sabine Jungwirth, Ingrid Lechner-Sonnek, Lambert Schönleitner, Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg, betreffend die Besprechung der Anfragebeantwortung durch Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves über Zukunft der Bezirke Mürzzuschlag, Bruck/Mur und Leoben, eingebracht.

Ich komme nun zur Besprechung der ersten Anfragebeantwortung gem. § 67 GeoLT 2005 und weise hiebei auf die Bestimmung des § 67 Abs. 5 GeoLT 2005 hin, wonach die Besprechung der Anfragebeantwortung von einer bzw. einem Abgeordneten, der bzw. die das Verlangen unterzeichnet hat, eröffnet wird, wobei die Redezeit zehn Minuten beträgt. Danach kann sich je eine Rednerin bzw. ein Redner pro Klub mit einer Redezeit von fünf Minuten zu Wort melden. Bei gleichzeitiger Wortmeldung richtet sich die Reihenfolge der Worterteilung nach der Stärke der Klubs. Stellungnahmen von Regierungsmitgliedern dürfen nicht länger als zehn Minuten dauern.

Ich weise des Weiteren auf die Bestimmung des § 67 Abs. 6 GeoLT 2005 hin, wonach bei der Besprechung über die Beantwortung einer Anfrage der Antrag gestellt werden kann, der

Landtag nehme die Beantwortung zur Kenntnis oder nicht zur Kenntnis. Dem Antrag kann eine kurze Begründung beigegeben werden.

Zur Eröffnung der ersten Besprechung der Anfragebeantwortung des Herrn Landesrates Johann Seitinger erteile ich Frau Klubobfrau LTAbg. Ing. Sabine Jungwirth das Wort und verweise darauf, dass hierfür eine Redezeitbegrenzung von zehn Minuten gilt.

**LTAbg. Ing. Jungwirth (10.11 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Unsere schriftliche Anfrage, die heute besprochen wird, bezieht sich auf das Berufungsrecht des wasserwirtschaftlichen Planungsorganes im Zusammenhang mit dem Projekt der Errichtung eines Wasserkraftwerkes an der Schwarzen Sulm, bei dem die Uhr tickt. Denn dort soll an der Stelle, wo dieses Kraftwerk errichtet werden soll, an der Schwarzen Sulm, ein Naturjuwel zerstört werden. Die Steiermärkische Landesregierung ist zumindest bis jetzt in Tateinheit mit den privaten Projektwerbern, denn sie reagiert nicht auf diese Situation. Dass hier sofort etwas zu tun ist, wird einfach ignoriert und die Landesregierung hält sich bedeckt. Aber damit sich alle auskennen, in Kürze zusammengefasst die Geschichte. An der Schwarzen Sulm wurde vor vielen Jahren von der steirischen Landesregierung ein Wasserkraftwerksprojekt, wie gesagt, genehmigt, das sich im Natura 2000-Gebiet befindet. Das heißt, es handelt sich hier um ein Europaschutzgebiet. Die Strecke wurde zum Teil in der Zwischenzeit zum Naturdenkmal erklärt. Also in zwei Teilstücken wurde die Schwarze Sulm zum Naturdenkmal erklärt und Landesrat Seitinger hat seiner Zeit im ersten Verfahren, im ersten Behördenverfahren, als wasserwirtschaftliches Planungsorgan gegen den ausgestellten Bescheid der Landesregierung berufen. Das Verfahren ging somit in die zweite Instanz, zum Umweltministerium, von wo ein negativer Bescheid erlassen wurde. Der Projektwerber hat im Anschluss berufen und mittlerweile wurde vom Verfassungsgerichtshof entschieden, dass das Berufungsrecht des wasserwirtschaftlichen Planungsorganes verfassungswidrig sei und somit ist der Bescheid der ersten Instanz in Rechtskraft getreten. Das bedeutet nun, dass wir vor der Situation stehen, dass in einem Europaschutzgebiet ein Kraftwerksprojekt genehmigt wurde und das ist eine in Österreich einmalige Situation. Das möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen und betonen. So etwas gibt es in Österreich sonst noch nicht. Der WWF hat in einem Schreiben den Landeshauptmann darauf hingewiesen, was das für Konsequenzen hat. Nämlich, dass es sich hier um eine unglaubliche Naturzerstörung handelt und auch um eine unglaubliche Negativwerbung für die Steiermark. Dass in der Steiermark so mit der Natur

umgegangen wird, das ist beispiellos, wie gesagt. Da kann aus unserer Sicht nicht zugeschaut werden. Es ist einfach nicht tragbar, dass die Einzelinteressen eines Konsenswerbers, der ausschließlich von wirtschaftlichen Interessen angetrieben wird, die Reputation Österreichs und der Steiermark nach außen hin so schädigen. Das Lebensministerium hat übrigens mittlerweile auch reagiert und hat ein Schreiben an die Steiermärkische Landesregierung verfasst, in dem Sie, Herr Landeshauptmann, im Sinne der mittelbaren Bundesverwaltung aufgefordert werden, die erteilte Bewilligung zu prüfen, denn das Wasserrechtsgesetz gibt Ihnen diese Möglichkeit. Sie haben trotz der bereits erteilten Bewilligung die Möglichkeit, diese zurückzuziehen und die Wasserbenutzung auf Dauer zu untersagen. Aus meiner Sicht ist genau das jetzt Ihre Aufgabe. Oder ist das, was 2007 geschehen ist, nur ein Fake gewesen? Sie haben sich seinerzeit ablichten lassen gemeinsam mit dem seinerzeitigen Landesrat, Wegscheider, dem WWF und dem Naturschutzbund, wo Sie ein Herz für die Sulm präsentieren. Ein Plakat im Hintergrund, 5 vor 12 für die Sulm und es wird gefeiert, dass das Projekt gekippt wurde. Ich habe hier dieses Foto, ich gebe es Ihnen zur Erinnerung. Also, man muss sich schon fragen, was ist das von damals wert, wo Sie sich so präsentiert haben und nun schweigen Sie. Der Einzige, der bisher öffentlich Stellung bezogen hat, ist Landesrat Seitinger, der uns über die Medien mitgeteilt hat, dass er jede Möglichkeit nutzen wird. Allerdings sind seine Möglichkeiten leider begrenzt. Es sind nämlich andere Landesregierungsmitglieder in Wahrheit zuständig. Nämlich, der Landeshauptmann und Landesrat Kurzmann. Das heißt, die beiden Herren sind weiterhin in Deckung und in der Zwischenzeit ist auch die EU aktiv geworden. Es gibt bereits ein Schreiben der EU aus dem erkennbar ist, dass das Vorverfahren zum Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet wurde. Das ist kein Scherz. Denn die EU wird sich nicht auf der Nase herumtanzen lassen, das kann ich Ihnen sagen. Es ist aus der Sicht der EU nämlich in keinster Weise nachvollziehbar, wie das übergeordnete öffentliche Interesse, das seinerzeit herangezogen wurde, um dieses Projekt zu genehmigen, begründbar ist, bei einem derartig kleinen Kraftwerk, dass das übergeordnete öffentliche Interesse an der Energieerzeugung in diesem Fall mehr wiegen soll, als das Interesse am Schutz dieses Naturjuwels. Das Lebensministerium zählt in seinem Schreiben auch genauestens auf, warum nämlich genau der Naturschutz in diesem Fall das schlagkräftigere Argument ist. Ich zitiere das Schreiben: „Die Berufungsbehörde kam zu diesem Schluss, dass der Nutzen der Einhaltung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie im gegenständlichen Fall dieser ist, nachhaltiger Erhalt der betroffenen Gewässerstrecke als ererbtes Gut. Nachhaltiger Erhalt der biologischen Vielfalt im ursprünglichen Zustand im

Gewässer. Nachhaltiger Erhalt der Strecke als genetische Ressource für die Wiederbesiedelung anderer Strecken des gleichen Typs. Nachhaltiger Erhalt der Strecke in ihrer natürlichen und ursprünglichen Schönheit zur Erfüllung von Zielvorgaben und anderen EU-Richtlinien.“ – und so weiter. Es steht dann noch weiter, „Der Nutzen ist nur durch einen Erhalt des betroffenen Wasserkörpers in seinem derzeitigen sehr guten Zustand zu erreichen. Somit regt der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft eine Prüfung der erteilten Bewilligung gemäß § 21a, Wasserrechtsgesetz durch den Landeshauptmann der Steiermark als Wasserrechtsbehörde erster Instanz an. Sie also, verehrte Mitglieder der Landesregierung, Herr Landesrat Seitinger, Herr Landesrat Kurzmann und vor allem Sie, Herr Landeshauptmann Voves, haben es in der Hand dieses Projekt zu stoppen und die Verantwortung zu übernehmen. Sie können diesen Bescheid reparieren. Wenn Sie sich jetzt hinstellen und behaupten, ihnen seien die Hände gebunden, weil der Bescheid schon erlassen wurde, dann machen Sie sich an dieser Stelle einfach lächerlich. Sie machen sich gleichzeitig schuldig an den Strafzahlungen, die von der EU verhängt werden. Denn wie gesagt, die werden kommen. Ich komme mir an dieser Stelle wieder einmal wie die Cassandra vor, ich mag diese Rolle überhaupt nicht und ich habe sie regelmäßig. Aber es bleibt mir offensichtlich nicht erspart, immer wieder anzukündigen, was passieren wird. Wir haben das schon an anderer Stelle gehabt. Ich denke an die Umweltzone, beispielsweise, an die Diskussion um den Feinstaub in der Stadt Graz, wo ich Ihnen gesagt habe, was passieren wird, dass die EU sich das nicht gefallen lässt. Sie sind mit Scheuklappen durch das Land gerannt und haben so getan, als ob das alles nicht stimmt, was wir hier dargelegt haben. Jetzt, wo die EU reagiert hat, wird auf einmal dann alles umgedreht und Sie machen eine Kehrtwendung. Ich kann Ihnen sagen, die EU wird auch an dieser Stelle nicht anders reagieren. Bei der Schwarzen Sulm wird genau das Gleiche passieren. (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Woher wissen Sie das?“*) Weil es bereits das Schreiben gibt (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Sind Sie eine EU-Hellseherin?“*) Nein, es gibt das Schreiben und das reicht aus. Ich brauche keine EU-Hellseherin zu sein, um zu wissen was passiert. Wir haben es ja schon schriftlich (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Das ist etwas vermessen, solche Dinge zu sagen.“*) Das heißt, das was hier passiert, kann nicht toleriert werden und das Ganze hat nämlich größere Auswirkungen. Es geht in Wahrheit um weitere Konsequenzen. Wenn die EU unserem Land so etwas durchgehen lässt, was glauben Sie, was die Slowenen machen werden? Die warten geradezu nur darauf, dass der Naturschutz bei uns ignoriert wird, nämlich der Europaanaturschutz, weil die wollen ja die Grenzmur ausbauen, die bisher, Gott sei Dank

muss man sagen, öffentlich zumindest noch ausgeklammert wurde von den Ausbauplänen. Allerdings bin ich mir manchmal nicht so ganz sicher, ob die EStAG nicht im Hintergrund eh nur darauf wartet, dass der Naturschutz bei uns gekippt wird und die mit den Slowenen gemeinsame Sachen machen können. Ich erwarte mir eigentlich, dass es heute eine Klarstellung gibt von Ihnen, wie Sie zu diesem Projekt stehen. Ich erwarte mir hier und heute Antworten von allen Regierungsmitgliedern, die zuständig sind, und zwar, ob Sie dieses Projekt stoppen werden oder nicht. Ich möchte wissen, ob das Land Entschädigungen an die Projektwerber zahlen wird - Liechtenstein und Masser. Obwohl dies aus meiner Sicht nicht gerechtfertigt ist, denn Entschädigungen sind nur dann notwendig, wenn Fehler gemacht wurden von der Behörde. Solange die Behörde sich an das Verfahren gehalten hat, gibt es diesen Fehler nicht, auch wenn die Entscheidung aus meiner Sicht nicht korrekt war, aber dennoch sind Entschädigungen an den Projektwerber aus meiner Sicht nicht gerechtfertigt. Das betone ich an dieser Stelle und sollte es dazu kommen, werden wir den SteuerzahlerInnen mitteilen, dass auf ihre Kosten das Land Privatpersonen entschädigt. Oder die andere Geschichte, lassen Sie es auf das Vertragsverletzungsverfahren ankommen. Ich möchte wissen, ob Sie es darauf ankommen lassen. Weil das Vertragsverletzungsverfahren wird ebenfalls hohe Kosten verursachen und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben das dann zu berappen. Ich sehe nicht ein, dass so gehandelt wird, nur weil man nicht fähig ist, rechtzeitig Entscheidungen zu treffen. Ich sage es noch einmal. Die Uhr tickt dort. Die Projektwerber laufen in der Sulm herum, vermessen, stecken ab und erzählen der Bevölkerung in der Umgebung, dass sie in zwei Wochen zu bauen an fangen. Das heißt, ihre Entscheidungen sind dringend notwendig. Teilen Sie uns mit, ob Sie diese Verantwortung übernehmen oder nicht. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 10.21 Uhr)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke der Frau Klubobfrau. Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Womit ich nun zur Besprechung der zweiten Anfragebeantwortung gemäß gem. § 67 GeoLT 2005 komme.

Ich korrigiere, gehe noch um 30 Sekunden zurück. Es liegt eine Wortmeldung vor zur Besprechung der Anfragebeantwortung des Herrn Landesrates Johann Seitinger und zur Wortmeldung der Frau LTAbg. Ing. Sabine Jungwirth hat sich Herr Landesrat Seitinger zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Landesrat Seitinger** (10.22 Uhr): Danke Herr Präsident für die nochmalige Korrektur. Ich habe angenommen, dass auch die KPÖ und die FPÖ hier noch eine Wortmeldung abgibt, nachdem sie ja beide mitunterschrieben haben. Aber selbstverständlich will ich hier sehr klar Stellung nehmen zu dem Gesagten und zur Sache insgesamt. Meine Damen und Herren, es ist mit Sicherheit das sensibelste Projekt im Kraftwerksbau, im Wasserkraftwerksbau, das wir in der Steiermark kennen und das spürt man jetzt nicht nur anhand dieser Wortmeldung, sondern das zeigen auch die Genehmigungs- und Prozessverläufe der letzten Monate. Keines der nationalen Gewässer in Österreich beschäftigt die Europäische Kommission, die Behörden in der Steiermark, die Behörden aber auch in Wien und die Politiker so sehr wie die Schwarze Sulm zurzeit. Das muss man sehr deutlich sagen. Auch gleich vorweg zu meiner Aufgabe. Meine Aufgabe, damals im übertragenen Sinne, meine Abteilung, die Abteilung 19, das wasserwirtschaftliche Planungsorgan, so wird das in diesem Zusammenhang genannt, lag darin, eine wasserwirtschaftliche Seite zu beurteilen, die eigentlich im Hinblick auf die Einhaltung der EU-Wasserrahmenrichtlinie gedacht ist. Damit wir alle wissen, wovon wir reden. Ich habe da eine Landkarte mitgebracht, also die Steiermark kennen wir alle, und dieser kleine Zipfel hier im Westen der Steiermark betrifft diese Sache da hier. Von der Koralpe bis sozusagen in die Mittellage der Weststeiermark fließt diese Schwarze Sulm. Es ging also hier nicht um eine politische Bauchentscheidung, meine Damen und Herren, meinerseits, sondern um eine objektive Beurteilung dieser Investitionsmaßnahme im Bezug auf etwaige Verschlechterungen dieses sehr, sehr sensiblen Gewässerzustandes dort. Gleich vorweg auch, und das möchte ich auch sehr deutlich sagen, ich persönlich bin grundsätzlich in meiner politischen Denkweise und Auffassung ein Mensch der Ermöglichung und nicht der Verhinderung. Das soll einmal sehr, sehr klar gesagt sein und das möchte ich mit einem zweiten Bild beweisen. Wir haben derzeit in der Steiermark, und Sie werden es nicht glauben, 623 genehmigte Wasserkraftanlagen. Sehr, sehr viele auch in meiner Zeit genehmigt. Das heißt, wir sind an sich sehr, sehr gut aufgestellt und gleich vorweg, es wird auch weitere geben und geben müssen, wenn wir die Kyotovereinbarung einhalten wollen und wenn wir auch den energiepolitischen Plan weiter verfolgen werden. Was heute so manchem Investor hier zugemutet wird, das sage ich auch dazu, ist nicht mehr vertretbar. Daher haben wir natürlich auch hier im Besonderen dafür zu sorgen, dass in Zukunft Rechtssicherheit gegeben ist, dass in Zukunft die Verfahren schneller gehen und dass sich die Investoren auch darauf verlassen können, dass sich in ihrer Planungsphase sozusagen dieses Projekt auch abschließen lässt. Jetzt werden viele sagen, warum ist dann der Seitinger dagegen gewesen oder warum ist

das wasserwirtschaftliche Planungsorgan, das ich verantworten muss, dann letztlich dagegen gewesen? Ich kann das sehr deutlich begründen, meine Damen und Herren. Man darf in dieser Gesamtfrage das Gesamtziel nicht aus den Augen verlieren. Das Gesamtziel heißt, ein weiterer Ausbau der Wasserkraft. Ich sage nur als Beispiel dazu, hier ganz in der Nähe dieser Schwarzen Sulm ist in Zukunft ein Megawasserkraftprojekt geplant. Wenn wir also hier von diesem Schwarzen-Sulm-Ausbau, den wir heute hier behandeln, reden, dann reden wir von einem Kraftwerk mit 4.920 Kilowatt und ein Kraftwerk, das derzeit hier geplant wird und in Vorstellung an die Regierungsmitglieder bereits betroffen ist, spricht man hier von 1.000 Megawatt. Das heißt, das ist ein Vielfaches von dem, was hier gebaut wird. Daher, meine Damen und Herren, muss man diesen Ausbau dieser Schwarzen Sulm hier auch sehr sensibel betrachten und wie es die Frau Klubobfrau schon gesagt hat, das natürlich, wenn hier weiter betrieben wird, eine totale Provokation der Europäischen Kommission im Rahmen der Einhaltung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie ist. Wenn wir den Kraftwerksausbau hier an der Schwarzen Sulm sozusagen weiter vorantreiben, auch aus der Sicht der Regierung, dann müssen wir wissen, dass wir in Konfrontation mit der Kommission hier gehen, die das als absolutes No-Go sieht. Das heißt zwar nicht, dass die Europäische Kommission hier der Heilige Stuhl über das österreichische und steirische Wasserrecht ist, aber letztlich hat die Kommission sehr, sehr schmerzliche Instrumente, die im Rahmen von Vertragsverletzungsverfahren und im Rahmen von hohen Strafen uns sehr, sehr weh tun. Das muss man sehr deutlich hier sagen. Zum Zweiten, warum bin ich also hier dagegen gewesen? Das geplante Kraftwerk verschlechtert - das ist unumstritten so, das ist auch mehrfach begründet - den Zustand des derzeitigen Gewässers. Das war auch der Grund eigentlich meines Neins dazu, weil es hier tatsächlich augenscheinlich ist, dass diese relativ kleine Energiemenge, die also hier produziert wird, wenn man das so im übertragenen Sinne sagen darf, nicht in der Interessensabwägung mit der Verschlechterung hier ein Jahr des wasserwirtschaftlichen Planungsorganes sehen könnte. Man könnte auch hier noch einige Gründe anführen, die ja ohnehin längst kommuniziert sind. Die Chronologie dieser Causa prima hat Frau Klubobfrau bereits hier gesagt. Dieser wasserrechtliche Bescheid erging zugunsten des Projektbetreibers im Jahr 2007. Im Übrigen, auch eine naturschutzrechtliche Bewilligung erging damals und wir haben das dann gleich im Rahmen unserer Rechtsmittelfrist beeinsprucht. Dann kam es eben dazu, dass der Bundesminister oder das Bundesministerium als zweite Instanz gesagt hat, nein, das darf dort nicht stattfinden, wir geben dem wasserwirtschaftlichen Planungsorgan recht, das ist zu viel des Guten und meinem

Nein wurde sozusagen seitens des Ministeriums stattgegeben. Danach kam die Beschwerde der Projektbetreiber, beider Projektbetreiber an den Verfassungsgerichtshof, der dann letztlich in seiner Erkenntnis vom 16.3. gesagt hat - auf einfach „gedeutscht“ - der Herr Landeshauptmann als mittelbare Bundesverwaltung kann jetzt auf der einen Seite sagen: „ja, das Kraftwerk wird gebaut“ und auf der anderen Seite sagen: „nein, ich berufen dagegen.“ Damit wir aber das auch klar darstellen - ich muss den Landeshauptmann nicht verteidigen, der kann das sicher selbst mindestens so gut -aber in dieser Frage ist nicht der Herr Landeshauptmann als Person gemeint, sondern im Rahmen unserer Geschäftsverteilung sehr klar die Regierungsmitglieder gemeint, die davon betroffen sind. Das heißt, in dem Fall ist es jetzt der Herr Kollege Dr. Kurzmann, der für die wasserrechtliche Genehmigung letztlich, sozusagen, regierungsverantwortlich ist und der auch jetzt eine sehr schwierige Entscheidung treffen muss. Nämlich auf diese Frage des Bundesministers eine Antwort zu geben, ob jetzt eine nochmalige Prüfung hier dieser Causa prima seitens der Steiermark im Bereich des Wasserrechtes und in der Abwägung der wasserwirtschaftlichen Planungsinhalte nochmals erfolgen soll oder nicht. Faktum ist allerdings, und das ist jetzt etwas ganz Neues, der Verfassungsgerichtshof hat sehr, sehr klar gesagt, wenn der Landeshauptmann, in dem Fall wieder in mittelbarer Bundesverwaltung, für eine Sache in der Genehmigung verantwortlich ist, ist also in Hinkunft, ich spreche es jetzt wieder vereinfacht verständlich aus, der Seitinger als wasserwirtschaftliches Planungsorgan nicht mehr befugt hier eine Partei abzugeben, eine Parteienstellung hier sozusagen abzugeben. Das ist sehr klar heute oder in dem Fall 12.4., das war also damals der Ausspruch des Verfassungsgerichtshofs klar geregelt und daher ist das auch so zu sehen. Wie geht es nun weiter. Ich möchte schön langsam zum Schluss kommen. Am 7.3., meine Damen und Herren, hat dieser Arbeitskreis zum Schutz der Koralpe bei der Europäischen Kommission einen Antrag gestellt, ein neuerliches Vertragsverletzungsverfahren in dieser Causa prima einzuleiten. Und zwar im Bereich des Naturschutzes und im Bereich des Wasserrechtes. Das ist deshalb sehr entscheidend, weil ein solches Vertragsverletzungsverfahren bereits einmal eingeleitet war und das nur zurückgezogen wurde, weil ich damals als wasserwirtschaftliches Planungsorgan gesagt habe, nein, das darf nicht gebaut werden. Dass das der Verfassungsgerichtshof wieder umgedreht hat, war jetzt sozusagen für die Union oder für die Kommission besser gesagt, wieder ein Instrument das ich gesagt habe, jetzt zurück an den Start, jetzt müssen wir wieder neu überlegen. Dieses Schreiben der Kommission an den Bundesminister gibt es bereits und das Schreiben des Bundesministers an die Fachabteilung 13, also in dem Fall an das zuständige

Wasserrechtsorgan der Steiermark, gibt es bereits auch. Sie sagt hier sehr, sehr klar und auch der Bund sagt das sehr, sehr klar, ist die Frage der Abwägung dieser Umwelt- und öffentlichen Interessen hinreichend geprüft und gewürdigt worden. Ja oder nein, und zwar jetzt nach dem letzten Bewertungsurteil. Diese Frage wird also jetzt zu beurteilen sein. Wie die Frage beurteilt wird sowohl seitens des Landesrates, als auch seitens des Bundesministers, dann Richtung Kommission, entzieht sich meiner Kenntnis. Das kann ich Ihnen natürlich heute hier nicht sagen. Aber die Sache ist noch eine sehr lebendige, und zwar deshalb eine sehr lebendige, weil, und das hat die Klubobfrau ja schon richtig gesagt, inzwischen ein Naturdenkmal hier ausgerufen ist, weil auch der Bundesminister eine Handlung seitens der Steiermark erwartet, weil die Europäische Kommission noch abwartet, wie jetzt die Stellungnahme des Nationalstaates Österreich in diesem Zusammenhang sein wird und weil eben dieser Zustand des Wassers dort tatsächlich im Rahmen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie beeinflusst und zwar negativ beeinflusst wird. Wie wir die NGO's alle so kennen, werden sie auch ihrem Erfindungsreichtum noch Rechnung tragen, das heißt, es ist durchaus zu rechnen, dass das noch eine Weile dauern wird oder, dass hier noch spießige Antworten zu finden sind. Meine Damen und Herren, es steht mir nicht zu an sich dem Konsenswerber hier einen Ratschlag zu geben, aber wäre ich Konsenswerber, würde ich sehr gut darüber nachdenken, ob der Energieaufwand, um diese Sache durchzudrücken, nicht etwas größer ist, als die Energieleistung des Kraftwerkes, das letztlich dann berechnet wird und die Entscheidung so zu treffen ist. Aber wie gesagt, ich bin nicht Konsenswerber. Ich möchte nur das Ganze auch im Sinne dieses Megaprojektes, das direkt neben errichtet werden soll, schon auch sehen. Ich glaube, eine vernünftige Abwägung dieser Interessen sollte durchaus mit angedacht werden. Damit es zu solchen Prozessen in Zukunft nicht mehr kommt, möglichst nicht mehr kommen soll, haben wir jetzt in der Vorbereitung einen Katalog über alle steirischen Wasserstrecken eingerichtet, der gemeinsam mit den NGO's und Betreiberinteressen ausgearbeitet wird. Das heißt, dass wir im Vorfeld bereits wissen, wo ist No-Go und wo ist You-Can. Das ist der entscheidende Punkt und ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. In Summe hoffe ich doch, dass ich einiges Licht hier in diese Sache bringen konnte und danke für ihre Aufmerksamkeit. Danke Herr Präsident für ihre Nachsicht.

*(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.35 Uhr)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke dem Herrn Landesrat. Es liegen mir jetzt noch zwei Wortmeldungen vor. Zunächst zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Dr. Kurzmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Landesrat Dr. Kurzmann (10.35 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren im Zuschauerraum!

Ich bin im Oktober 2010 als Regierungsmitglied hier angelobt worden. Die Entscheidungen davor habe ich nicht mit beeinflusst, aber Kollege Seitinger hat die Vorgeschichte jetzt sehr detailliert dargelegt. Beim Wasserrecht, meine Damen und Herren, handelt es sich um eine Norm, die in mittelbarer Bundesverwaltung vollzogen wird, weshalb also in erster Linie Herr Bundesminister dafür zuständig ist. Es handelt sich also, damit hier nicht falsche Eindrücke aufkommen um ein nicht öffentliches Verfahren. Ich bin derzeit an die Amtsverschwiegenheit gebunden, nur so viel zur Bemerkung von Frau Klubobfrau, „die Regierung hält sich bedeckt“. Es geht gar nicht anders. Ich bin mir aber der Verantwortung sowohl als Umweltlandesrat, als auch als Naturschutzlandesrat aber auch als Behörde im Wasserrechtsverfahren durchaus bewusst. Das ist auch der Grund, warum ich heute inhaltlich keine weitergehenden vorschnellen Äußerungen tätigen werde. Der Brief hat mich auch erreicht, das ist klar. Versprechen kann ich Ihnen, dass ich durch die zuständige Fachabteilung den Sachverhalt genau prüfen lassen werde und dann entscheiden werde, wenn die Entscheidungsgrundlage gegeben ist. Das ist heute noch nicht der Fall. *(Beifall bei der FPÖ – 10.37 Uhr)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke Herr Landesrat. Nächste Wortmeldung Frau Klubobfrau Sabine Jungwirth. Ich erteile ihr das Wort.

**LTAbg. Ing. Jungwirth (10.37 Uhr):** Danke Herr Präsident!

Ich möchte schon noch auf ein paar Dinge eingehen, die da gesagt wurden. Sie Herr Landesrat Seitinger haben gesagt, Sie arbeiten an diesem Katalog der No-Go und You-Can arrears, um den Projektwerbern zu mehr Planungssicherheit zu verhelfen. Ich habe an dieser Stelle schon einmal gesagt, dass ich das durchaus begrüße und dass das in unserem Sinne ist. Wir sind gerne bereit zusammenzuarbeiten, soviel vorweg einmal. Sie haben auch gesagt, Sie empfehlen dem Konsenswerber nachzudenken, ob der Energieaufwand des Kraftwerkes dafür

steht, für den Energieaufwand den es kostet, zu dieser Bewilligung zu kommen. Na ja, genau genommen ist es ja so, dass dieses Projekt noch einen zweiten Teil hat, der bis jetzt noch nicht genehmigt worden ist und ich möchte das hier auch noch öffentlich machen. Denn dort rechnet sich der Energieaufwand für den Projektwerber auf jeden Fall. Es geht nämlich in diesem zweiten Teil des Projektes, in einer zweiten Stufe dann um die Errichtung eines Trinkwasserkraftwerkes, das das Wasser fast oben am Koralpenspeik fangen soll. Wo aus meiner Sicht es aber schon höchst problematisch ist, falls dies genehmigt werden sollte, denn hier würden sich Privatpersonen am öffentlichen Gut Wasser bereichern. Der Verdacht liegt nahe, dass die Vorbereitungen zur Genehmigung des Teils zwei schon getroffen sind, denn im ersten Bescheid zum Wasserkraftwerk ist bereits einiges vorweggenommen, was den zweiten Teil des Projektes, nämlich das Trinkwasserkraftwerk betrifft. Es ist beispielsweise schon festgelegt wie es aussieht mit den Entschädigungszahlungen für die Sportangler. Oder es ist bereits im ersten Teil die Verlegung der trinkwassergeeigneten Rohre genehmigt. Auffällig ist auch, dass die Investitionssumme für das Trinkwasserkraftwerk ungefähr bei 5,4 Millionen Euro liegt und im Bescheid festgeschrieben ist, dass das Wasser, das dann dort in Zukunft entnommen wird, einen Wert hat von ca. 2,8 Millionen pro Jahr. Also das ist das, was sich eigentlich rechnet an diesem ganzen Projekt und nicht so sehr die Energieerzeugung von diesem kleinen Wasserkraftwerk. Deswegen muss man sagen, dass ist das wahre Geschäft, das ist das, was dahinter steht. Wenn einmal dort die Natur zerstört ist, wenn einmal der Eingriff da ist, dann wird es wahrscheinlich leichter sein, oder sogar sehr leicht sein, auch dieses Trinkwasserkraftwerk genehmigt zu bekommen. Das ist das, was die eigentliche Geschichte im Hintergrund ist, die diesen Energieaufwand, den der Projektwerber schon seit Jahren jetzt betreibt, wahrscheinlich rechtfertigt aus meiner Sicht. Denn ansonsten muss man sich wirklich fragen, ob er nicht rechnen kann. Es ist also für mich genau das zu hinterfragen, ob es tatsächlich im öffentlichen Interesse sein kann, dass das Allgemeingut Wasser von privaten Personen an die Bevölkerung dann verkauft wird. Also das, was uns in Wahrheit allen gehört, soll dann von Privatpersonen wieder an die Bevölkerung zurückverkauft werden. Kann es sein, dass sich Privatpersonen am Wasser so bereichern können? Man muss sich auch fragen, ob die Trinkwasserversorgung in Zukunft dann leistbar sein wird. Ob sie leistbar sein wird angesichts der Klimaveränderungen, die stattfinden. Die Expertinnen und Experten prophezeien uns, dass das Gut Wasser eines der Kapitel ist, das das höchste Potenzial hat, noch einen Weltkrieg auszulösen in Zukunft, weil wir hier Schwierigkeiten vor uns haben. Ich finde es äußerst unverantwortlich, das in die Hand von Privatpersonen zu geben, die dann den

Preis bestimmen und die Bevölkerung kann sich dann womöglich irgendwann einmal das Wasser nicht mehr leisten. Das, was das notwendigste ist für unser Leben, wo wir nach drei Tagen bereits sterben, wenn wir es nicht haben. Ich halte das wirklich für unverantwortlich und fahrlässig. Ich sage jetzt hier an dieser Stelle noch einmal. Ich denke auch, dass die Genehmigung von solchen Vorhaben ein glattes Versagen der öffentlichen Hand wäre und Neoliberalismus in Reinform darstellt. Wo das hinführt, wenn die Landesregierung solche Dinge genehmigt, das kann man sich ausrechnen. Für mich führt das in den Abgrund. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 10.41 Uhr)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Danke den Debattenrednern.

Ich komme nun zur Besprechung der zweiten Anfragebeantwortung gemäß gem. § 67 GeoLT 2005. Zur Eröffnung der Besprechung dieser Anfragebeantwortung an Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves erteile ich Herrn LTAvg. Hannes Amesbauer das Wort und verweise auch hier darauf, dass eine Redezeitbegrenzung von zehn Minuten beträgt. Ich erteile ihm das Wort.

**LTAvg. Amesbauer, BA (10.42 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren der Landesregierung, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, werte Zuseher!

Wir haben eine schriftliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann eingebracht, am 8. Februar dieses Jahres, mit dem Betreff Zukunft der Bezirke Mürzzuschlag, Bruck an der Mur und Leoben. In dieser Anfrage haben wir 16 sehr konkrete Fragen gestellt. Ich werde Ihnen hier die wichtigsten dieser Fragen noch einmal kurz näher bringen. Und zwar haben wir unter anderem gefragt: Gibt es Vorbereitungen die Bezirke Bruck an der Mur und Mürzzuschlag zusammen zu legen? Wenn ja, wie sehen diese Vorbereitungen im Detail aus? Wann würde es zu einer Zusammenlegung kommen? Welchen Namen würde der neue Bezirk haben? Wir haben auch gefragt, wie hoch das Einsparungspotenzial aus einer solchen Zusammenlegung wäre. Wir haben das gleiche auch bei Leoben abgefragt. Ob auch Leoben in die Überlegungen einbezogen wird. Wir sind eigentlich darauf gekommen, diese schriftliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann zu richten, weil der Herr Landesrat Seitinger einige Tage vorher bei einer Pressekonferenz gesagt hat, dass es schon konkrete Vorbereitungen gibt, die beiden Bezirke Bruck und Mürzzuschlag zusammen zu legen und da dachten wir, gehen wir der Sache näher auf den Grund und haben uns vom Herrn Landeshauptmann auch konkrete

Informationen dazu erwartet. Wir haben auch gefragt, wo der Standort der künftigen Bezirkshauptmannschaft sein wird. Ob in jener Bezirkshauptstadt, jetzigen Bezirkshauptstadt, wo die BH dann nicht mehr den Standort haben wird, ob es da zu Verschlechterungen der Serviceleistungen für die Bürger kommt, zu längeren Anfahrtswegen. Ob die Beschäftigten mit einer Verlegung ihres Dienstpostens oder Dienstortes rechnen müssen. Wenn ja, wohin? Wir haben weiters gefragt, ob Dienstposten gestrichen werden und auch wo die Bezirkshauptstadt wäre, wie der Bezirk heißen würde. Wie Sie sehen, 16 sehr detaillierte Fragen gestellt am 8. Februar. Es ist dann am 17. April von Ihnen, Herr Landeshauptmann, die Antwort eingelangt zu unseren 16 Fragen. Die Antwort lautet folgendermaßen, ich zitiere: „Die Überlegungen zu einer weiteren Neustrukturierung der steirischen Bezirke sind im Laufen, aber noch nicht abgeschlossen. Daher ist eine Beantwortung der Fragen nicht möglich.“ Zwei Tage später, am 19.4., gab es eine Pressekonferenz des Herrn Landeshauptmannes und des Herrn Landeshauptmannstellvertreters wo die Fusion der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde und wo alle Details wie Bezirkshauptmannschaft, Standort der BH, die Funktion der Posten des Bezirkshauptmannes, das alles wurde bekannt gegeben. Bei allem Respekt für Ihre Arbeit, wir sehen ja, dass Sie manchmal - ich unterstelle Ihnen nicht, langsam zu sein, Sie sind manchmal schnell, manchmal zu schnell und überhastet, wie man auch im Bereich des Vulkanlandes gesehen hat, wo Sie zurückrudern mussten, aber dass Sie an einem Tag, nämlich am 18. April, am 17. haben wir die Antworten bekommen und am 19. haben Sie das Ergebnis verkündet. Also, dass Sie am 19. April alles verhandelt und alles ausgemacht haben und alles geregelt haben und einen Tag vorher noch nichts dazu sagen konnten, das kann ich in dieser Form nicht ganz glauben. Ich möchte auch sagen, bei dieser Besprechung ihrer Antwort geht es uns jetzt nicht um Inhaltliches oder auch nicht um Standpunkte, wie steht man grundsätzlich dazu. Bei dieser Besprechung geht es uns darum, wie und auf welche Art und Weise mit dem parlamentarischen Instrument der schriftlichen Landtagsanfrage umgegangen wird. Wie dieses Instrument wertgeschätzt wird und wie ernst das auch genommen wird. Inhaltlich ist nicht viel zu sagen, weil wir mittlerweile die Antworten wissen. Spätestens seit letztem Freitag wissen wir alle worum es geht und das muss ich Ihnen auch zugestehen, es schaut ja für die Bezirke Bruck und Mürzzuschlag gar nicht so schlecht aus, wenn denn dann alles so kommt, wie Sie es gesagt haben. Wir werden da sehr wachsam bleiben. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang, Herr Landeshauptmann, war Ihre Aussage, was den Standort des Bezirkspolizeikommandos betrifft. Ich begrüße natürlich als Mürzzuschlager den Standort in Mürzzuschlag ausdrücklich,

jedoch hatten Sie als Begründung unter anderem angeführt, weil in der Region so viele Asylanten beheimatet sind, oder untergebracht sind. Das ist ein Faktum, dass wir seit Jahren kennen, wissen, immer wieder darauf hinweisen, aber sehr bemerkenswert Herr Landeshauptmann, dass Sie das auch erkannt haben. Wie gesagt, abschließend erhoffe ich mir wirklich von Ihnen eine Aussage dazu, warum Sie uns die Antwort verweigert haben, jegliche Information, obwohl scheinbar alles unter Dach und Fach war und wie ernst Sie, Herr Landeshauptmann, das parlamentarische Instrument der schriftlichen Anfrage nehmen. Warum haben Sie uns nichts gesagt, obwohl alles bereits ausgehandelt war. Ich bin gespannt auf Ihre Antwort. *(Beifall bei der FPÖ – 10.47 Uhr)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann Mag. Franz Voves. Ich erteile ihm das Wort.

**Landeshauptmann Mag. Voves (10.47 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren!

Die schriftliche Anfrage hat mich am 8.2. wie gesagt erreicht, am 12. April habe ich geantwortet, also das Schreiben datiert vom 12. April. Ich möchte hier ganz klar und deutlich sagen, dass sollte in keinster Weise ein Affront sein. Das ist überhaupt nicht meine Haltung zu schriftlichen Anfragen. Aber bitte verstehen Sie eines, weil Sie ja wissen, in der politischen Diskussion ist das völlig üblich, dass auch die Reformpartner, der Kollege Schützenhöfer sagt es ja auch - wir streiten uns auch zu unseren Entscheidungen, aber halt hinter verschlossenen Türen, zu diesem Zeitpunkt, am 12. April, womit ich aber auch langsam die Termine überschritten gehabt hätte, die diese schriftliche Anfrage vorsieht, hatte ich wirklich noch nicht mit der ÖVP vereinbart, wie wir die Inhalte gestalten wollen. Also überhaupt kein Affront, ich bitte Sie, das wirklich so entgegen zu nehmen. Es war einfach wirklich der Umstand, jetzt glauben Sie mir halt wieder einmal nicht, dass wir zum Zeitpunkt dieses Antwortschreiben, nämlich am 12. April, wirklich noch nicht mit der ÖVP in dieser Frage einig waren, wie wir inhaltlich die Standorte ausgestalten wollen. Alleine der Umstand, dass wir erst am 11. Mai 2012 dann wirklich dieses Zwei-Standorte-Modell präsentiert haben, müsste Ihnen das auch belegen. Schauen Sie, die Bundesregierung hat auch gestern bis am Abend gearbeitet, um heute im Ministerrat dann das Parteientransparenzgesetz jedenfalls vorzulegen und genau so ist es bei uns in der Reformpartnerschaft. Wir arbeiten auch bis zum Tag davor und dann meinen wir gemeinsam, ist es besser, gleich zu informieren, damit es

nicht von anderen hinaus dringt und so war es auch in diesem Fall. Kein Affront gegen die Fraktion, die hier diese Anfragebeantwortung von mir schriftlich verlangt hat. *(Beifall bei der SPÖ – 10.50 Uhr)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke dem Herrn Landeshauptmann. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Bekanntgabe von schriftlichen Anfragen und Anfragebeantwortungen:

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass gem. § 66 Abs. 1 GeoLT 2005 zwölf schriftliche Anfragen eingebracht wurden und zwar von Abgeordneten der FPÖ zwei Anfragen, Grüne acht Anfragen sowie der KPÖ zwei Anfragen.

Die Anfragen wurden an folgende Regierungsmitglieder eingebracht:

Landesrat Dr. Christian Buchmann zwei Anfragen, Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder drei Anfragen, Landesrat Dr. Gerhard Kurzmann eine Anfrage, Erster Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer zwei Anfragen, Landesrat Johann Seitinger eine Anfrage, Landesrätin Dr. Bettina Vollath zwei Anfragen, Landeshauptmann Mag. Franz Voves eine Anfrage.

Es wurden fünf Anfragebeantwortungen gem. § 66 Abs. 3 GeoLT 2005 seitens folgender Regierungsmitglieder eingebracht:

Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder eine Anfragebeantwortung, Erster Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer eine Anfragebeantwortung, Landeshauptmannstellvertreter Siegfried Schrittwieser eine Anfragebeantwortung, Landesrätin Dr. Bettina Vollath eine Anfragebeantwortung, Landeshauptmann Mag. Franz Voves ebenfalls eine Anfragebeantwortung.

Besprechung der Antwort gem. § 67 GeoLT 2005:

Gem. § 67 Abs. 2 haben die Abgeordneten, Claudia Klimt-Weithaler, Dr. Werner Murgg, Hannes Amesbauer, BA, Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann, Gunter Hadwiger, Anton Kogler, Peter Samt, Ing. Sabine Jungwirth, Ingrid Lechner-Sonnek und Lambert Schönleitner einen Antrag auf Besprechung einer Anfragebeantwortung von Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer zu Einl.Zahl 1097/2, eingelangt am 15. Mai 2012, betreffend gesetzwidrige Nichterlassung der Verordnung gem. § 232 Abs. 2 Stmk. L-DBR, eingebracht.

Dieser Antrag auf Besprechung einer Anfragebeantwortung hat die erforderliche Unterstützung, wie vorgelesen, von zehn Abgeordneten.

Damit findet die Besprechung der Anfragebeantwortung am Beginn der nächstfolgenden Sitzung statt.

Einbringung einer Dringlichen Anfrage:

Am Dienstag, dem 9. Mai 2012 wurde um 16.55 Uhr von den Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves betreffend „Zwangsfusionen auf Bezirksebene“ eingebracht.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des § 68 Abs. 2 GeoLT 2005 nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls aber um 16.00 Uhr beginnen.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage findet gemäß § 68 Abs. 3 und 5 GeoLT 2005 eine Wechselrede statt.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT 2005 über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

**3. Bericht des Ausschusses für Verwaltung über den Antrag, Einl.Zahl 1003/1, der Abgeordneten Ing. Sabine Jungwirth, Lambert Schönleitner und Ingrid Lechner-Sonnek, betreffend Veröffentlichung von Gutachten und Studien im Internet.**

Berichterstatterin ist Frau LTAbg. Ingrid Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

**LTAbg. Lechner-Sonnek (10.54 Uhr):** Danke Herr Präsident.

Es geht um den Bericht des Ausschusses für Verwaltung; Betreff Veröffentlichung von Gutachten und Studien im Internet.

Der Ausschuss „Verwaltung“ hat in seinen Sitzungen vom 7.2.2012 und 8.5.2012 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Verwaltung“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Verwaltung zum Antrag Einl.Zahl 1003/1 der Abgeordneten Ing. Sabine Jungwirth, Lambert Schönleitner und Ingrid Lechner-Sonnek betreffend

Veröffentlichung von Gutachten und Studien im Internet wird zur Kenntnis genommen (10.54 Uhr)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke der Berichterstatterin. Zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Ing. Sabine Jungwirth. Ich erteile ihr das Wort.

**LTabg. Ing. Jungwirth (10.55 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Veröffentlichung von Gutachten und Studien im Internet wäre aus meiner Sicht ein Zeichen für den Willen für Transparenz. Aber die Landesregierung verschanzt sich in ihrer Antwort auf meinen Antrag in ihrer Stellungnahme hinter der EU. In der Stellungnahme der Landesregierung, die uns jetzt nämlich als Abänderungsantrag vorliegt, wird als Ausrede angeführt, warum es nicht möglich sein soll, die von der Landesregierung beauftragten Gutachten und Studien im Web zu veröffentlichen. Und zwar deswegen, weil gerade die Überarbeitung der Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen aus dem öffentlichen Sektor stattfindet. Im Klartext heißt das, die Landesregierung will sich weiterhin nicht in die Karten schauen lassen und die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP machen hier im Landtag die Mauer. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, denn ich bin sicher, dass Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von SPÖ und ÖVP, Zugang zu diesen Informationen erhalten, wenn Sie sie benötigen, im Gegensatz zu uns und im Gegensatz zur Bevölkerung. Dabei hat gerade die Debatte der letzten Wochen rund um die Veröffentlichung der Namen der Beraterinnen und Berater der Landesregierung gezeigt, dass die Bevölkerung sich die Heimlichtuerei nicht länger gefallen lässt und auch wir nicht. Obwohl vonseiten der SPÖ/ÖVP alles unternommen wurde hier zu vertuschen, wer die AuftragnehmerInnen der Regierungsbüros der letzten Jahre waren, ist der Druck in der letzten Woche dann doch so groß geworden, dass sie sich dem nun nicht mehr länger entziehen konnten. Jetzt wurde die Flucht nach vorne angetreten. Heute Morgen wurde endlich diese Liste bekannt gegeben und wir haben die Listen nun endlich bekommen. Da gibt es schon einige Auffälligkeiten. Das ist auch schon seinerzeit in dem Bericht des Landesrechnungshofes angeführt worden. Nämlich, dass das Vergaberecht gebrochen wurde, nämlich, dass die Geschäftsordnung der Landesregierung gebrochen wurde, dass es diverse Naheverhältnisse gibt, die offensichtlich geworden sind. Es ist auch bei einigen zu hinterfragen, wie notwendig die erbrachten Leistungen tatsächlich waren. Oder, man muss sich auch manchmal fragen, ob Personen über

Aufträge versorgt wurden. Ich möchte allerdings schon auch festhalten, dass es einzelne Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer gibt, die durchaus sinnvolle und gerechtfertigte Verträge bekommen haben und sinnvolle und gerechtfertigte Aufgaben erfüllt haben. Es sollten nicht alle unter Generalverdacht gestellt werden, das muss man schon sagen. Aber es gibt doch eine ganze Reihe an Einzelfällen - kann man nicht einmal sagen - , sondern es ist eben eine Vielzahl an Fällen, die genau angeschaut werden muss und wir werden dafür sorgen, dass die Bevölkerung erfährt, wie mit den Steuergeldern umgegangen wird. Wenn die Landesregierung nun aber mit Steuergeldern sorgfältig umgeht, wenn die Studien und Gutachten gerechtfertigt werden und ordentlich vergeben worden wären, dann sollte eben diese Veröffentlichung kein Problem darstellen. Also, nicht nur die Beraterverträge, Beraterinnenverträge sind es, um die es uns geht, sondern wir wollen auch Einblick haben in die anderen Leistungen, Gutachten und Studien, wie gesagt. Ich bleibe dabei, eine transparente Landesregierung würde dafür sorgen, dass ihre Entscheidungen nachvollziehbar sind. So gesehen, müsste es ja sogar in Ihrem Interesse sein, denn ich sehe hier auch eine Chance in der Transparenz. Das müsste für Sie erkennbar sein. Die Chance, dass die Menschen verstehen und dass auch wir vielleicht einmal das eine oder andere verstehen, warum Sie sich so oder so entscheiden. Solange Sie alles unter Verschluss halten, muss man quasi misstrauisch sein, denn irgendetwas muss da eigenartig sein, wenn man nicht bekannt geben kann, warum man sich in die eine oder andere Richtung entschieden hat. Wir fragen uns das schon. Wir fragen uns wirklich, was hinter dieser Geheimniskrämerei steckt. Ist es vielleicht so, dass vielleicht nicht alle Studien die gewünschten Ergebnisse liefern und Sie das eine oder andere Mal aus machtpolitischen Gründen andere Entscheidungen treffen, nämlich gegen die Empfehlungen der Expertinnen und Experten? Ich frage mich das schon, ich frage mich das regelmäßig. Oder ist es etwa so, dass immer wieder einfach etwas ausgelegt und zitiert wird, wie es einem gerade am besten entgegenkommt. Ich kann mich erinnern, dass beispielsweise im Zusammenhang mit der Diskussion um die Gemeindestrukturreform Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer sich hingestellt hat und die Studie des WIFO und KDZ herangezogen hat, sich darauf berufen hat, um zu rechtfertigen, warum diese Gemeindestrukturreform durchgeführt wird in dieser Form. Dabei steht genau in dieser Studie als Empfehlung am Ende drinnen die Kooperation der Gemeinden und nicht die Zusammenlegung. Das hat er aber verschwiegen. Er hat es genauso teilzitiert, dass es seinem Zweck gedient hat. Das ist das, was ich meine. Ich glaube, dass es auch oftmals in anderen Zusammenhängen so ist und dass genau deswegen Studien und Gutachten unter Verschluss

gehalten werden und nicht öffentlich gemacht werden. Aus volkswirtschaftlicher Perspektive ist es ein kompletter Humbug, die Zahlen, Fakten, Daten, die mit öffentlichen Geldern erarbeitet und zusammen getragen werden, von den BürgerInnen bezahlt werden, nicht zu veröffentlichen. Wie viel Zeit verbringen wohl Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer oder auch Selbstständige damit zu recherchieren, Material zusammen zu tragen, das es längst gibt, das die Landesregierung hat, aber nicht freigibt. Mir persönlich ist es oft so gegangen. Ich hätte in meiner Arbeit immer wieder verschiedenste Unterlagen brauchen können, von denen ich angenommen habe oder annehmen musste, dass es sie gibt, denn das war aus diversen Meldungen der Landesregierung erkennbar, dass es dieses Material, das ich gebraucht hätte, als ich noch seinerzeit nicht im Landtag war, dass es das auch geben muss. Es war nicht möglich das zu bekommen, im Weg sowieso nicht zu finden, also habe ich viel Zeit damit verwendet, Dinge zusammen zu tragen. Ich wette mit Ihnen, dass das vielfach passiert ist. Es ist ein volkswirtschaftlicher Schaden, den Sie hier produzieren. Ich sehe nicht ein, dass das, was die Bevölkerung mit Steuermitteln finanziert, dann nicht für alle zugänglich sein soll. Auch die Ausrede der urheberrechtlichen Probleme kann ich hier nicht stehen lassen, das kann ich nicht gelten lassen, denn das ist lösbar. Bevor Sie sich mit dieser Ausrede jetzt hier herauszuwinden versuchen, ist ohnehin keiner mehr da (*Unverständlicher Zwischenruf*) – vielleicht bringen Sie ja diese Ausrede für alle anderen, ich weiß es ja nicht, aber es ist anzunehmen, dass wieder damit argumentiert wird, dass ja das nicht möglich wäre und ich sage Ihnen, es ist möglich. Man braucht nur in die Verträge eine Klausel hineinnehmen, nämlich die, dass den Auftragnehmern von Anfang an klar gemacht und vereinbart wird, dass ihre Gutachten und ihre Studien anschließend veröffentlicht werden und damit zu Allgemeingut werden. Ich bringe deswegen meinen Entschließungsantrag ein.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. in Beraterverträgen vertraglich festzulegen, dass Name, Auftragssumme und Leistung in Hinkunft veröffentlicht werden dürfen und diese Daten zeitnah im Internet zu veröffentlichen,
2. bezüglich aller Studien und Gutachten, die von ihr in Auftrag gegeben werden, vertraglich zu vereinbaren, dass diese veröffentlicht werden dürfen, und diese zeitnah im Internet zu veröffentlichen,
3. Regierungsbeschlüsse nicht mehr länger geheim zu halten und nach dem Vorbild der

Wiener Landesregierung festzulegen, dass den Abgeordneten Einsicht in Regierungsbeschlüsse gewährt wird,

4. Gemeinden nicht länger vor Prüfungen durch den Landesrechnungshof zu schützen und endlich von Art. 50 Abs. 1 Zif. 8 L-VG Gebrauch zu machen (Prüfvorbehalt für den Landesrechnungshof),

5. die Blockade gegen die Kontrolle von Gemeinden unter 10.000 EW durch den Landesrechnungshof zu beenden und eine entsprechende Novelle des L-VG im Landtag einzubringen,

6. den Schriftverkehr zwischen der Gemeindeaufsicht und sogenannten "Pleitegemeinden" dem Landtag nicht mehr zu verweigern und in Hinkunft regelmäßig zu übermitteln,

7. nach dem Vorbild des Wirtschaftsressorts alle Förderungen des Landes zeitnah im Internet zu veröffentlichen,

8. Richtlinien für die Öffentlichkeitsarbeit von Regierungsmitgliedern zu erlassen (Information der Bevölkerung statt Bewerbung eines Regierungsmitgliedes) und

9. darin festzulegen, dass ausgelagerte Gesellschaften des Landes keine Werbung mehr für Regierungsmitglieder machen dürfen.

Ich ersuche um Annahme.

Zum Thema Transparenz der Gemeindefinanzen auch noch eine Anmerkung zum Schluss. Am 9. November wurde bei der Tagung der Landesrechnungshöfe eine Resolution verfasst, in der die Landesrechnungshöfe die Prüfkompetenz für die Gemeinden unter 10.000 Einwohner fordern. Ich denke schon, wenn selbst der Landesrechnungshof schon an Sie herantritt, das es doch im Sinne der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wäre, diesen Beschluss endlich zu fassen, endlich das freizugeben, dass der Landesrechnungshof tatsächlich seiner Arbeit nachkommen kann. Viele, viele Dinge, die in den letzten Jahren geschehen sind und wir hier schon ausführlich debattiert haben, dann in Zukunft auszuschließen sind bzw. rechtzeitig abgewendet werden können. Ich sage es jetzt an dieser Stelle noch einmal. Im Sinne der bestmöglichen Verwendung der Steuergelder ist mehr Transparenz in der Landesregierung aus meiner Sicht unerlässlich für die Zukunft. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen - 11.05 Uhr)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke der Frau Abgeordneten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dipl.-Ing. Odo Wöhry. Ich erteile ihm das Wort.

**LTabg. Dipl.-Ing Wöhry (11.05 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich denke die Wortmeldung der Frau Klubobfrau Jungwirth kann so unwidersprochen einfach nicht im Raum stehen gelassen werden. Es ist für mich schon spannend, wie man bei diesem Tagesordnungspunkt von Beraterverträgen bis hin zur Gemeindestrukturreform kommt und eigentlich alle Allerweltsthemen abhandelt, die einem halt im Landtag so einfallen. Irritiert hat mich natürlich die Feststellung der Kollegin Jungwirth, dass sie von Heimlichtuerei, von Vertuschung, von volkswirtschaftlichem Schaden redet. Ich wage zu behaupten, ob die Frau Kollegin Jungwirth eine Information hat oder nicht hat, wird in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung keine besondere Rolle spielen. Sie fordern ja allen Ernstes ein, dass die Steiermark im Hinblick auf die Umsetzung bzw. die Veröffentlichung von Gutachten und Studien einen Alleingang macht. Wir wissen allerdings, dass auf europäischer Ebene intensiv verhandelt wird, wie denn das Ganze vonstattengehen kann um nicht bestimmte Rechte auch zu verletzen. Also ich halte das für gut, wenn man darauf wartet, bis es eine europäische Gesamtlösung gibt und wo wir uns dann quasi mit unserer Lösung an die Richtlinie anhalten können. Für mich ist auch wesentlich, dass wir schon berücksichtigen und das nicht so abtun, als ob das nichts wäre, dass natürlich ein Widerspruch hinsichtlich der Veröffentlichung von Daten und dem Datenschutz oft besteht und wir wissen aus Verfahren, die in der Vergangenheit entweder angeregt, angestrengt oder auch durchgeführt wurden, dass das mit dem Datenschutz nicht ganz so einfach zu nehmen ist. Ich glaube und ich denke, dass das auch die Mehrheit hier im Hohen Haus so vertreten wird, dass es durchaus Sinn macht, eine europäische Gesamtlösung zu erarbeiten und dann ausgehend von dieser europäischen Gesamtlösung eine österreichische und steirische zu erarbeiten. Glück auf. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.07 Uhr).*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke dem Herrn Abgeordneten. Als Nächster zur Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Dr. Mayer. Ich erteile ihm das Wort.

**LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL (11.08 Uhr):** Danke schön Herr Präsident, geschätzte Kollegen, werte Zuhörer, werte leere Regierungsbank, jetzt ist sie wirklich leer!

Zum einen einmal eine Aufklärung für die Frau Kollegin Jungwirth. Bitte Frau Kollegin, es gibt kein steirisches Landesvergabegesetz, das Gesetz existiert nicht, das ist nämlich ein Bundesgesetz, das Vergabegesetz. Was es in der Steiermark gibt und das ist richtig, da geht es

aber um den Rechtsschutz bei der Vergabe, ist ein Steiermärkisches Vergaberechtsschutzgesetz. Das ist aber ganz etwas anderes, von dem Sie reden. Ich möchte zum Zweiten gleich noch einmal dazusagen zum Beginn vorweg, wir werden diesem Grünen Entschließungsantrag unsere Zustimmung leider nicht geben können. Wenn man sich den durchliest und ich habe ihn heute mit leichter Erheiterung durchgelesen, da wird ja wirklich, der Kollege hat es gerade vorher gesagt, Kraut und Rüben zusammengewürfelt, da wird vermischt, was nur geht. Da haben wir eigentlich alles drinnen, was man jetzt in der letzten oder in dieser Gesetzgebungsperiode jemals hier im Landtag besprochen hat und das passt nun wirklich nicht zu diesem Tagesordnungspunkt für uns. Daher werden wir Ihnen die Zustimmung nicht geben. Für uns ist es auch merkwürdig über die Beraterverträge zu reden, wenn wir heute gerade im Ausschuss den Bericht über diese Beraterverträge besprochen haben, denn da wird der Zeitpunkt, liebe Grüne, auch noch kommen, dass wir uns über die Beraterverträge unterhalten. Es ist wahrscheinlich eher kontraproduktiv und der Sache nicht besonders dienlich, wenn wir das jetzt hier in diese Diskussion reinbringen wollen. Soviel dazu. Ihr Misstrauen gegenüber einem jeden Auftragnehmer des Landes Steiermark können wir auch nicht ganz teilen. So unternehmerfeindlich sind wir bei Weitem nicht, ganz im Gegenteil. Man muss natürlich Licht in die Sache der Beraterverträge bringen. Aber darüber haben wir uns heute auch schon unterhalten. Ganz klar von uns, es gibt ein Vergaberecht, ein Bundesvergaberecht, das einzuhalten ist. Da erübrigt sich jede Diskussion. Wir sind auch nicht der Meinung, wie die Grünen etwa, dass jeder Auftragnehmer der Landesregierung und des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung veröffentlicht werden muss. Also bitte, liebe Grüne, Beraterverträge zur rechten Zeit hier debattieren. Es gibt diesen Bericht und man muss hier bei diesem Tagesordnungspunkt wirklich nicht alles auf die Waage werfen, was hier derzeit an aktueller Diskussion im Raum steht. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Rot und Schwarz bei der nächsten Landtagswahl gemeinsam antreten soll. *(Beifall bei der FPÖ – 11.10 Uhr)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Noch einmal zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Sabine Jungwirth. Ich erteile ihr das Wort.

**LTAbg. Ing. Jungwirth (11.10 Uhr):** Die Ausführlichkeit der Redebeiträge bis zur ÖVP, FPÖ, KPÖ führt dazu, dass ich mich noch einmal zu Wort melden muss. Allerdings nur ganz kurz, eben so kurz wie Sie es für notwendig gehalten haben, zu diesem Thema etwas zu

sagen. Aber mir ist es schon wichtig, noch einmal auf den Punkt einzugehen, dass es sich hier um Allerweltsthemen handeln soll oder dass hier Kraut und Rüben zusammengeworfen werden, was in den letzten Jahren passiert ist. Es hat schon einen Faden, wenn Sie sich das genauer anschauen. Es geht nämlich genau um die Transparenz und um die Geheimhaltung in der Landesregierung und diese ist, so wie es jetzt gelebt wird, einfach ein Nährboden für Korruption und sie schafft Distanz zwischen den BürgerInnen und der Politik, um das geht es. Deswegen gibt es sehr wohl einen Zusammenhang zwischen der Prüfung der Gemeinden, zwischen den BeraterInnenverträgen und auch den Studien und den Gutachten, die zu veröffentlichen wären aus meiner Sicht im Internet. Das heißt, das sind nicht Allerweltsthemen und ich finde es sowieso an und für sich skandalös, Herr Kollege Wöhry, dass Sie das Allerweltsthemen nennen, denn genau hier sind die Dinge begraben, die der Kontrolle bedürfen. Wo die Landesregierung Verfehlungen gemacht hat und deswegen sind es keine Allerweltsthemen, sondern ganz, ganz wichtige Themen für uns in der Opposition. Aber es sollte auch für Sie ein Thema sein, was Ihre Regierungsmitglieder alles so tun. Denn in Wahrheit dürften auch Sie dabei nicht zusehen, wenn Dinge gemacht werden und zu verantworten sind, die nicht rechtens sind. Wo Steuergelder verschleudert und verschludert werden. (*LTAvg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Wo?“*) Na schauen Sie sich die Gemeinden an. (*LTAvg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Wo?“*) Schauen Sie sich die Gemeinden an. Da ist genug passiert. Ich kann Ihnen das wo leicht beantworten. Was ist mit Zeltweg, was mit Fohnsdorf, überall ist es passiert. Sie haben nichts unternommen, sondern die noch gedeckt da hinten, bis es halt nicht mehr gegangen ist. So laufen die Dinge ab. (*LTAvg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Sie verkennen die politische Situation.“*) Deswegen ist Transparenz notwendig und wichtig. Diese Geheimhaltungspolitik muss endlich ein Ende haben. Deswegen bringen wir solche Anträge ein und erwarten von Ihnen, dass Sie sich endlich dazu bekennen, dass Tun und das Handeln der Landesregierung transparent zu machen. Nur so kann man solche Dinge, wie sie auf der Bundesebene von den ehemaligen FPÖ-Regierungsmitgliedern passiert sind, zum Beispiel, hintanhalten. Gerade Sie stellen sich hierher, Herr Kollege Mayer, und reden davon Kraut und Rüben, wo ihre ehemaligen Bundesregierungsmitglieder diejenigen sind – ja Sie können schon gähnen, (*LTAvg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Das hat so einen Bart, einen riesen Bart.“*) es hat nicht so einen Bart, es hat täglich Aktualität. Denn jeden Tag hören wir es wieder im Untersuchungsausschuss, was die Herrschaften alles gemacht haben. Die Claudia hat es letztes Mal wunderbar aufgezählt, was es da alles an Verfehlungen gegeben hat. (*LTAvg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Das ist auf Bundesebene.“*) Wir hören es jeden Tag wieder und der

Gedächtnisschwund, der da überall vonstattengeht, ist wirklich abenteuerlich. Für mich ist das teilweise das reinste Kabarett sich das anzuhören, was die Herrschaften alles Mögliche auf einmal nicht mehr wissen und vergessen haben, wo sie sich bedient haben, wo Korruption stattgefunden hat und auch dort, auf der Bundesebene, braucht es deswegen mehr Transparenz. Aber die sind in mancher Hinsicht schon einen Schritt weiter, als wir hier. Genau darum geht es. (*LTA*bg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „*Sie wollten einen Kabarettisten zum Spitzenpolitiker machen.*“) Wir wollen, dass Transparenz einkehrt, wir wollen, dass Sie endlich alles öffentlich machen, was Sie tun. (*Beifall bei den Grünen – 11.14 Uhr*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Es liegt keine weitere – doch, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Odo Wöhry hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**LTA**bg. Dipl.-Ing. Wöhry (*11.14 Uhr*): Frau Kollegin, wir können das ohnehin nachher machen, aber Sie müssen mir schon erklären, was die Veröffentlichung von Studien mit der Finanzgebarung einer Gemeinde zu tun hat. Vielleicht habe ich Kurse, die Sie besucht haben, nicht besucht. Aber das können Sie mir dann erklären. Ich wollte mit meinen Ausführungen darauf hinweisen, dass Ihre Wortmeldung eigentlich von größten Unterstellungen geprägt war. Wenn ich nur ein Zitat aus Ihrer Wortmeldung heranziehen darf. Beraterverträge, Personen werden da mitversorgt. Bitte schön sind Sie mir nicht böse, im Wesentlichen geht es bei derartigen Aufträgen darum, dass das Land Steiermark Leistungen zukaufte, die im Amt der Landesregierung einfach so nicht erledigt werden können. Ich denke, da können wir heute reden wie wir wollen, das wird auch in Zukunft notwendig sein, dass wir zu sensiblen Themen, zu wesentlichen Themen, zu hochtechnischen oder anderen Themen Beraterverträge bzw. Gutachten einholen müssen, die wir im Amt nicht leisten können. Ich glaube ja auch nicht, dass es sinnvoll ist, aber vielleicht sind Sie da anderer Meinung, dass ich für jeden Fachbereich im Amt der Landesregierung eigene Sachverständige beschäftige, wohl wissend, dass ich maximal ein Gutachten in ein oder zwei Jahren zu diesem Thema haben muss. Deswegen gibt es ja Institute, die außerhalb des Amtes angesiedelt sind, deshalb gibt es Universitäten, deshalb gibt es Forschungsanstalten, die genau diese Themen sehr kompetent beantworten bzw. diese Fragen sehr kompetent beantworten können. Ich glaube nicht, dass das, was Sie da gesagt haben, als seriös zu bezeichnen ist, wenn Sie behaupten, bei Beraterverträgen werden vorwiegend Personen versorgt. Was Sie da unterstellen, mit dem möchte ich mich jetzt gar nicht auseinandersetzen, weil das wirklich nicht zum

Tagesordnungspunkt Veröffentlichung von Studien und Gutachten passt. Danke. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.16 Uhr*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Nun liegt mir keine Wortmeldung mehr vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP 3 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen der Grünen und KPÖ fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen zu TOP 3, Einl.Zahl 1003/6, betreffend Transparenz in der Landesregierung und in der Verwaltung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Entschließungsantrag hat nicht die erforderliche Mehrheit und wurde nur von den Grünen und der KPÖ positiv gestimmt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

**4. Bericht des Ausschusses für Soziales über den Antrag, Einl.Zahl 1210/1, der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg, betreffend kostenloser Versicherungsschutz für ehrenamtlich Tätige.**

Berichterstatterin ist Frau LTAbg. Claudia Klimt-Weithaler. Ich erteile ihr das Wort.

**LTAbg. Klimt-Weithaler (11.18 Uhr):** Kostenloser Versicherungsschutz für ehrenamtlich Tätige, Einl.Zahl 1210/1.

Der Ausschuss "Soziales" hat in seiner Sitzung vom 8.5.2012 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Bei der Abstimmung am 8. Mai 2012 wurde der gegenständliche Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuss "Soziales" stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Soziales zum Antrag, Einl.Zahl 1210/1, der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg, betreffend kostenloser Versicherungsschutz für ehrenamtlich Tätige, wird zur Kenntnis genommen. (*11.19 Uhr*)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke. Die Berichterstatterin hat sich auch gleichzeitig zu Wort gemeldet und ich erteile es ihr.

**LTAbg. Klimt-Weithaler (11.19 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte, bevor ich zu meiner Wortmeldung komme, schon feststellen, dass jetzt seit geraumer Zeit niemand, kein einziges Regierungsmitglied, anwesend ist, was meiner Meinung nach auch bezeichnend ist, wie interessant Regierungsmitglieder Landtagssitzungen offensichtlich finden bzw. haben sie offensichtlich Besseres zu tun als hier zuzuhören, welche Wortmeldungen der Landtag abgibt, was der Landtag beschließt. Machen Sie sich dazu selbst Ihr Bild.

Ich darf Ihnen nun zu Beginn meiner Wortmeldung ein Zitat bringen: „Ehrenamtlich Tätige leisten durch ihren Einsatz einen unersetzlichen Beitrag zum Funktionieren des Gemeinwesens. Einen Beitrag, der nur allzu oft von der öffentlichen Hand unbedankt bleibt. Gleichzeitig setzen sich ehrenamtlich Tätige bei ihrem Engagement auch großen Gefahren aus und haften darüber hinaus in einem gewissen Maß. Um sie vor den negativen Folgen dieser Gefahren zu schützen und sie in ihrem Einsatz und Engagement zu unterstützen, ist der Abschluss einer Haftpflicht- und Unfallversicherung, finanziert von der öffentlichen Hand, ein wichtiger Beitrag für die ehrenamtlich tätigen Personen“ - Zitat Ende. Das Thema Versicherungsschutz für ehrenamtlich Tätige beschäftigt uns im Landtag nicht erst in dieser Periode. Dieses erwähnte Zitat, das ich Ihnen zu Beginn jetzt vorgelesen habe, stammt übrigens aus der Feder der Abgeordneten Mag. Drexler, der von mir sehr geschätzten Abgeordneten Wicher und von Herrn Hammerl aus einem Antrag aus dem Jahr 2009. Damals wurde zu dieser Thematik ein Unterausschuss eingerichtet. Ich bin dort selbst dabei gewesen und kann mitteilen, dass ernsthaft über die Möglichkeit ehrenamtlich Tätige über das Land Steiermark zu versichern diskutiert wurde. Da wurden Anfragen bei Versicherungsgesellschaften gestellt, da wurden Kosten abgewogen, da wurden Modelle aus anderen Bundesländern und aus Nachbarländern angeschaut und studiert. Die Fraktionen sind sich damals darüber einig gewesen, dass eine Notwendigkeit und selbstverständlich auch eine Sinnhaftigkeit besteht, dass man einen solchen Beschluss fassen möge. Leider ist es in der vergangenen Periode nicht mehr dazu gekommen. Aber an der Tatsache, dass es in der Steiermark nach wie vor Menschen gibt, die sich ehrenamtlich engagieren und damit auch ihre Bereitschaft zeigen einen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten, zum gesellschaftlichen

Miteinander zu leisten, daran hat sich zum Glück nichts geändert, allerdings werden es immer weniger. Ich möchte dann später auch noch auf diese Tatsache eingehen. Ich gehe jetzt einmal davon aus, dass dieses Engagement auch von derzeit anwesenden Fraktionen im Landtag Steiermark geschätzt wird und das lässt sich ja auch an verschiedenen Dingen ablesen. Es gibt z. B. eine Aktion, die nennt sich „Meilenstein“. Ich möchte dazu aus dem Presstext der zuständigen Landesrätin, Frau Mag. Grossmann, etwas vorlesen: „In der Steiermark sind mehr als 15.000 Menschen in der Kinder- und Jugendarbeit tätig. Unentgeltlich und in ihrer Freizeit übernehmen sie in zahlreichen Vereinen und Einrichtungen Verantwortung, bringen ihre Talente ein, entdecken neue Fähigkeiten und haben Freude am Einsatz für junge Menschen. Diese Aktion“ – also der „Meilenstein“ – „stellt die Jugendarbeit ins Rampenlicht und möchte diesen unbezahlbaren Beitrag für unsere Gesellschaft aufzeigen und würdigen.“ Wer diese Aktion nicht kennt: Sie wird gemeinsam mit Frau Landesrätin Mag. Grossmann in Kooperation mit dem steirischen Landesjugendbeirat, dem Dachverband der offenen Jugendarbeit und dem steirischen Fachstellennetzwerk gemacht. 2011 wurde dieser „Meilenstein“ bereits zum dritten Mal verliehen. Im Übrigen, das Jahr 2011 war für die Ehrenamtlichen ein besonderes Jahr, denn schließlich wurde es auch von der Europäischen Union zum „Europäischen Jahr des Ehrenamtes“ erklärt, auch um die Bedeutung der in Europa, schätzt man, ungefähr hundert Millionen Freiwilligen herauszustellen. Eine Versicherung in Oberösterreich hat dieses Jahr der Ehrenamtlichkeit, das von der EU ausgerufen wurde, auch zum Anlass genommen, um – nach Eigendefinition – einen Schutzschirm für ehrenamtlich Tätige zu installieren. Dieser bleibt aber jetzt zum Glück auch weiterhin bestehen, auch wenn das Jahr 2011 bereits Geschichte ist und auch dieses Jahr des Ehrenamtes bereits Geschichte ist, denn das Land Oberösterreich – und das ist der Knackpunkt – hat sich bereit erklärt, diese Kooperation mit dieser Versicherungsgesellschaft weiterzuführen. Genauso hat es auch schon das Land Vorarlberg gemacht im Jahr 2009. Alle verfolgen mit diesen Kooperationen das gleiche Ziel. Man will einfach das freiwillige Engagement, das ja für das Gemeinwohl und die Allgemeinheit eingesetzt wird, mit der Gewissheit verbunden sehen, dass die Menschen, die ehrenamtlich arbeiten, nicht allein gelassen sind, wenn einmal wirklich etwas passiert, wenn ein Unglücksfall eintritt. Das kommt immer wieder vor. Stellen Sie sich z. B. folgende Situation vor: Irgendeine Wohltätigkeitsaktion, nehmen wir einmal an z. B. von einem Musikverein, hat Aufbauarbeiten für ein Fest und es wird dort jemand verletzt, weil er irgendwo hinunterstürzt und er hat eine Verletzung mit Dauerfolgen; oder es gibt Elterninitiativen, die z. B. einen

Kinderspielplatz in ehrenamtlicher Tätigkeit neu herrichten. Wenn dann dort eine Bank oder ein Spielgerät zusammenbricht, dann haben die mit einer Schadenersatzklage zu rechnen und da muss man sich auch einmal die Frage stellen, wie soll denn das überhaupt möglich sein? Alle, die sich mit dieser Thematik auseinandersetzen, also mit dem Versicherungsschutz für Ehrenamtliche, denen muss klar sein, dass das Land maßgeblich vom Ehrenamt und von der freiwilligen Arbeit von Menschen profitiert. Unserer Meinung nach müsste es daher der nächstfolgende Schritt sein, auch wirklich Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Ehrenamtlichen in ihren Tätigkeiten, in ihren Arbeiten auch absichern. Ob das jetzt im Kunst- und Kulturbereich ist – diejenigen, die sich dafür näher interessieren, werden wissen, dass die IG Kultur schon seit Jahren so eine Absicherung fordert; oder ob das in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist, ob es in der Arbeit von Elternvereinen ist – also überall dort, wo Personen freiwillig und ehrenamtlich tätig sind. Die KPÖ hat bereits im März 2011 einen dementsprechenden Antrag eingebracht. Die Stellungnahme, die dazu abgegeben wurde, war inhaltlich konform mit dem Antrag. Es wurde auch in dieser Stellungnahme mitgeteilt, dass es Sinn macht, dass es notwendig ist. Jedoch wurde er, wie so vieles in diesem Haus und in dieser Periode, aus Kostengründen abgelehnt. Die Stadt Graz geht jetzt aber mit gutem Beispiel voran. Seit Beginn dieses Monats gibt es für ehrenamtliche Helfer und Helferinnen eine Haftpflicht- und Unfallversicherung, die sich die Stadt Graz leistet. Wir haben diese Tatsache, dass das Vorgehen der Stadt Graz ebenso wie die Forderung des Landesjugendbeirates, jene, die ihre E-Mails lesen, werden festgestellt haben, dass Sie in der letzten Zeit vom Landesjugendbeirat auch eine Aufforderung bekommen haben, alle Abgeordneten, dass auch dieser Landesjugendbeirat dementsprechend vom Land Steiermark so eine rechtliche Absicherung fordert. Wir haben das, wie gesagt, zum Anlass genommen, um noch einmal einen Antrag einzubringen, denn nunmehr wissen wir ja, dass sich die Kosten weitaus geringer halten würden. Schließlich fällt die Stadt Graz weg und wir haben gehofft, dass sich das Land nun dazu bereit erklärt, wo man sagt: „Okay, diesem weitaus geringeren Teil können wir nun gerne nachkommen.“ Aber in der Steiermark ticken die Uhren offensichtlich anders. Hier werden zwar schöne Worte geschwungen und hier werden Menschen „Meilensteine“ verliehen, allerdings, wenn es um die Absicherung geht, ist man dann plötzlich taub und stumm. Man hört die Probleme nicht und man meldet sich auch nicht zu Wort. Ich war schon einigermaßen überrascht, dass in dem zuständigen Ausschuss die JugendsprecherInnen von SPÖ und ÖVP sich nicht zu Wort gemeldet haben. Ich fürchte, dass es auch hier zur Ablehnung kommen wird und dass dieser Antrag so, wie im Ausschuss,

negativ behandelt werden wird. Ehrenamtliche sind aber, ich möchte das hier noch einmal ausführen, in einem Graubereich tätig. Sie nehmen große Gefahren auf sich und auch große finanzielle Risiken. Mag. Heike Stark von der Zukunftsplattform Steirischer Vereine hat zuletzt in einem Interview bekannt gegeben, dass viele Menschen unter diesen derzeitigen Umständen – also ohne diesen Versicherungsschutz – mittlerweile nicht mehr bereit sind, ehrenamtlich zu arbeiten. Es gibt heuer bereits 20 % weniger Ehrenamtliche als im vergangenen Jahr, meiner Meinung nach eine erschreckend große Zahl. Ich habe in den letzten Wochen mit sehr vielen Menschen gesprochen, die in Vereinen tätig sind und von allen mehr oder weniger unter dem Strich das Gleiche gehört. Einerseits, dass es einen Rückgang bei den Freiwilligen gibt, weil diesen Personen das Risiko mittlerweile einfach zu hoch ist und andererseits, dass sich die Vereine selbst so eine Versicherung für ihre ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen leider nicht leisten können. Das hat natürlich damit zu tun, dass sehr viele Vereine vom letzten Budget, von diesen Kürzungen, massiv betroffen waren. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, da beißt sich jetzt die berühmte Katze in den Schwanz: Wenn es weniger Ehrenamtliche gibt, dann wird es künftig auch weniger ehrenamtliche Arbeit geben. Wenn das Land seine Verantwortung nicht wahrnimmt, sind die Vereine gezwungen ihre Arbeit geringer zu halten oder ganz einzustellen. Denn diese Kürzungen, wie ich bereits ausgeführt habe, lassen eine solche eigene Versicherung nicht zu. (LTAbg. Hamedl: „Die werden zurückschrauben.“) Natürlich werden die Vereine zurückschrauben – ich weiß jetzt nicht, von wo der Zwischenruf gekommen ist –, denn wir haben bereits gehört, bereits jetzt gibt es 20 % weniger Menschen, die bereit sind, ehrenamtlich zu arbeiten. Wie soll denn das gehen, wenn die alle wegfallen? Ich fürchte, es werden mehr sein. Abgesehen von der Tatsache, dass, wenn der Fall eintritt, ein Verein z. B. wegen eines Unfalles mit einer Klage konfrontiert ist, dann treibt ihn das mehr oder weniger ohnehin in den finanziellen Ruin. Das ist vorprogrammiert. Spannend finde ich die Tatsache, dass sich andere Bundesländer das leisten. Ich habe gehört, Oberösterreich leistet sich das, Vorarlberg leistet sich das. In Hessen in Deutschland gibt es z. B. auch ein ganz ein tolles Modell. Auch die Stadt Graz leistet sich das. Die Kosten für das Land wurden im November 2011 – also das ist noch nicht so lange her – in dieser besagten Stellungnahme, von der ich vorhin gesprochen habe, mit rund 120.000 Euro pro Jahr veranschlagt. Durch die Initiative der Stadt Graz würde sich diese Summe verringern. Ich kann es nicht genau sagen, aber wir haben einmal angenommen, dass es etwa nur mehr 90.000 Euro pro Jahr ausmachen würde. Im Vergleich dazu erbringen laut Freiwilligenbericht des Sozialministeriums, also das sind

jetzt keine erfundenen Zahlen, sondern das kann man belegen, ehrenamtliche Helfer und Helferinnen in der Steiermark jährlich Leistungen im Wert von 1,5 Milliarden Euro. 90.000 Euro Kosten im Vergleich zu jährlichen Leistungen im Wert von 1,5 Milliarden Euro. Das müsste Ihnen meiner Meinung nach mehr wert sein, als einmal im Jahr Sekt und Brötchen und Steine zu verteilen. Ich hoffe, dass Sie sich darüber noch einmal Ihre Gedanken machen und bitte Sie um die Annahme des ursprünglichen Antrages. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.  
*(Beifall bei der KPÖ und den Grünen - 11.32 Uhr)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Nach der Frau Abgeordneten Klimt-Weithaler hat sich Herr Abgeordneter Anton Kogler zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**LTAbg. Kogler (11.32 Uhr):** Werter Herr Präsident, werte Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer und Zuhörerinnen!

In den Sonntagsreden der Politik wird immer wieder der große Stellenwert der Ehrenamtlichkeit zum Ausdruck gebracht. Leider bleibt es aber meist nur bei leeren Worten, denn konkrete Maßnahmen fehlen in der Steiermark. Wir haben ja im Vorjahr – 2011 - welches übrigens das EU-weite Jahr des Ehrenamtes war, zwei konkrete Anträge eingebracht, wo wir einerseits die Ausrüstung der freiwilligen Blaulichtfahrzeuge mit Navigationsgeräten, aber auch eine gratis Schutzimpfung für ehrenamtliche Helfer gefordert haben. Diese wurden leider wie üblich mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP in einen Unterausschuss verschoben. Genauso sehe ich das wieder mit diesem Antrag, nur bloß, dass dieser Antrag der KPÖ gleich im Ausschuss von SPÖ und ÖVP abgelehnt wurde. Dabei handelt es sich bei diesem Antrag, meine Damen und Herren, um ein wirklich wichtiges und brisantes Thema und auch andere Bundesländer wie z B. Tirol, Vorarlberg und Oberösterreich haben dies schon längst erkannt und auch entsprechende Maßnahmen umgesetzt. Zuletzt, das hat Frau Klubobfrau auch schon erwähnt, hat auch die Stadt Graz eine kollektive Unfall- und Haftpflichtversicherung für ehrenamtliche Helfer beschlossen. Auch die ÖVP war schon einmal wesentlich weiter als heute, so wurde – das wurde auch schon erwähnt – bereits 2009 in diesem Haus vom damaligen Abgeordneten und heutigen Präsidenten des Bundesrates, Gregor Hammerl, die Übernahme der Kosten für die Versicherung ehrenamtlicher Mitarbeiter lautstark gefordert. Ihm ist es dabei um die Wertigkeit, Wertschätzung der Ehrenamtlichkeit gegangen. Geschätzte Damen und Herren, der Einsatz der Ehrenamtlichen in unserem Land ist zweifellos ein nicht bezahlbarer Wert und gehört daher auch mit sinnvollen

Rahmenbedingungen gefördert und vor allem auch entsprechend abgesichert. Für die steirischen Freiwilligen in den Blaulichtorganisationen wie etwas Rotes Kreuz oder Freiwillige Feuerwehr ist eine solche Freiwilligen-Haftpflicht- und Unfallversicherung schon längst selbstverständlich. Dies sollte daher auch für die Freiwilligen in anderen gemeinnützigen Vereinen unbedingt ermöglicht werden. Die Frau Klubobfrau hat auch schon die Wertschöpfung bekannt gegeben und es ist tatsächlich dieser Freiwilligenbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, der nachweist, dass ca. ein Drittel aller Steirer und Steirerinnen über 15 Jahre in der Woche durchschnittlich 4,1 Stunden ehrenamtlich tätig ist. Zweifelsohne hat dieses Engagement einen großen Stellenwert und ich denke, es ist für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft und für unsere Lebensqualität unverzichtbar. Multipliziert man die Anzahl der Freiwilligen in der Steiermark mit den im Durchschnitt geleisteten Stunden in der Woche und nimmt einen Wert von 20 Euro pro Stunde als Annahme, so käme man in einer Woche – die Frau Klubobfrau hat das im Jahr gerechnet – auf eine Wertschöpfung von rund 29 Millionen Euro. Hochgerechnet kann ich das nur bestätigen, da sind es wirklich 1,5 Milliarden Euro Wertschöpfung, die von den Freiwilligen in der Steiermark erbracht werden. Geschätzte Damen und Herren, daraus ist wohl auch klar die Wertschöpfung erkennbar und die Kosten der Versicherung von geschätzten rund 90.000 Euro, wenn man die 30.000 der Stadt Graz schon abrechnet, das sind wirklich lächerliche – sage ich jetzt einmal dazu, in Prozenten gehalten – 0,006 % der Wertschöpfung. Ich gehe davon aus, dass dieses Geld in die Zukunft unseres Landes wirklich gut investiert wäre und eine Anerkennung der Freiwilligenarbeit in unserem Land darstellen würde. Wir als soziale Heimatpartei haben daher natürlich diesen Antrag auch unterstützt und ich appelliere auch an die Abgeordneten von SPÖ und ÖVP, endlich den Sonntagsreden konkrete Taten folgen zu lassen, das Ehrenamt entsprechend zu unterstützen, damit wirklich alle in Vereinen und Ehrenämtern aktive Menschen einen angemessenen Versicherungsschutz erhalten.

*(Beifall bei der FPÖ – 11.37 Uhr)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Werner Breithuber. Ich erteile ihm das Wort.

**LTAbg. Breithuber (11.37 Uhr):** Herr Präsident, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen!

Versicherungsschutz: Wie Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler schon ausgeführt hat, hat es schon in der letzten Periode intensive Unterausschussverhandlungen zu diesem Thema gegeben und wir haben uns wirklich bemüht festzulegen, wer, wann, wo, wie versichert sein könnte in der freiwilligen Arbeit. Nach unzähligen internen Debatten und auch im Unterausschuss haben wir nicht feststellen können, welche Systeme am besten wären. Das hat uns die Haftpflichtversicherung nicht sagen können, welche Schadensfälle wirklich abgedeckt sind, welche sind im Graubereich und lauter solche Dinge. Darum haben wir uns damals entschieden, diesen Antrag oder dieses Anliegen nicht mehr weiter zu verfolgen, nämlich in dem Sinn, weil wir festgestellt haben, dass z. B., wie Sie sagen, in Oberösterreich, Vorarlberg und auch in Tirol der Versicherungsschutz dort sehr wohl beschlossen worden ist. Man muss dazu ausführen, dass in der Steiermark der Versicherungsschutz von Haus aus ganz anders aufgebaut worden ist und auch durchgeführt wird. So sind z. B. die Einsatzorganisationen und sehr viele freiwillige Organisationen sowieso schon sehr gut versichert. (*LTabg. Klimt-Weithaler*: „Darum sind es ja nur mehr 90.000.“) Nein, nein, es geht schon um mehr. Das ist ein anderes System als in den anderen Bundesländern. Darum kann man nicht Äpfel mit Birnen vertauschen und Ihre Berechnungen, da muss man dann auch dazu sagen, da würden dann noch die ganzen Versicherungen – Feuerwehr, Rotes Kreuz, die jetzt schon versichert sind – natürlich dazukommen. Wenn wir jetzt sagen, generell für ein großes Klientel – sind das jetzt 450.000 oder alle 1,2 Millionen Steirer, keine Ahnung, wie viele wir dann wirklich versichern müssen –, würden wir das wirklich versichern müssen, dann würde die Summe nicht 90.000 ausmachen, sondern einige Hunderttausend. Das ist der nächste Trugschluss, dem Sie aufsitzen. Wenn Sie sagen, wenn Freiwillige im Schulbereich oder wo auch immer Spielgeräte aufstellen, dann würde ich das keinem Einzigen raten. Sobald ein Spielbereich im öffentlichen, zugänglichen Bereich ist, sind Normen maßgeblich und Gemeindevertreter können ein Lied davon singen, was das heißt jedes Jahr Spielgeräte zu überprüfen, um nicht aus dem Versicherungsschutz herauszufallen. Das kostet eine Unsumme. Also diese Arbeiten können wir sowieso nicht versichern. Zusätzlich, das sagt auch nie wer, kriegt jede Freiwilligenvereinigung Förderungen seitens des Landes. Schauen Sie sich den Förderungskatalog an; mit diesen Mitteln könnten Sie auch, wenn Sie schon Interesse haben, die nicht schon versichert sind, Ihre Versicherung abschließen. Wenn Sie Graz dazu nehmen, das ist genau das Thema, wo sich hoffentlich Rot und Schwarz die Reformpartnerschaft nicht mehr hinreißen wird lassen, dass man vor Wahlen Wahlzuckerln wie jetzt die Stadt Graz hinausgibt und dann hintennach draufkommt, dass man es gar nicht zahlen kann. Das sind

alles Dinge, die genau dazu geführt haben, diesem Antrag nicht zuzustimmen und wenn Sie sagen „Rückgang der Freiwilligkeit“, dann hat das mit Versicherungsschutz überhaupt nichts zu tun. Das ist eigentlich einfach ein gesellschaftliches Problem in der heutigen Zeit, dass es jedem relativ gut geht und er braucht die Vereinsarbeit nicht unbedingt, so wie wir es früher gewohnt waren, um gesellschaftlich was weiterzubringen. In diesem Sinne bitte ich um Verständnis, dass wir diesem Antrag nicht zustimmen werden. Danke. *(Beifall bei der SPÖ – 11.41 Uhr)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP 4 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe:

Ich stelle die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen der freiheitlichen Partei, der Grünen und der kommunistischen Partei fest.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

**5. Bericht des Ausschusses für Verwaltung über den Antrag, Einl.Zahl 1230/1, der Abgeordneten Mag. Dr. Georg Mayer, MBL, Hannes Amesbauer, BA, Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann, Dipl.-Ing. Gunter Hadwiger und Anton Kogler betreffend Zwangsfusionen steirischer Bezirke.**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Klubobmann Mag. Dr. Georg Mayer, MBL. Ich erteile ihm das Wort.

**LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (11.42 Uhr):** Danke schön, Herr Präsident!

Der Ausschuss „Verwaltung“ in seiner Sitzung vom 8.5.2012 hat über den oben angeführten Gegenstand die Beratung durchgeführt. Bei der Abstimmung wurde der gegenständliche Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuss „Verwaltung“ stellt daher den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Verwaltung der Abgeordneten Mag. Dr. Mayer, MBL, Amesbauer, BA, Dipl.-Ing. Hadwiger und Kogler, betreffend Zwangsfusionen steirischer Bezirke, wird zur Kenntnis genommen. *(11.43 Uhr)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 5 die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe:

Die mehrheitliche Annahme wird festgestellt, gegen die Stimmen der freiheitlichen Partei, der Grünen und der kommunistischen Partei.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

**6. Bericht des Ausschusses für Gesundheit über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1159/1, betreffend Gesetz, mit dem das Steiermärkische Gesundheitsfonds-Gesetz 2006 geändert wird.**

Berichterstatterin ist Frau LTAbg. Barbara Riener, ich erteile ihr das Wort.

**LTAbg. Riener (11.44 Uhr):** Danke, Herr Präsident! Werte Frau Landesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich erstatte Bericht vom Ausschuss „Gesundheit“ betreffend das Gesetz, mit dem das Steiermärkische Gesundheitsfondsgesetz 2006 geändert wird, Einl.Zahl 1159/1.

Der Ausschuss „Gesundheit“ hat seine Beratungen in der Sitzung vom 17.4.2012 und 8.5.2012 durchgeführt und stellt den Antrag, dieses Gesetz möge beschlossen werden. (11.45 Uhr)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke der Frau Berichterstatterin, die sich auch gleichzeitig zu Wort gemeldet hat. Ich erteile ihr das Wort.

**LTAbg. Riener (11.45 Uhr):** Die Technik funktioniert wieder, danke, Herr Präsident!

Vor uns liegt die Novelle zum Gesundheitsfondsgesetz und diese wurde u. a. durch den Rechnungshofbericht, der in diesem Hause ja debattiert wurde, auch hervorgerufen neben Anpassungen, die wir aus der Praxis erfahren haben, die hier in diesem Gesetz eingeflossen sind. Diese Erkenntnisse haben zu folgenden Veränderungen geführt und ich darf nun einzelne Bereiche anführen: Der Fonds wird künftig auch auf der Grundlage der Charta des Zusammenlebens arbeiten und praktisch die Grundlage ist die Vielfalt des Zusammenlebens

und wird diese in ihrer Umsetzung berücksichtigen. Die Zusammensetzung der Gesundheitsplattform wird abgeändert, nicht bei der Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder, aber es wird künftig das zuständige Regierungsmitglied der Landesregierung für Finanzen mit Sitz und Stimmen vertreten sein. Im § 8 Abs. 7 wird festgelegt, dass künftig alle Landtagsparteien sowie diverse Sozialpartner wie Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Apothekerkammer und der Österreichische Gesundheits- und Krankenpflegeverband vertreten sein werden, zum besseren Informationsfluss und zur besseren Kooperation. Ebenso sitzt die Vorsitzende des Fachbeirates Frauengesundheit direkt in der Plattform und die Beiziehung von ExpertInnen ist auch möglich. Das Präsidium wird technisch gesehen wie ein Ausschuss und es können Aufgaben aus der Gesundheitsplattform übertragen werden, einschließlich des Stellenplanes der Geschäftsstelle, da nämlich die Geschäftsstelle nicht mehr beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung angesiedelt wird, sondern eben selbstständig agiert und auf Rechnung des Fonds geführt wird. Zu den Aufgaben gehören künftig auch die Entwicklung von Gesundheitszielen sowie Gesundheitsförderung und die Gesundheitsberichterstattung. Auch wird das Nahtstellenmanagement zwischen dem Gesundheitswesen und dem Pflegebereich betont. Diese Änderungen durfte ich Ihnen vortragen und ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.47 Uhr)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke, Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Markus Zelisko, ich erteile es ihm.

**LTAbg. Zelisko (11.48 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Herr Landesrat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ein wichtiges Gesetz, das wir heute beschließen, weil es eigentlich dem natürlichen Verlauf der Zeit angepasst wird. Die Medizin ist etwas, das unglaublich schnell auf die Menschen einwirkt, die sich unglaublich schnell weiterentwickelt. Hat man früher noch Erkenntnisse im medizinischen Sektor dadurch gewonnen, dass man Körper nach dem Tod aufgeschnitten hat, um daraus Erkenntnisse zu ziehen, warum der Tod eingetreten ist und welche Verletzungen es sind, hat man damals durch Beobachtungen herbeigeführt, wie sind Erkrankungen verlaufen? So hat sich das ganz massiv weiterentwickelt. Revolutionär war im Laufe der Geschichte z. B. die Erfindung des Röntgengerätes, die dann möglich gemacht hat, dass man nicht mehr wie früher einmal den Menschen aufschneiden musste, sondern Knochenbrüche oder auch Gewebeschäden erkennen konnte, ohne am Menschen herum zu schneiden. Das Ganze ist so

weitergegangen, dann kamen auch die Computer in medizinischen Einsatz. Es wurde möglich, dass endlich Daten von Patienten gesammelt werden konnten, dass Prognosen gesammelt werden konnten, dass damit auch für den Patienten die Behandlung wesentlich beschleunigt werden konnte und dadurch hat der Computer sicher zu einem Durchbruch verholfen. Der Computertomograf war der nächste Schritt in der Entwicklung, womit es endlich gelungen ist, in einer eindrucksvollen Art und Weise ein 3D-Bild des Menschen zu entwickeln und so noch kompliziertere Erkrankungen und Verletzungen behandeln zu können. Diese Auflistung soll eigentlich nur zeigen, wie sich die Zeit entwickelt hat und wie schnell die Medizin in dieser Zeit mitgegangen ist. Das Fondsgesetz heute hat zum Auftrag, dass wir den Herausforderungen der Zeit und auch der Entwicklung und Geschwindigkeit, die es in der Medizin gibt, Rechnung tragen und das tun wir mit diesem Gesetz. Denn sonst würde sich die Medizin weiter entwickeln, aber das System dahinter würde nicht mehr mitkommen, was sich im Endeffekt schlecht für die Patientin und den Patienten auswirken würde. Kollegin Riener hat vorhin schon gesagt, ein wesentlicher Aspekt in diesem neuen Fondsgesetz ist es ja auch, nachdem der Fonds ein unglaublich großes Vermögen verwaltet – wir sprechen hier von 1,25 Milliarden Euro in diesem Fonds –, wichtig und richtig, dass gerade auch, wenn ein großer Landesanteil dabei ist, neben dem zuständigen Mitglied der Landesregierung auch das zuständige Mitglied für Finanzen der Landesregierung mit Sitz und Stimme in diesem neuen Gremium vertreten ist. Ich denke, wir stellen den Fonds heute auf gute Füße, das Gesetz ist wichtig, das Gesetz ist richtig und es sorgt dafür, dass auch für die Steiermark für die kommenden Jahre und Jahrzehnte wir gerüstet sind mit den Errungenschaften der Medizin standzuhalten und auch dies in administrativer Art und Weise verfolgen können. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ – 11.51 Uhr)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dipl.-Ing. Gunter Hadwiger. Ich erteile ihm das Wort.

**LTAbg. Dipl.-Ing. Hadwiger (11.51 Uhr):** Danke, Herr Präsident! Herr Landesrat, sehr geehrte Kollegen, liebe Gäste!

Die Neufassung des Gesundheitsfondsgesetzes enthält durchaus einige sehr begrüßenswerte Veränderungen. Kollegin Riener hat sie wunderschön hier aufgezeichnet, allerdings sind zwei Punkte bzw. Paragraphen, die nicht unsere Zustimmung finden werden können. Zuerst die Aufnahme des Passus der Charta des Zusammenlebens, der wir, wie bekannt, nicht

zustimmen in dem § 3 über die Tätigkeit des Fonds. Hier war die bisherige Formulierung wohl ausreichend. Als Zweites finde ich die Einrichtung einer aus der FA8 herausgelösten Geschäftsführung für nicht sinnvoll. Zwar hat der Rechnungshof in seinem Bericht über den Gesundheitsfonds festgestellt, ich zitiere nun: „Die Trennung der Zuständigkeit für Belange des Inneren Dienstes für Organisatorisches und Dienstrechtliches von der fachlichen Zuständigkeit ist unzweckmäßig und führt neben Kompetenzkonflikten und mangelndem Informationstransfer letztlich auch zu einer unzureichenden Kontrolle.“ Als Quintessenz aus diesem Bericht schreibt der Rechnungshof: „Zweckmäßigerweise sollten die inhaltlichen und finanziellen Kompetenzen in einem Verantwortungsträger zusammengefasst werden.“ Aus diesem Teilbericht ist sehr wohl die Forderung einer Bündelung der Aufgaben zu entnehmen, nicht jedoch eine Einrichtung einer ausgegliederten Geschäftsstelle. Auch kann ich dem Argument der Kosteneinsparung für das Land Steiermark nicht wirklich folgen. Hier führt es wohl nur zu einer Umschichtung der Kosten von einem Topf zum anderen. Hier wäre eine Bündelung im Rahmen der FA8 wohl sinnvoller. Aus diesen Gründen werden wir dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 11.53 Uhr)*

**Präsident Ing. Wegscheider:** Das war die letzte mir vorliegende Wortmeldung, eine weitere liegt mir nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP 6 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe:

Ich stelle die mehrheitlich Annahme gegen die Stimmen der freiheitlichen Partei und der kommunistischen Partei fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**7. Bericht des Ausschusses für Soziales über den Antrag, Einl.Zahl 848/1, der Abgeordneten Maximilian Lercher, Angelika Neuhold, Bernhard Ederer, Johannes Schwarz, Markus Zelisko, Claudia Klimt-Weithaler und Hannes Amesbauer, BA betreffend Abhaltung eines Jugendlandtages.**

Berichterstatter ist Herr LTAvg. Maximilian Lercher, ich erteile ihm das Wort.

**LTAvg. Lercher (11.54 Uhr):** Betreff Einl.Zahl 848/1, Abhaltung eines Jugendlandtages.

Der Ausschuss „Soziales“ hat in seinen Sitzungen vom 15.11.2011, 8.2.2012 und 8.5.2012 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt. Entsprechend den Verhandlungen im Unterausschuss am 14. März 2012 und bei der nachfolgenden Schriftlichen Abfrage aller Fraktionen des Landtages wurde einvernehmlich vereinbart, dass das in der Beilage festgehaltene Konzept als Grundlage für den von „beteiligung.st“ organisierten Jugendlandtag dienen soll.

Der Ausschuss „Soziales“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Jugendlandtag 2012 findet im Herbst 2012 nach den terminlichen Möglichkeiten von „beteiligung.st“ und der Direktion des Landtages Steiermark in den Räumlichkeiten des Landtages Steiermark statt.
2. Der Direktion des Landtages Steiermark und „beteiligung.st“ wird der Auftrag erteilt, den Jugendlandtag 2012 entsprechend der im Unterausschuss vorgelegten Unterlage von „beteiligung.st“ gemeinsam vorzubereiten.
3. Beim Jugendlandtag sind alle Abgeordneten des Landtages Steiermark sowie alle Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung eingeladen.
4. Die jugendlichen TeilnehmerInnen sind in einer ausgewogenen Balance in Bezug auf Geschlecht, Ausbildung, Herkunft und Alter aus den Vorbereitungstreffen zu nominieren.
5. Die Finanzierung des Jugendlandtages erfolgt entsprechend der Vereinbarung zwischen der Direktion des Landtages Steiermark und dem zuständigen Ressort der Steiermärkischen Landesregierung (Landesrätin Mag. Grossmann).

Ich bitte um Annahme. (11.56 Uhr)

**Präsident Ing. Wegscheider:** Ich danke dem Berichterstatter. Der Berichterstatter hat sich auch gleichzeitig zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**LTabg. Lercher (11.56 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich muss sagen, es ist sehr, sehr erfreulich, dass wir eigentlich im Konsens aller Parteien die Wichtigkeit von Partizipation von Jugendlichen an der Politik in der Steiermark erkennen und auch dieses Jahr wieder ein Bekenntnis zu diesem Projekt des Jugendlandtages abgeben. Es ist einfach wichtig in politischer Bildung im Rahmen der Partizipation die Jugendlichen hier direkt an der Politik teilhaben zu lassen. Was sehr gut ist an diesem Konzept, ist meiner Meinung nach erstens jetzt auch die Einbindung der neuen, regionalen Jugendmanager und –

managerinnen, die auch dann die örtlichen und die regionalen Aspekte aufnehmen sollen und sie auch in ihre Jugendarbeit einfließen lassen sollen. Zweitens, dass wir wieder diese Vorbereitungstreffen in den Regionen draußen veranstalten, um auch auf die Jugendlichen zuzugehen und sie in einem Prozess hierher mitzunehmen, vorbereitet, guten fundiert, um sich dann einer Debatte hier im Hause zu stellen. Ich glaube, dieses Feeling, dieses Konzept und auch dieser Aufbau sind in dieser Form einzigartig und bringen den Jugendlichen ein Erlebnis. Es ermöglicht ihnen politische Gestaltung. Ich bitte Sie deswegen, dass Sie alle auch an diesem Prozess teilnehmen, dass wir uns hier der Diskussion mit den Jugendlichen stellen und dass wir im Sinne für die Jugend und auch im Sinne dieses Landes etwas weiterbringen. Danke und Glück auf. *(Beifall bei der SPÖ – 11.58 Uhr)*

**Präsident Majcen:** Danke, dem Berichterstatter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Amesbauer, BA. Herr Abgeordneter, bitte.

**LTabg. Amesbauer, BA (11.58 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, Frau Landesrätin, meine Damen und Herren!

Ich glaube, das ist das erste Mal in diesem Haus, dass ich nach dem Kollegen Lercher am Rednerpult bin und ihm eigentlich vollinhaltlich beipflichten muss. *(LTabg. Lercher: „Bravo.“)* Ich finde das wirklich eine tolle Sache, dass man diesen Jugendlandtag jetzt wieder stattfinden lässt und er wieder stattfinden wird, weil gerade in der jetzigen Zeit, wo die politische Diskussion von Korruption, von Missbrauch, von Intransparenz bestimmt wird, ist es, glaube ich, ein wichtiges Zeichen, der Politikverdrossenheit und auch der Politikerverdrossenheit entgegenzuwirken und die Jugend an Politik auch partizipieren zu lassen. Es ist ja nichts Neues, es hat in der vergangenen Periode schon Jugendlandtage gegeben. Es gibt auch in Burgenland diesen Jugendlandtag. So, wie das mit einem Allparteiantrag zustande gekommen ist – was ja auch nicht sehr oft in diesem Haus vorkommt –, ist es eine durchaus begrüßenswerte Sache und es ist ein gut durchdachtes Konzept. Ich persönlich kann nur sagen, dass wir das voll mittragen und dass ich mich auch auf den Jugendlandtag freue. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 11.59 Uhr)*

**Präsident Majcen:** Ich danke dem Herrn Abgeordneten. Es liegt eine weitere Wortmeldung vor, Frau Abgeordnete MMag. Barbara Eibinger hat sich gemeldet. Frau Abgeordnete, bitte.

**LTabg. MMag. Eibinger (11.59 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen und auch sehr geehrte wenige Zuschauer hier im Zuschauerraum!

Für mich heißt Politik Zukunft gestalten und dann muss es eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass wir auch mit jenen sprechen, für die wir die Zukunft gestalten, nämlich mit den Kindern und Jugendlichen in unserem Land und das sind immerhin um die 280.000 in der Steiermark. Jetzt unterstelle ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie das in Ihrem Umfeld tun – in Ihrem privaten Umfeld, in Ihrem politischen Umfeld, dass Sie mit den Kindern und Jugendlichen sprechen und ihre Anliegen auch in die politische Arbeit einfließen lassen. Einige von Ihnen erklären sich dankenswerterweise auch immer wieder bereit, beim Mitmischen im Landtag mitzumachen, wo wir im Rittersaal oder auch in der Vorstube des Landtages hier drüben mit Schülergruppen diskutieren können und wirklich hinein hören können, was sie bewegt. Ja, da diskutieren wir dann halt darüber, warum darf man mit dem Moped nur 45 km/h fahren? Oder das Ausländerthema wird immer wieder angesprochen. Es wird aber auch z. B. von den Mädchen angesprochen, warum verdienen wir eigentlich weniger als die Männer? Ich glaube, dass man da versucht, das zu erklären und in einen Dialog zu treten, auch wenn man nicht immer alles mitverantworten kann und auch, wenn man nicht immer alles genau so erklären kann, so ist es wichtig, dass man es tut. Deswegen ist auch der Jugendlandtag für uns, denke ich, eine gute Chance und eine Möglichkeit, dass wir da mit den Jugendlichen in einen Dialog treten, dass wir für uns da auch Themen aufgreifen und es ist aber auch ein Signal nach außen. Es ist ein Signal, dass wir sagen: Wir schätzen das wert, uns ist die Meinung der Jugendlichen wichtig.“ Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf es eines nicht sein. Der Jugendlandtag darf keine Alibiaktion sein. Es darf nicht sein, dass wir jetzt sagen, wir machen das – die kommen da einen Tag, wir sprechen mit denen und dann war es das. Das darf es nicht sein. Denn wenn wir das machen, dann erreichen wir genau das Gegenteil. Dann haben wir die angesprochene Politikverdrossenheit und den Frust. Deswegen appelliere ich heute wirklich auch, dass wir die Dinge, die dort kommen, umsetzen; dass wir da dranbleiben und dass wir das evaluieren, damit nämlich der oft gehörte Satz von Politikern „Die Jugend ist unsere Zukunft“ – verwendet wahrscheinlich jeder und jede von Ihnen auch hin und wieder bei den Sonntagsreden – keine leere Floskel bleibt, sondern dass wir das auch wirklich ernst nehmen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.02 Uhr)*

**Präsident Majcen:** Danke, Frau Abgeordnete. Die nächste Wortmeldung ist Frau Abgeordnete Klimt-Weithaler. Frau Abgeordnete, bitte.

**LTAbg. Klimt-Weithaler (12.02 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, werte Frau Landesrätin, geschätzte Damen und Herren!

Ja, große Einigkeit – kommt wirklich sehr selten in diesem Haus vor, vor allem in dieser Legislaturperiode. Ich möchte mich dem anschließen, was Frau Barbara Eibinger am Schluss gesagt hat und möchte es doppelt und dreifach unterstreichen. Nämlich, dass es nicht nur darum geht, dass wir hier alle jetzt glücklich sind, dass wir einen Jugendlandtag installieren, der zum wiederholten Male unter der Federführung, auch von der Konzeption her, von der Einrichtung „beteiligung.st“ konzipiert wurde. Ich möchte auch „danke“ sagen, denn ich gehöre zu jenen, ich habe schon mehrere Jugendlandtage mitgemacht, durchgemacht – sage ich jetzt einmal, und es war nicht immer ganz so fein, möchte ich auch jetzt sagen, wie in den letzten zwei Jahren, wo das auch von dieser Initiative her konzipiert wurde. Ich bringe dem große Hochachtung entgegen, wie sensibel da auch umgegangen wird und wie sehr geschaut wird, dass wirklich Jugendliche aus allen Bevölkerungsschichten – männliche, weibliche, unterschiedlichen Alters – hier auch zu Wort kommen. Anschließen möchte ich bei Barbara Eibinger: Es soll keine Alibiaktion bleiben. Ich möchte Sie nicht nur – so, wie Max Lercher – einladen möglichst zahlreich an diesem Jugendlandtag teilzunehmen und nicht nur die JugendsprecherInnen bzw. GenerationensprecherInnen zu schicken, sondern auch wirklich herzugehen und zuzuhören, sich anzuhören, was junge Menschen in unserem Land zu sagen haben und dann hier nicht nur sagen: „Das ist fein und toll und das sehe ich ganz genau so“, sondern ich lade Sie auch ein, dass wir uns im Anschluss zusammensetzen und ernsthaft darüber diskutieren und überlegen, was können wir jetzt auch gemeinsam umsetzen? Ich wünsche mir, dass nicht nur dieser Jugendlandtag ein Allparteiantrag ist, sondern dass aus diesem Jugendlandtag heraus ganz viele Allparteianträge kommen, die wir dann hier auch im Sinne der Jugendlichen in der Steiermark umsetzen. Danke schön. *(Beifall bei den Grünen – 12.04 Uhr)*

**Präsident Majcen:** Danke, Frau Abgeordnete. Die vorläufig letzte Wortmeldung ist die der Frau Landesrätin Mag. Grossmann. Frau Landesrätin, bitte.

**Landesrätin Mag. Grossmann** (12.04 Uhr): Danke, Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, dass der Jugendlandtag von allen Landtagsfraktionen mitgetragen wird, so wie auch andere Jugendbeteiligungsmodelle, und ich danke Ihnen wirklich ganz, ganz aufrichtig für die aktive, rege Beteiligung beim Mitmischen bei vielen Veranstaltungen. Das ist, denke ich, ein ganz, ganz wichtiges Zeichen für unsere Jugend und ich freue mich insbesondere sehr darüber, dass das so gut funktioniert, weil ich bundesweit an der Entstehungsgeschichte solcher Maßnahmen zur politischen Bildung ja doch sehr aktiv beteiligt war. Vor vielen Jahren war ich Kinder- und Jugendsprecherin im Nationalrat und durfte „Wählen mit 16“ verhandeln und habe dabei immer wieder ganz klar gesagt, diese wichtige Maßnahme muss begleitet werden von qualitativ hochwertiger politischer Bildung - schulischer, aber auch außerschulischer politischer Bildung. Eben unsere Maßnahmen, wie wir sie hier setzen und auch aktiv fördern, sind so eine schulische bzw. außerschulische Aktivität und ich denke, es ist ein ganz, ganz wichtiges Signal, dass hier wirklich alle Fraktionen aktiv dahinter stehen und ich danke Ihnen hier auch für Ihre Bereitschaft. Ich habe auf Bundesebene hier verschiedenste Modelle gemeinsam mit den Jugendsprecher/-sprecherinnen der anderen Fraktionen ausprobiert und diese Erfahrungen dann auch den Landtagen zur Verfügung gestellt. Das hat Früchte getragen, nicht nur im Landtag Steiermark, sondern auch in anderen Landtagen bzw. auch im österreichischen Parlament in Form der Demokratiewerkstatt – auch ein groß angelegtes Projekt, eine Institution mittlerweile schon, die durchaus für alle empfehlenswert ist. Empfehlenswert auch zur Weitergabe dieses know how's und auch hier geht es darum, junge Menschen für Politik zu interessieren, zu informieren, wie Entscheidungsprozesse zustande kommen, wie schwierig es ist, einen Kompromiss zu erringen – auch quasi die eigene Meinung zu verteidigen. Man lernt unglaublich viel fürs Leben. Auch Medienkompetenz wird vermittelt. Also das sind ganz, ganz wichtige Befähigungen, um sich in unserer Welt auch zurechtzufinden. Die jungen Menschen profitieren auch persönlich sehr von diesen Aktivitäten und ich danke Ihnen, dass Sie das mit so großer Begeisterung mittragen. (Beifall bei der SPÖ – 12.07 Uhr)

**Präsident Majcen:** Danke, Frau Landesrätin. Das war die letzte Wortmeldung unter diesem Tagesordnungspunkt, es liegt also keine weitere Wortmeldung vor.

Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu diesem Tagesordnungspunkt die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe: Es war diesmal besonders einfach.

Einstimmige Annahme.

Ich freue mich darüber und komme zu Tagesordnungspunkt

**8. Bericht des Ausschusses für Soziales über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1223/1, betreffend Strategische Ausrichtung des Landes Steiermark in der Kinder- und Jugendarbeit 2020.**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Lercher. Ich erteile ihm das Wort zur Berichterstattung.

**LTAbg. Lercher** (12.08 Uhr): Berichterstattung betreffend Strategische Ausrichtung des Landes Steiermark in der Kinder- und Jugendarbeit 2020, Einl.Zahl 1223/1.

Der Ausschuss „Soziales“ hat in seiner Sitzung vom 8.5.2012 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Soziales“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung betreffend „Strategische Ausrichtung des Landes Steiermark“ wird zur Kenntnis genommen. (12.09 Uhr)

**Präsident Majcen:** Danke für den Bericht. Der Berichterstatter hat sich auch zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**LTAbg. Lercher** (12.09 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Es war jetzt sehr schön im Sinne der Jugend auch einen Allparteiantrag hier zu beschließen und ich glaube, dieser zweite Punkt, diese strategische Ausrichtung des Landes Steiermark ist genauso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger. Eine solche Ausrichtung bedingt die Ernsthaftigkeit auch eines Projektes wie die des Jugendlandtages. Was bedeutet das? Das Land Steiermark hat in puncto Jugend ein Strategiepapier verfasst, das in Wahrheit auf drei große Blöcke aufbaut, nämlich dem Elternhaus, der Schule, der Kinder- und der Jugendarbeit. Daraus resultierend ist eine Vision festgelegt worden. Diese Vision möchte ich Ihnen jetzt kurz vorlesen, nämlich „Kinder und Jugendliche sollen gegenwärtige und zukünftige

Lebensbedingungen eigenverantwortlich und je nach Alter selbstbestimmt gestalten können. Sie sollen ihrem Alter entsprechend bestmögliche Rahmenbedingungen vorfinden, um ihre eigene Persönlichkeit gemäß ihren Interessen und Neigungen zu entwickeln. Kinder und Jugendliche werden als eigenständige Individuen in ihrer Vielfalt wahrgenommen und in ihrer Entwicklung gestärkt. Ihre unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse werden ebenso berücksichtigt wie regionale Gegebenheiten.“ Die Kinder- und Jugendarbeit trägt jeden Tag dazu bei, dieser Vision ein Stück näher zu kommen. Frau Landesrätin, ich glaube, es ist wirklich ein Wurf gelungen – dafür ein Dankeschön. Es sind nämlich daraus resultierend, aus einer wirklich guten Vision, aus einer tollen Herangehensweise und einer wirklich sehr, sehr guten Istanalyse sechs Handlungsfelder entstanden. Diese Handlungsfelder sind zum einen die Lebenswelt der Jugendlichen, zum Zweiten die Jugendinformation und –beratung, drittens Jugendschutz und –prävention, viertens Jugendkultur und kreative Ausdrucksformen, fünftens gesellschaftspolitische Bildung und Partizipation und sechstens Bildungs- und Berufsorientierung. Diese sechs Themenfelder umfassen, kurz gesagt, alle Lebensbereiche, die Jugendliche und Kinder haben und wo sie sich auch bewegen. Es geht jetzt darum, heute diese Strategie – und ich hoffe in einem sehr breiten Rahmen – zu beschließen und dann diese Themenfelder mit aktiver politischer Arbeit und Initiativen in die Tat umzusetzen. Was mich besonders freut und was jetzt auch neu ist, wo wir Vorreiter sind, ist, dass vor allem die Jugendkultur und die kreativen Ausdrucksformen drinnen sind. Es geht nämlich darum, auch die kulturellen Aspekte von jugendlichen Menschen zu sehen, sie wahrzunehmen und dort auch zu helfen. Ob das ein Skate-Contest ist, ob das eine Veranstaltung ist, ob es ein Theater ist – junge Menschen sind vielfältig und sie wollen gerade vor Ort in ihren Ausdrucksformen gestützt und gefördert werden. Dieses Konzept ist jetzt Rahmenbedingung und Rüstzeug, glaube ich, für uns, um eine tolle politische Arbeit anzugehen, um Jugendlichen in der Steiermark wirklich alles zu ermöglichen. Ich rede von „alles“, weil diese Strategie auch alles umfasst. Es liegt jetzt an uns, angefangen - und da haben wir auch die Gespräche vom Jugendschutzgesetz, das wir in ein ganzes Gesetz fassen wollen – von Ausgehzeiten bis hin zu Alkoholregelungen usw. bis hin zur Jugendkulturförderung, zur Jugendinformation alle Facetten dieser Arbeit anzusprechen und auch mit politischem Leben zu erfüllen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, was hier noch erwähnenswert ist, ist auch die Vorarbeit und die Implementierung der jetzt in den Großregionen eingesetzten regionalen Jugendmanager und Jugendmanagerinnen. Weil diese Handlungsfelder auch das Rüstzeug für Sie sein wird, wie Sie Ihre Arbeit in den Regionen begehen. Diese einheitliche

Form der Vorgehensweise, diese professionelle Ausarbeitung bringt die Steiermark in puncto Jugendarbeit ganz voran und deswegen bitte ich Sie heute im Sinne der Jugend um Annahme. Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ – 12.14 Uhr*)

**Präsident Majcen:** Danke für diese Wortmeldung. Als nächste Wortmeldung liegt mir die der Frau Abgeordneten Ingrid Lechner-Sonnek vor. Frau Abgeordnete, bitte.

**LTabg. Lechner-Sonnek (12.14 Uhr):** Herr Präsident, Frau Landesrätin, sehr geehrte Damen und Herren des Landesparlamentes, sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne!

Lieber Kollege Lercher, die Grünen werden diesem Papier zustimmen, obwohl es einige Kritikpunkte von unserer Seite dazu gibt. Vorausstellen möchte ich meinen Ausführungen ein klares Bekenntnis dazu, dass es Visionen zu entwickeln gilt. Ich bin ein besonderer Fan davon, miteinander darüber zu reden und zu einer Entscheidung zu kommen, wo man sich denn hin entwickeln will. Wenn man das jetzt als Privatperson zu entscheiden hat, dann geht einen das nur selber an und dann kann man es halten wie man will. Wenn es aber darum geht, dass man die Arbeit für die Bevölkerung macht – und das ist es ja wohl, wir haben weitreichende Aufgaben hier im Landtag, das ist bei uns sehr wohl der Fall –, dann heißt das, man muss sich miteinander ins Einvernehmen setzen, man muss miteinander an etwas arbeiten, was man als Ziel der politischen Arbeit einmal definieren und ausweisen kann und vor allem deswegen, weil die Handlungen, die dann folgen, dann auch überprüfbar sind. Jeder und jede kann sich dann überlegen, ist es glaubwürdig, dass diese und jene Maßnahme dort hinführt? Werden wir mit diesen und jenen Maßnahmen dort hinkommen, wo wir gesagt haben, dass wir hin wollen? So gesehen bin ich ein ganz großer Fan von der Entwicklung von Visionen, wie wohl – und da komme ich jetzt zum kritischen Teil – es eine ganz große Gefahr gibt bei der Arbeit mit Visionen. Die Gefahr ist, dass man praktisch nur mehr die positive Äußerung sieht und auf der ausbauend Maßnahmen formuliert. Ich will Ihnen sagen, was genau ich damit meine: Wir haben bei dieser strategischen Ausrichtung des Landes in Sachen Kinder- und Jugendarbeit eine Form oder es wurde eine Form gewählt, die mit positiven Sätzen beschreibt, wie es in der Zukunft sein soll. Das ist ja an sich noch nichts Schlechtes, ich gebe Ihnen ein Beispiel: Zum Thema Lebenswelten; Kinder und Jugendliche in der Steiermark finden Experimentierfelder und Gestaltungsräume vor, welche auf ihre Bedürfnisse abgestimmt sind und in denen sie sich frei entwickeln können. Sie werden als

gleichberechtigte PartnerInnen von Erwachsenen in der Gestaltung dieser Räume und deren Angeboten anerkannt und haben die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Beteiligung. Das ist eine Vision, das merkt man sofort, weil, das haben wir jetzt noch nicht. Mein Problem ist, dass das Papier auf diesen positiven Äußerungen aufbauend eigentlich so tut, als wäre das ein relativ einfacher Weg und als ginge es nur mehr darum, wie man den beschreitet. Wer für mich da vollkommen durchfällt, zwischen den Sesseln oder wie man immer das auch nennen will, das sind diese Kinder und Jugendlichen, die es nicht so gut haben; die in schwierigen Lebensverhältnissen aufwachsen; die in einer vernachlässigenden Familienumgebung aufwachsen. Diese Kinder und Jugendlichen werden einfach nicht einen ausreichenden Zugang zu Informationen haben, um eigenständig Entscheidungen treffen zu können. Diese Kinder und Jugendlichen, die werden nicht, wie es hier z. B. steht, an politischen Prozessen eigenverantwortlich teilnehmen können. Die wissen gar nicht, dass es das gibt. Die sind wahrscheinlich so verwoben in ihrer schwierigen Situation, dass ihnen auch die Information nichts helfen würde, wenn man sie ihnen geben würde. Das heißt, zwischen jenen, die es in unserer Gesellschaft sehr schwer haben – wir wissen, dass das immer mehr Kinder und Jugendliche betrifft, da rede ich noch gar nicht von der Arbeitslosigkeit, sondern einmal nur von schwierigen Familienverhältnissen und von zunehmendem Ausmaß von Armut –, diese Kinder haben von diesem Programm im Moment und auch in nächster Zeit überhaupt gar nichts. Diese massive Lücke ist zu schließen, meine Damen und Herren. Wir müssen in Ergänzung, wenn das Wirklichkeit werden soll und das würde ich mir wirklich von Herzen wünschen, ich bin dankbar für die Arbeit, aber das muss man schon sagen: Wenn das Wirklichkeit werden soll, dann haben wir ganz schön was vor uns. Ich bin sehr dafür, dass wir diese Arbeit aufnehmen, aber es kann nicht sein, dass wir zur gleichen Zeit, wo solche hochstehenden Visionen formuliert und heute beschlossen werden – ich nehme an, einstimmig beschlossen werden, Leistungen im Jugendwohlfahrtsbereich massiv gekürzt werden. *(Beifall bei den Grünen und der KPÖ)* Da stimmen einfach zwei Dinge nicht zusammen, nämlich das, was man spricht, und das, was man tut. Jetzt kann man sagen: Ja, Jugendarbeit ist das eine und Jugendwohlfahrt ist das andere. Das stimmt, ja, ressortmäßig stimmt das. Für Jugendarbeit ist die Frau Landesrätin zuständig, für Jugendwohlfahrt ist Herr Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser zuständig. Ich glaube nicht, dass eine Ressortverteilung, wenn man die ändert, alle Probleme in dieser Welt löst. Mein Anliegen wäre aber oder mein Ratschlag an die Landesregierung wäre, die Ressortverteilung in diesem Zusammenhang einmal zu überlegen. Ob das gescheit ist, dass zwei verschiedene Ressorts,

die ganz verschiedene andere Aufgaben haben, da eigenständig agieren? Es zeigt sich ja, dass hier etwas nicht einbezogen wurde, was in der letzten Zeit in der Landespolitik sehr gestaltend war. Eben, was hat sich im Bereich der Jugendwohlfahrt für Kinder und Jugendlichen verändert, aber nicht für diese, die ja eigentlich sozusagen die NutznießerInnen des Jugendwohlfahrtsbereiches sein sollen, sondern auch für die Beschäftigten in diesem Bereich? Da brauchen Sie nur ein bisschen herumtelefonieren und fragen; ob Sie jetzt die Beschäftigten selber, die Betriebsräte und Betriebsrätinnen fragen oder die Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen der Träger. Die werden Ihnen alle das Gleiche sagen, dass nämlich durch die Kürzungen vonseiten der Landesregierung der Druck auf die Beschäftigten sehr viel größer geworden ist und dass das Ausmaß der Betreuung und Begleitung der Kinder und Jugendlichen deutlich geringer geworden ist. Das ist nichts, worauf man stolz sein kann. Das muss ich Ihnen schon sagen. Dass z. B. die Lern- und Sozialbetreuung abgeschafft worden ist, ist meiner Meinung nach ein „Knieschuss erster Ordnung“ gewesen. Das war eine ganz, ganz wichtige, niederschwellige Leistung, die dazu geführt hat, dass Betreuungspersonen in Familien gekommen sind, in denen es halt schwierige Lebensverhältnisse gibt, wo die Eltern oft nicht geschaut haben, schauen konnten – für das Kind ist es egal, ob die Eltern nicht können oder nicht wollen –, ob die Kinder in die Schule gehen. Eltern, die nicht geschaut haben darauf, dass die Kinder zu Hause eine Aufgabe machen, dass die vorbereitet sind auf den Schulbesuch, dass die genug zu essen haben und dass das Schulzeug da ist; dass sie genug schlafen, dass sie sich wirklich auf den Weg in die Schule machen. Diese externen Betreuungspersonen haben es oft geschafft, das System so zu stabilisieren, dass die Kinder in die Schule gegangen sind und dass sie sich dort auch bewähren konnten. Mit der bekannten Folge – was ist die Folge, wenn der Schulbesuch gelingt? –, dass Kinder dann in eine Ausbildung gehen können, Kinder und Jugendliche, und dass die jungen Menschen dann eine Chance auf einen Arbeitsplatz haben. Mehr kann das Ausbildungssystem und mehr kann die Familie nicht garantieren. Aber wenn die Familie massiv auslässt – und das ist so, da kann man sich ärgern, da kann man schimpfen; wurscht, für die Kinder macht es keinen Unterschied –, dann muss der Bereich der Jugendwohlfahrt, dann muss der Bereich der Jugendarbeit heran. Wenn ich diesen Bereich kürze, meine Damen und Herren, dann wird eine Vision, wie es für die Kinder und Jugendlichen in der Steiermark weitergehen soll, die so positiv und allgemein formuliert ist, nichts anderes sein als ein schöner, schöner, großer Luftballon, der davon schwebt und wir staunen alle und sagen: „Wow, schön!“, aber Realität wird er nicht gewinnen. Er wird die Lebenssituation von

Kindern und Jugendlichen nicht verändern können, dieser Ballon, wenn es nicht gelingt, diese große Lücke zu schließen, nämlich zu schauen: Wie geht es Kindern und Jugendlichen in unserem Land? Was sind denn die tatsächlichen Bedürfnisse und was ist die Entwicklung? Der Landtag und die Landesregierung, wir müssen uns überlegen, wie sich die Lebenssituation für Kinder und Jugendliche verändert hat und da müssen wir ehrlich hinschauen und da dürfen wir nicht nur sagen, wie schön es wäre, wenn es wäre. Sondern wir müssen auch anschauen, was ist wirklich? Durch die Kürzungen von Leistungen ist eben die Lebenssituation schwieriger geworden – von Kindern – und auch ihre Zukunftschancen sind dadurch deutlich reduziert worden. Das muss man wirklich sagen. Auch muss man sagen, dass das, was es an Leistungen, an Unterstützungsleistungen gibt, zum Teil ja nicht mehr zeitgemäß ist. Es gibt große Probleme in Bezug auf die verschiedenen Leistungen und ob sie wirklich das bringen, ob man die Kinder damit so unterstützen kann, wie man das gerne machen würde. Was ich daraus ableite, aus diesem Wissen, ist, dass wir dringenden Handlungsbedarf haben und das würde ich wirklich vorschlagen, Frau Landesrätin. Vielleicht kann man das auch ganz informell einmal machen und alle Parteien oder jene, die sich damit beschäftigen wollen, einmal einladen und schauen, wie kann man das System informell einmal insgesamt aufstellen? Das ganze System, das sich in der Landespolitik mit den Interessen von Kindern und Jugendlichen auseinandersetzt und zuständig ist. Wie können wir dieses System so weiterentwickeln, dass es der Realität entspricht, die wir jetzt haben? Das ist ein ganz großes Anliegen von meiner Seite, denn das, was alles im Moment passiert – ihr habt gesagt die Kürzungen oder auch wie die BHs z. B. anders agieren, die einfach heute etwas „Gefährdung“ nennen, nur etwas „Gefährdung“ nennen, wo früher ganz andere Situationen als Gefährdung eingeschätzt worden sind – ja, das löst vielleicht ein finanzielles Problem, weil man nicht so viel für die Betreuung zahlen muss. Aber, nur weil eine Kostenstelle wegfällt, fällt das Problem dieses Kindes oder dieses Jugendlichen nicht weg. Das ist ein massives Problem und dem haben wir uns zu stellen. Vor diesem Hintergrund – Max Lercher hat gesagt: „Es ist ein großer Wurf gelungen.“ – kann ich das nicht unterschreiben. Es ist wichtig, diese Visionsarbeit zu machen, aber ernst nehmen, wirklich ernst nehmen, kann ich das nur und werden uns auch nur die Leute, die sehen, dass wir uns damit auseinandersetzen, dass es Kinder und Jugendliche gibt, die mit einer open-space-Veranstaltung unter Umständen nichts anfangen können, weil sie gar nicht wissen, was das ist, wo es das gibt und weil sie nicht ableiten für sich selber, dass das etwas ist, was auch für sie gedacht ist, wo sie sich artikulieren können – die das noch gar nicht können, die das noch gar nicht denken können,

dass sie für sich selber eintreten können. Die verdienen unsere Aufmerksamkeit und unsere Solidarität. Da fehlt noch vieles, meine Damen und Herren. Ich kann Ihnen nur versprechen von unserer Seite, wir werden da massiv dranbleiben. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 12.25 Uhr*)

**Präsident Majcen:** Danke für die Wortmeldung.

Bevor ich dem nächsten Redner bzw. der nächsten Rednerin das Wort erteile, begrüße ich die Damen der Ortsgruppe Übelbach der Steirischen ÖVP-Frauen unter der Leitung von Frau Ortsleiterin Sonja Zuser. (*Allgemeiner Beifall*) Herzlich willkommen, danke für das Interesse. Die nächste Wortmeldung ist Frau Abgeordnete MMag. Barbara Eibinger. Frau Abgeordnete, bitte ans Rednerpult.

**LTAbg. MMag. Eibinger (12.26 Uhr):** Danke, Herr Präsident! Geschätzte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allem, das freut mich ganz besonders, dass ich auch Kolleginnen aus meinem Bezirk Graz-Umgebung heute hier begrüßen darf! Seid herzlich willkommen.

„Man erntet, was man sät“ ist ein oft zitierter Spruch und was meine ich damit jetzt zu diesem Tagesordnungspunkt, was will ich damit sagen? Ich will damit sagen, dass die Kinder und Jugendlichen der Spiegel unserer Gesellschaft sind und dass sie sehr oft das reflektieren, was sie eigentlich von den Erwachsenen mit bekommen. Meines Erachtens bekommt die Kinder- und Jugendarbeit als dritte Säule neben dem Elternhaus und neben der Schule immer mehr Bedeutung. Warum ist das so? Das ist meines Erachtens deswegen, weil sehr viel vom Elternhaus mittlerweile an Aufgaben - auch Erziehungsaufgaben – an die Schule weitergegeben wird, aus welchen Gründen auch immer, und wir tatsächlich schon auch überlegen, ob wir nicht Schulfächer einführen, die sich „Glück“ nennen oder dass die Schüler in der Schule lernen, wie man mit Geld umgeht und all diese Funktionen soll die Schule schon ausfüllen. Aber, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, all diese Funktionen wird die Schule alleine nicht erfüllen können. Deswegen heißt das, dass wir mehr auf außerschulische Bildung setzen müssen und damit meine ich nicht nur, dass wir jetzt Wissen vermitteln außerhalb der Schule, sondern da geht es vor allem auch um die sozialen Kompetenzen und die Persönlichkeitsbildung. Wer hier eine besonders große Rolle spielt – und das merken Sie alle, wenn Sie draußen in Ihren Bezirken unterwegs sind, wenn Sie am Wochenende eingeladen werden bei Festen z. B. teilzunehmen. Wer begegnet uns da, der eigentlich im

Bereich der Jugend viel Arbeit leistet? Das sind die Feuerwehren, die Feuerwehrjugend; da haben wir die Landjugend, die Jungschar, das Rote Kreuz. All diese Organisationen und viele, viele mehr, man kann sie gar nicht alle aufzählen, leisten einen wichtigen Beitrag in der Jugendarbeit. Die Kinder und Jugendlichen erleben dort Gemeinschaft, sie bekommen Werte vermittelt und sie erleben dort gemeinsame Erfolge und – auch das gibt es leider im Leben – hin und wieder müssen sie auch Niederlagen einstecken, die sie dort aber gemeinsam bewältigen können. Daneben ist natürlich auch das Land Steiermark gefordert, in der Kinder- und Jugendarbeit einen wichtigen und großen Beitrag zu leisten und wir haben hier bereits ein sehr breites Angebot und eine sehr gute Qualität. Wir haben z. B. in Graz sogar einen Hochschullehrgang dafür. Ich bin sehr froh, dass man über dieses breite Angebot jetzt eine Strategie drüberlegt, nämlich eine Strategie über das gesamte Jugendressort, was jetzt Frau Kollegin Lechner-Sonnek angesprochen hat. Es ist halt derzeit in diesem Ressort – ich bin die Letzte, die da gegen eine Verknüpfung oder Erweiterung ist –, aber ich bin überzeugt davon, dass es derzeit auch schon eine gute Kooperation und Abstimmung mit den anderen Bereichen gibt. Zu dieser Strategie möchte ich auch ausdrücklich positiv erwähnen, dass diese sechs Handlungsfelder gemeinsam mit denen erarbeitet wurden, die tagtäglich in der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind, nämlich mit den diversen Fachstellen und Jugendarbeitern und großer Dank gebührt da auch einer, die hier federführend war und die ich im Zuschauerraum begrüßen kann, das ist nämlich Frau Mag. Jutta Petz vom Landesjugendreferat, die da wirklich tolle Arbeit geleistet hat. *(Allgemeiner Beifall)* Insgesamt, denke ich, muss es Ziel und Aufgabe sein, dass wir den Kindern und Jugendlichen in unserem Land wieder mehr Eigenverantwortung mitgeben, auch mehr das selbstständige Denken wieder beibringen und mitgeben. Denn das funktioniert aber auch nur, wenn man sie respektiert und wirklich ernst nimmt und wertschätzt. Deswegen möchte ich auch bei dieser Rede, wie schon bei der vorigen, mich mit einem Appell an Sie alle wenden, nämlich, dass wir nicht nur heute diese Jugendstrategie beschließen, sondern dass wir alle in unserem Umfeld, in der täglichen politischen Arbeit auch wirklich die Kinder und Jugendlichen als gleichberechtigte Partner sehen und wertschätzen. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.30 Uhr)*

**Präsident Majcen:** Danke, Frau Abgeordnete. Die nächste Wortmeldung ist die Wortmeldung der Frau Abgeordneten Waltraud Schwammer. Frau Abgeordnete, bitte sehr.

**LTabg. Schwammer** (12.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher und Besucherinnen!

Ich möchte zuerst einmal danken, so wie meine Vorrednerin, für diese strategische Ausrichtung. Sie gibt uns einen guten Einblick in die Situation der Jugend und einen Überblick in die Struktur der Kinder- und Jugendarbeit. In meinen Ausführungen möchte ich mich in erster Linie auf die Zugangsformen der Kinder- und Jugendarbeit in der Steiermark beziehen und das ein wenig mit eigenen Erfahrungen untermauern.

Wenn wir uns so vorstellen, um Kinder und Jugendliche zu erreichen, sind natürlich unterschiedlichste Formen an Zugängen möglich. In dieser Strategie ist aufgelistet, erstens die offene Jugendarbeit, dann zweitens die verbandliche Jugendarbeit, die Schulsozialarbeit und die Social Media. Zur öffentlichen Jugendarbeit, ich aus meinem Bereich erlebe das in erster Linie in den Städten, also nicht so sehr am Land, wo also Jugendzentren, Jugendtreffs, öffentliche Räume den Jugendlichen eine Betreuung ermöglichen. Die Zusammensetzung dieser Gruppen verändert sich sehr häufig und ebenso die Intensität der Angebote. Zweitens, die verbandliche Jugendarbeit: Das Leben und die Lebensqualität im ländlichen Raum – und aus dem komme ich, das ist meine Erfahrung – ist geprägt, wie wir schon gehört haben, von vielen Vereinen und Organisationen. Ein Sportverein, Musikverein, die Freiwillige Feuerwehr, die Landjugend, wie wir schon gehört haben, andere politische Jugendorganisationen überleben nur dann, wenn es gelingt, eine gute Jugendarbeit zu machen. In diesen Gemeinschaften werden definierte Weltanschauungen gelebt und dadurch weitergegeben. Werte wie Verlässlichkeit, Pünktlichkeit, Gemeinschaftssinn vor Eigennutz werden von den Mitgliedern eingefordert und es funktioniert. Also ich habe da schon manchmal meine schlimmsten Schüler aus dem Klassenzimmer bei der Freiwilligen Feuerwehr wiedergefunden und da waren sie die Besten im Wissenstest. Ich und viele Eltern haben gestaunt, wie pubertierende Jugendliche oft freiwillig Anstrengungen auf sich nehmen, um zu einer gewählten Gruppe, zu einem Verein zu gehören. Die Jugendlichen haben dort die Möglichkeit, Fähigkeiten zu entfalten, Eigenverantwortung zu übernehmen. Sie lernen vor allem aber auch füreinander einzustehen und einfach das ganz Wichtige: Verantwortung übernehmen und Erfolge erleben, was wiederum das Selbstwertgefühl stärkt und eigentlich ein gesundes Selbstvertrauen gibt und immun macht gegen verschiedene Abgründe, die in unserer Gesellschaft auch allgegenwärtig sind. Daher, das sage ich als Bürgermeisterin, sind Investitionen in Organisationen, die also die Jugend fördern, zutiefst sinnvoll.

Der dritte Punkt: Die Schulsozialarbeit. Da möchte ich meiner Kollegin Lechner-Sonnek schon widersprechen, denn zum Beispiel, Sie haben gefragt, was ist neu? Neu ist zum Beispiel, dass es Schulsozialarbeit – zwar nicht flächendeckend - aber schon einmal gibt. Bis Weihnachten war ich eigentlich gut 25 Jahre im Schuldienst und habe seit drei Jahren erlebt, was Schulsozialarbeit an einer Schule bewirkt und wie das funktioniert. Zur Information: Schulsozialarbeit stellt die Zusammenarbeit und Verbindung von Sozialarbeit und dem System Schule dar. Es ist ein Angebot vor Ort und in den Schulalltag integriert und ist eben genau positiv, gerade für die Kinder und Jugendlichen die es schwer haben, die sonst vielleicht zu keiner Beratung kommen, oder nicht die Möglichkeit haben, spezielle gefördert zu werden. Eben ein Beispiel. In meiner Hauptschule war es also so. In den letzten drei Jahren zweimal wöchentlich stand eine Schulsozialarbeiterin zur Verfügung, den ganzen Schultag über. Ich kann nur Positives darüber berichten. Viele Kinder haben die Chance genützt, die Probleme und Sorgen mit der Schulsozialarbeiterin zu besprechen. Sie war, und ist auch, eine optimale Unterstützung für die unterrichtenden Lehrer und Lehrerinnen und wird gerne in Anspruch genommen. Ich muss sagen, das Schulklima hat sich wirklich wesentlich entspannt und nachhaltig verbessert. Das ist ja im Sinne aller.

Der vierte Zugang zu Jugendlichen ist über Social-Media, das heißt also, die Jugendlichen nutzen Facebook, Twitter, verschiedene Blogs, ob wir es wahrhaben wollen oder nicht. Das ist ein ganz fixer Bestandteil der jugendlichen Lebenswelt. Es ist einerseits hier die Chance, Kinder- und Jugendarbeit die Funktion zu erteilen, die Kids im täglichen Umgang mit dieser Social-Community aufzuklären und zu begleiten. Das ist absolut wichtig, damit die Jugendlichen auch auf eventuelle Gefahren sehr wohl und früh genug aufmerksam gemacht werden. Andererseits kann aber die Kinder- und Jugendarbeit – und sie tut es – diese Medien für sich nützen. Ich denke da zum Beispiel an die Facebookseiten der regionalen Jugendmanager, die natürlich diese Kontakte einfach verstärken.

Das waren also diese vier Zugangsformen, die ich Ihnen da etwas näher bringen wollte. Ich denke mir, eines muss uns auch klar sein, das habe ich in der Schule wieder gemerkt, da möchte ich jetzt noch ein Beispiel anfügen. Zum Beispiel, ein Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf hatte massive Unterstützung in viele Richtungen. Letztendlich, als dieser Schüler in die vierte Klasse Hauptschule gegangen ist, haben sich zehn Erwachsene von verschiedenen Organisationen überlegt, was mit dem Kind passieren wird. Haben schon Strategien ausgearbeitet, wo es beheimatet sein wird, in der Chance B, oder ist die Lebenshilfe besser, und dort und da. Schlussendlich sind die Eltern, oder die Mutter, ist

gekommen und hat gesagt: „Aus, ich stimme dem nicht zu!“ Damit war eigentlich die Mühe von vielen Fachleuten in den Wind oder in den Sand gesetzt. Mein Zugang ist, wir dürfen die Verantwortung der Eltern nicht zu gering schätzen. Die Eltern, finde ich, gehören noch viel mehr auch in die Pflicht genommen. Eines muss uns auch klar sein, wir wollen immer alles regeln, jede schiefe Gebissstellung wird mit einer wunderschönen Zahnsperre geregelt und wir können aber nicht alles regeln. Meine Erfahrung aus 25 oder 27 Jahren Lehrerdasein, gewisse Dinge kann man gut versuchen zu begleiten, aber wir müssen auch damit leben, dass wir nicht alles regeln können und schon gar nicht mit Geld.

Zum Abschluss ein Satz von Ute Haas, einer deutschen Kriminologin: Erwachsene beschäftigen sich zu wenig mit den Problemen von Jugendlichen, sondern viel mehr mit jenen Problemen, die ihnen Jugendliche machen. In diesem Sinne möge es uns gelingen, Kinder und Jugendliche gut zu begleiten, damit sie ihren Platz im Leben finden, geprägt von Lebensfreude und Sinnerfüllung. *(Beifall bei der ÖVP und der SPÖ – 12.40 Uhr)*

**Präsident Majcen:** Danke auch für diese Wortmeldung. Es hat sich noch einmal, für eine kurze Wortmeldung, der Abgeordnete Lercher zu Wort gemeldet. Herr Abgeordneter, bitte.

**LTAbg. Lercher (12.41 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen, liebe Zuhörer!

Liebe Ingrid, ich möchte schon kurz noch darauf replizieren, was du vorher auch hier in den Raum gestellt hast. Ich glaube, die Vorgehensweise, die ich wähle zu diesem Thema, und wie du sie hier eher auf eine pessimistische Art und Weise vorgetragen hast, ist eine andere. Die Regierung hat eine Strategie beschlossen, es wird auch heute der Landtag hier voraussichtlich eine Strategie, eine jugendpolitische Strategie, beschließen. In ihrer Form und Aufarbeitung ist es im Bundesländervergleich einmalig, das heißt, die Steiermark übernimmt hier eine Vorreiterrolle von allen Bundesländern in Österreich. Ich glaube, es ist sehr, sehr wichtig, dass wir gerade jetzt – und da gebe ich dir recht – wir werden überprüft werden, wie kommen wir zu diesen Zielen hin. Genau darum geht es, wir haben jetzt Handlungsfelder, wir haben eine Ist-Analyse und jetzt geht es darum, und nur darum, dass man diese mit Leben erfüllt. Ich kann dir Eines versprechen, eines meiner Hauptaugenmerke wird darauf liegen, Kinder und Jugendliche gerade aus schweren Verhältnissen hier mitzunehmen. Weil eine Jugendstrategie wird nur so gut sein, wenn wir beweisen können, wir können alle Schichten der Jugendlichen, alle gesellschaftlichen Schichten, erreichen. Das wird unsere

Herausforderung sein, nur so können wir auch ernsthafte Jugendpolitik betreiben. Wir werden uns auch in diesem Sinne am schwächsten Glied orientieren und so auch Politik betreiben. Jugend ist Querschnittsmaterie und das bedingt auch, wenn ich heute eine Strategie beschließe, dass natürlich alle Regierungsmitglieder in die Verantwortung genommen werden und wir als Landtag – und das kann ich von meiner Seite aus versprechen, aber sicher auch die Frau Landesrätin – wir werden alles daran tun, um das zu überprüfen und auch einzufordern. Wir haben die Jugendmobilität in den sieben steirischen Großregionen schon als Antrag durchgebracht. Wir haben gerade vorher den Jugendlandtag beschlossen und gehen jetzt daran, eine jugendpolitische Strategie zu beschließen, die es so österreichweit, so fundiert, noch nie gegeben hat. Darum gebt uns bitte eine Chance – und ich bin sehr froh, dass ihr mitstimmt – gebt uns eine Chance zu beweisen, dass wir diese Handlungsfelder nach bestem Wissen und Gewissen und für die Jugendlichen mit Leben erfüllen werden. Und am Ende des Tages verspreche ich, werden wir eine hervorragende Jugendpolitik in der Steiermark haben. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und der ÖVP – 12.43 Uhr)*

**Präsident Majcen:** Danke. Nächste Wortmeldung ist der Abgeordnete Amesbauer.

**LTAbg. Amesbauer, BA** *(12.43 Uhr)*: Herr Präsident, Frau Landesrätin!

Kinder und Jugendliche sollten ihren Lebensweg grundsätzlich möglichst eigenverantwortlich und je nach Alter möglichst selbstbestimmt gestalten. Natürlich braucht es eine Begleitung und Rahmenbedingungen und auch Regeln, die durch Erwachsene, sprich die Politik, vorgegeben werden. Diese strategische Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit 2020 ist gut, ist nicht sehr gut. Es gibt ein paar Kleinigkeiten drinnen, die mir nicht gefallen. Zum Beispiel das, dass explizit festgehalten wird: Die Grundprinzipien und Aktivitäten der Kinder und Jugendarbeit in der Steiermark tragen dazu bei, die Vorgaben des Landes Steiermark zur Umsetzung von Gender-Mainstreaming und Diversität zu erfüllen. Warum es bei diesem Thema wiederum auch eine Vorgabe des Landes, sprich der Politik, für die Jugendlichen braucht, erschließt sich mir nicht ganz, weil ich glaube, die Kinder und Jugendlichen sind weit genug, dass sie das selbst erkennen, welchen Weg sie wählen in diesem Bereich. Aber sei es drum, es steht ja sowieso in jedem Stück im Landtag drinnen, und wenn wir hier fremd gingen, müssten wir ja alles ablehnen, was natürlich nicht der Sinn der Sache ist.

Das zweite, was mir überhaupt nicht gefällt bei dem Ganzen, ist natürlich, dass als Maßgabe die Charta des Zusammenlebens in Vielfalt herangezogen wird, die ja von uns Freiheitlichen

grundsätzlich abgelehnt wird. Aus dem Grund, da es ein wesentliches Ziel dieser Charta ist, die Feststellung, die Steiermark ist ein Zuwanderungsland, dass wir das als Freiheitliche verneinen und klar ablehnen und wir auch nicht verstehen, warum den Kindern und Jugendlichen diese Falschmeinung quasi auf das Auge gedrückt wird.

Jetzt aber zu den positiven Punkten dieser strategischen Ausrichtung, die bei weitem überwiegen. Das ist für mich einmal ganz wichtig, der Jugendschutz und Prävention, wenn es um die Facebookkultur geht, dass der Umgang mit dem Thema Alkohol mit der Aktion: „Wir können auch anders“, dass das weitergeführt wird und ausgebaut wird. dass natürlich auch bei den Erwachsenen ein Bewusstsein geschaffen wird, die Probleme im Umgang mit Alkohol oder den Ausschank von Alkohol an Kindern. Denn wir wissen, dass es gerade im Land immer wieder große Probleme gibt, bei diversen Festveranstaltungen und in Diskotheken, und dass das Jugendschutzgesetz zum Thema Alkohol von den Verantwortlichen auf die leichte Schulter genommen wird. Das ist auch eine Aufgabe der Politik, hier entsprechend entgegenzuwirken. Jugendkulturen, Subkulturen, verschiedenste die es gibt, die es zu berücksichtigen gibt, ist angesprochen worden und kann ich auch nur voll und ganz unterstreichen, dass man da ein Augenmerk darauf legen muss und dass man auch schaut, dass diese Menschen, dass diese Jugendlichen auch ihre Subkulturen auch dementsprechend ausleben können, ganz egal um welche es sich im konkreten Fall natürlich auch handelt. Die zehn Grundprinzipien, die angeführt sind bei Kinder- und Jugendarbeit, kann ich voll inhaltlich unterstreichen, und auch die sechs Rahmenbedingungen, die sechs Leitmerkmale, sind sehr zu begrüßen. Obwohl es mir nicht 100%ig gefällt, es gefällt mir 98%ig, sagen wir einmal, diese strategische Ausrichtung. Ich denke, als Politiker sollte man die Verantwortung wahr nehmen, auch eine Sache zu unterstützen, der man nicht 100%ig zustimmt, aber in diesem Fall geht es auch um das Wohl und die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen. Das ist, glaube ich, eine Verantwortung, die uns alle einen sollte und darum stimmen wir dem auch heute zu. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 12.47 Uhr)*

**Präsident Majcen:** Danke. Nächste Wortmeldung, Frau Landesrätin Grossmann. Frau Landesrätin, bitte sehr.

**Landesrätin Mag. Grossmann (12.47 Uhr):** Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich freue mich natürlich sehr über die breite Zustimmung, die sich hier abzeichnet. Ich danke für das Lob zu 98 %, wie wir gehört haben, für das Lob teilweise zu 100 %, ich danke aber auch für die kritischen Anmerkungen, die mir genauso wichtig sind. Ich denke schon, man braucht eine Strategie, eine Vision, ein Ziel, wohin man sich bewegen will, auch wenn der Weg dorthin ein steiniger ist. Aber das Ziel steht im Vordergrund, man muss wissen, wohin man sich bewegen will. Hier denke ich, sind wir mit dieser Strategie am richtigen Weg, wenn ich auch sagen darf, dass wir im internationalen und auch im österreichweiten Vergleich sehr gut da stehen mit unseren Standards. Es ist schon einiges genannt worden, ich danke auch für das Beispiel mit der Schulsozialarbeit. Hier sind wir federführend in ganz Österreich. Leider können wir es noch nicht flächendeckend anbieten, aber jetzt tut sich ja auf Bundesebene einiges auf. Hier ist schon etwas in Bewegung geraten, das steirische Modell hat hier auch Aufmerksamkeit erregt, und vielleicht gelingt es uns mit Bundeshilfe, auf eine flächendeckende Versorgung der Steiermark mit diesem wichtigen Modell hinzuarbeiten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Strategie, diese Vision, ist nicht im stillen Kämmerchen erarbeitet worden, sondern wie es sich gehört, partizipativ mit unseren Jugendorganisationen, die sich hier auch sehr aktiv beteiligt haben, ihr gesamtes Know-how eingebracht haben, ihr Herzblut eingebracht haben und gemeinsam mit der Fachabteilung 6A unter der Leitung von Frau Mag. Jutta Petz, diese Strategie auch gemeinsam erstellt haben. Ich danke dir auch liebe Jutta, für deine engagierte Arbeit mit dem gesamten Team. Das Ergebnis kann sich wirklich sehen lassen und ist auch entsprechend handlungsleitend für die Politik. Es ist auch die Kritik gekommen, na ja, die Ressorts sind ja dann wieder irgendwie verteilt und jeder hat irgendwo auch die Verantwortung. Ja, das ist auch richtig, Jugendpolitik ist eine Querschnittsmaterie, genauso wie Frauenpolitik, Integrationspolitik, viele Gegenstände unserer Arbeit sind Querschnittsmaterien. Ich kann eben nicht für alles zuständig sein, es gibt eben spezielle Zuständigkeiten. Hier ist mir natürlich auch an einer bestmöglichen Abstimmung gelegen, mit allen Ressorts, in welcher Art auch immer sie mit der Thematik befasst sind. Ich möchte nochmals ein ganz herzliches Danke sagen, für die aktive Mitwirkung und auch für die Unterstützung dieser Strategie. Wir können sie nur gemeinsam mit Leben erfüllen bzw. auch am Leben halten, weil es wird ja auch schon intensivst gearbeitet an der Umsetzung dieser Zielsetzungen. Wir müssen das Rad nicht neu erfinden, sondern können hier auch auf Bewährtem aufbauen. In diesem Sinne auf eine gute, weitere Zusammenarbeit und vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und der ÖVP – 12.51 Uhr)*

**Präsident Majcen:** Danke für diese abschließende Wortmeldung. Nachdem keine weitere Wortmeldung vorliegt, komme ich zur Abstimmung. Wer also dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme fest und freue mich darüber, danke.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**9. Bericht des Ausschusses für Soziales über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1191/1, betreffend Beschluss Nr. 367 vom 20.03.2012, betreffend Evaluierung der Beiräte.**

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Riener. Frau Abgeordnete, ich erteile dir das Wort zur Berichterstattung.

**LTAbg. Riener** (12.52 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landesrätin, Herr Landesrat, werte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf Bericht erstatten aus dem Ausschuss „Soziales“, betreffend dem Beschluss Nr. 367 vom 20.03.2012, betreffend Evaluierung der Beiräte, Einl.Zahl 1191/1. Der Ausschuss „Soziales“ hat in seiner Sitzung vom 08.05.2012 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt und ich bitte um Kenntnisnahme des Berichtes. (12.53 Uhr)

**Präsident Majcen:** Danke für die Berichterstattung. Es liegt mir die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Deutschmann vor. Herr Abgeordneter, bitte.

**LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann** (12.53 Uhr): Danke Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren, wertees Publikum!

Zum Thema Beirat-Evaluierung wurde hier im Landtag schon einiges diskutiert und besprochen. Es gibt halt Anlässe, wo man wieder einmal über diese Grundsätze in dieser ... - Danke, Herr Präsident, dass Sie mir so fein das Wort abgeschnitten haben, aber jetzt geht es wieder weiter. Nehmen wir einmal als Grundprinzip an, die Beiräte, dass diese geschaffen wurden, um eine Grundlage zur Entscheidung für die Regierung, welche schlussendlich die Letztverantwortung inne hat, vorzubereiten. Die Beiräte sollten also ein Arbeitsausschuss sein, wo fachlich/inhaltlich die jeweiligen Themen aufbereitet und vor allem vernünftig mit Abwägungen der einzelnen Positionen gearbeitet werden sollte. Die einzelnen Beiräte sind

ohnehin mit verschiedenen Experten besetzt, die diese Grundlage vorzubereiten haben. Die Frage ist nun zu stellen, wie effizient sind unsere Beiräte, wie umsatzstark sind sie? Sind sie nicht im weiten Sinne ein zahnloses Politinstrument geworden, das ohnehin keine wirklich griffigen fachspezifischen Dinge umzusetzen vermag? Ist die Art, die Vielfalt und letztendlich die Zusammensetzung solcher Gremien nicht überholt und in vielen Bereichen unbrauchbar geworden? Es macht keinen Sinn, geschätzte Damen und Herren, wenn beispielsweise der Wohnbauförderungsbeirat einhellig erkennt, dass bei zunehmender Ausdünnung der Sekundärmittel in Zukunft kein geförderter Wohnbau in der Steiermark realisierbar sein wird, und das den Regierern nachträglich darlegt, damit sie im Stande sind zu handeln. Ein völlig unbrauchbarer Weg ist es, wenn man überlegt, wie man in diesem Papier auch liest, den Wohnbautisch mit dem Wohnbauförderungsbeirat zu koppeln. Der Wohnbautisch, geschätzte Damen und Herren, wurde unter der Wohnbaupatronanz von Landesrat Michael Schmid ins Leben gerufen, um die vorgelegten Wohnbauprojekte hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit zu überprüfen, als eine rein, auf das jeweilige Projekt bezogene, technische Überprüfung. Der Wohnbauförderungsbeirat hat alleine schon aufgrund seiner Besetzung weitreichendere Aufgaben, und muss sich aufgrund der Fülle der Anträge auf die Fachmeinung der Experten, vor allem jener aus der Ebene des Wohnbautisches, verlassen können. Alles andere wäre undurchführbar, wenn man sich die Tagesordnung dieses Beirates ansieht. Eine Verknüpfung dieser beiden Institutionen ist nicht nur undurchführbar, sondern würde sowohl den Wohnbautisch, als auch den Beirat, lahmlegen. Vielleicht werden wir in Hinkunft ohnehin weder den Einen noch den Anderen benötigen, wenn der steirische Wohnbau, so wie es sich ohnehin zeigt, budgetlos an die Wand gefahren wird. Dies wird man spätestens beim nächsten Budgetlandtag zu beurteilen haben. An dieser Stelle kann man nur zur Vernunft und Verantwortung mahnen, die Wohnbauförderung, geschätzte Damen und Herren, in unserer Steiermark, sinnvoll zu unterstützen und nicht langsam abzumontieren, den Wohnen ist Habitat. Ein zahnloses Unterfangen, wobei Zeit und Energie verbraucht werden, die man nutzbringender in zielorientierte, mit klaren Aufgaben und Möglichkeiten besetzten Gremien umsetzen könnte und müsste. Wenn man Beiräte zur Hilfestellung einsetzen will, so ist es unabdingbar, erstens einen klaren Auftrag zu formulieren, und zweitens auf die Art und den Umfang der Zusammensetzung dieser Beiräte zu achten. Speziell im Bereich der Raumordnung kommen, wie wir wissen, immer komplexere Problemlösungen auf uns zu, wo es eben von großer Wichtigkeit sein wird, wie sehr die Institution Beirat oder der Institution Beirat Glauben und Vertrauen geschenkt wird. Das Thema ist für unser Land, meines

Erachtens zu wichtig, und vor allem zu nachhaltig, als es für Parteigefechte, welcher Prägung sie auch sein mögen, zu missbrauchen. Leider muss man sich die Frage stellen, ob das Land Steiermark in Hinkunft überhaupt Beiräte haben sollte? Diese Frage sei mir gestattet. Vor allem in der Raumordnung hat man jüngst den Eindruck, nicht fachliche Überlegungen und vorausschauende vernunfttragende Entscheidungen, sondern durchwegs parteipolitisches Kleingeld, gepaart mit Interessensvertretung und deren Komponenten, bestimmen den Ausgang weitreichender und weichenstellender Veränderungen. Das entgegen einer breiten Fachmeinung von Experten, von denen vorher, geschätzte Damen und Herren, die Rede war, die nämlich die Grundlagen aufzubereiten haben. Wenn wir so weitermachen, wenn so weitergewurschtelt wird – gestatten Sie mir diesen Ausdruck, geschätzte Damen und Herren – dann ist es besser, wir schaffen alle Beiräte ab und lassen die Regierer und Beamten den Weg vorzeichnen. So nämlich, wie derzeit das Beiratswesen betrieben wird, hat es keinen Sinn und ist reine Energie- und Zeitverschwendung. *(Beifall bei der FPÖ)* Oder aber, bewerten wir die sogenannten verbleibenden Beiräte neu und geben den Gremien jene Handlungsfreiheit, die sie benötigen, um eine echte Unterstützung für die Entscheidungsträger in unserem Lande sein zu können. Besetzen wir die Beiräte mit Experten und Mitgliedern, die zu den jeweiligen Themen auch fachbezogen mitreden können. Nur so ist ein guter Beirat zu erwirken. Eben nicht Quantität um jeden Preis, geschätzte Damen und Herren, sondern eine durchaus durchmischte aber durchaus erkennbare Qualität. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der FPÖ – 12.59 Uhr)*

**Präsident Majcen:** Danke. Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung.

Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

**10. Bericht des Ausschusses für Finanzen über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1225/1, betreffend den 6. Bericht an den Landtag Steiermark über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2012 gem. Art. 41 Abs. 2 des L-VG 2010.**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Johannes Schwarz. Herr Abgeordneter, bitte um den Bericht.

**LTabg. Schwarz** (12.59 Uhr): Der Ausschuss „Finanzen“ hat in seiner Sitzung vom 8.5.2012 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt. Der Ausschuss „Finanzen“ stellt den Antrag, der 6. Bericht für das Rechnungsjahr 2012 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste samt Kopien, der zugrundeliegenden Regierungssitzungsstücke der zuständigen Abteilungen, angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Jahr 2012, in der Gesamthöhe von €28.295.441,70, wird gem. Art. 41 Abs. 2 des L-VG 2010 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich ersuche um Zustimmung. (13.00 Uhr)

**Präsident Majcen:** Danke für den Bericht. Es hat sich zu Wort gemeldet die Frau Abgeordnete Gabriele Kolar.

**LTabg. Kolar** (13.00 Uhr): Danke Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer!

Ich berichte zum Gegenstand in unserem Antrag, zur regionalen Entwicklungsges.m.b.H. und zwar zur Stammeinlage, Umwidmung von Haushaltsmitteln, in der Höhe von 245.000 Euro. Mit der Novellierung des Raumordnungsgesetzes 2011 wurden den Regionalvorständen der sieben steirischen Regionen eigene Rechtspersönlichkeiten zuerkannt. Die Bedeckung und Förderung der Stammeinlage beträgt pro Region 35.000 Euro, das sind insgesamt für die sieben Regionen 245.000 Euro. Wie schauen nun unsere Regionen in der Steiermark bezüglich der Neustrukturierung aus? Bereits bestehende GmbHs sind die Obersteiermark Ost und die Südoststeiermark. Einen Grundsatzbeschluss gefasst haben bereits die Südweststeiermark, Liezen, die Obersteiermark West und ausstehen tut noch ein Grundsatzbeschluss für den steirischen Zentralraum. Die Raumordnungsnovelle schafft rechtliche Voraussetzungen für die Bündelung der Aktivitäten auf regionaler Ebene. Sie wissen alle, die Sie in diesen Gremien sitzen, dass wir viele Ebenen hier eingeschoben haben, und dass es durch diese GmbHs zu einer Bereinigung in den Regionen von den verschiedenen Ebenen kommt. Zum Beispiel werden der Vorstand und die Generalversammlung des Regionalmanagements in dem Fall sicher als Erstes wegfallen. Weiters bietet diese Novelle neue Handlungsalternativen für die Regionen, das heißt, die konkrete Umsetzung und

Ausgestaltung erfolgt individuell in jeder Region. Der Regionalvorstand erhält eine eigene Rechtspersönlichkeit. Der Regionalvorstand kann Gesellschafter einer GmbH werden. Die Möglichkeit der Schaffung von Ausschüssen zur Abwicklung von Förderprogrammen oder anderer Aufgaben, zum Beispiel auch der Leaderregionen oder der Naturparke, wird eröffnet. Ich habe Ihnen so eine Grafik mitgebracht, wie das in Zukunft, diese Strukturbereinigung, ausschauen könnte. Alles unter dem Dach des Regionalmanagements, getragen von dem Leitbild, eventuell in Zukunft aller Leaderregionen drinnen, die Kleinregionen und in weiterer Folge selbstverständlich auch die Gemeinden, und wird getragen von der Geschäftsführung des Regionalmanagements. Was sind nun die Vorteile so einer GmbH? Zum ersten, das doppelte Rechnungswesen, klare gesetzliche Aufgabenverteilung zwischen den Organen, klare Verantwortlichkeiten bzw. was die Haftungen betrifft, dann die Mindestkapitalausstattung, die wir heute hier beschließen. Ein professionelleres Auftreten nach außen, ein Weisungsrecht und zustimmungspflichtige Geschäfte laut dem Gesetz, und Berichtspflicht laut § 28a, GmbH, an die Gesellschafter. Ich möchte Ihnen auch noch kurz aus meiner Region, der Obersteiermark West, berichten, was bereits in diesem Regionalmanagement, was hier alles abgedeckt wird, welche Projekte wir vor Ort gerade am Laufen haben. Wir kooperieren sehr gut mit der A16, Landes- und Gemeindeentwicklungsabteilung. 100.000 Euro pro Jahr werden für die Betreuung der Großregion und der elf Kleinregionen für die operative Einheit gewährleistet. Im Rahmen dieses Auftrages werden zum Beispiel auch die Businessmeetings in den Bezirken Murau und Murtal durchgeführt. Die finden zwei Mal jährlich statt. Hier werden verschiedene Referenten zu wirtschaftsbezogenen Themen für unsere Klein- und Mittelbetriebe eingeladen. Ganz wichtig sind auch die Programme, wie das Ökoprotit Murtal. Hier haben zehn Betriebe schon Förderungen erhalten zwischen 10.000 Euro und 3.000 Euro, wenn sie sich daran beteiligt haben. Ein ganz großes Leitprojekt für unsere Region ist die Murtalkarte, das ist eine Einkaufskarte, wo man in verschiedenen diversen Geschäften Prozente erhalten kann, um eben die Wertschöpfung aufgrund dieser Karte in der Region zu erhalten. Wir sprechen hier von einem Projektvolumen von 198.232 Euro und der Förderanteil beträgt hier 85 %, das sind 121.910 Euro. Weitere Netzwerke werden von uns begleitet, wie zum Beispiel die Urlaubsregion Murtal und weiter Institutionen und Schlüsselakteure. In weitere Folge gibt es bei uns immer wieder die Leaderabstimmungstreffen, die vom Regionalmanagement organisiert und durchgeführt werden. Ganz neu, wie wir heute schon gehört haben, das Jugendmanagement, unsere Jugendmanager. Wir haben eine Dame vor Ort, die auch im

Regionalmanagement sitzt und hier ein großes Netzwerk betreibt, innerhalb des Regionalmanagement mit unseren Jugendorganisationen, und auch hier gibt es 50.000 Euro pro Jahr für die Jugendmanager vom Land Steiermark für die einzelnen Regionen. Mit der Fachabteilung 11A für Soziales, Arbeit und Beihilfen, 35.000 Euro für die Projektträgerschaft und Kooperation des Beschäftigungspaktes Obersteiermark West, und hier gibt es eine Kooperation natürlich mit den regionalen AMS-Stellen und den Sozialpartnern. Wir haben natürlich, wie auch in vielen anderen Regionen, auch Leitprojekte. Ein Leitprojekt um die Demographie abzuwehren, ist das Projekt „Genial Regional Murtal“. Das wurde im Regionalvorstand verabschiedet, dieses Leitprojekt und wird vom Regionalmanagement als Projektträger abgewickelt. Das Projektvolumen beträgt hier 42.840 Euro. In weiterer Folge das Projekt „Demographischer Wandel und attraktiver Arbeitgeber“, dies wurde vom Regionalmanagement an die Industrie- und WirtschaftsentwicklungsgmbH empfohlen und auch weitergeleitet, und von Seiten des Landes wurde dieses Projekt als Leitprojekt anerkannt und in der Höhe von 58.333 Euro gefördert, bei einem Eigenmittelanteil von 25 Euro. Als letztes doch erwähnenswertes, hochdotiertes Projekt, ein EU-Projekt, das auch vom Regionalmanagement verabschiedete Leitprojekt „EURUFU“, so heißt es. Hier geht es um die Zukunft der ländlichen Räume. Wird von der EU und dem Land Steiermark zu 100 % gefördert, in der Höhe von 139.843 Euro. Alles in allem, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wie Sie alle wissen, die RegionalentwicklungsgmbHs bieten die Möglichkeit, speziell in den Regionen eigens für sie abgestimmte Projekte umzusetzen, und wir werden das in Zukunft noch weiter ausbauen und mit Leidenschaft betreiben für unsere Regionen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ – 13.09 Uhr)*

**Präsident Majcen:** Danke. Es liegt keine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Ich komme daher zur Abstimmung, und bitte alle Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen der KPÖ und der Grünen fest.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

**11. Bericht des Ausschusses für Finanzen über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1227/1, betreffend Altstandort DKH Schladming; Zusatzvereinbarung zum Optionsvertrag**

**betreffend die Liegenschaft EZ 618, GB 67612 Schladming, Grundstück Nr. 810/1 zugunsten der Fa. WEGRAZ Gesellschaft für Stadterneuerung und Assanierung mbH, Hartenaugasse 6a, 8010 Graz: Verlängerung der Kaufoption bis 31.12.2013.**

Berichtersteller ist Herr Abgeordneter Markus Zelisko. Herr Abgeordneter, ich bitte um den Bericht.

**LTabg. Zelisko** (13.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Schriftlicher Bericht, Einl.Zahl 1227/2, Ausschuss „Finanzen“, betrifft Altstandort DKH Schladming; Zusatzvereinbarung zum Optionsvertrag betreffend die Liegenschaft EZ 618, GB 67612 Schladming, Grundstück Nr. 810/1 zugunsten der Fa. WEGRAZ Gesellschaft für Stadterneuerung und Assanierung mbH, Hartenaugasse 6a, 8010 Graz, Verlängerung der Kaufoption bis 31.12.2013.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den Abschluss einer Zusatzvereinbarung über die Verlängerung der Optionsdauer bis zum 31.12.2013, und über die Erhöhung des Entgeltes von €200.000,00 zum bestehenden Optionsvertrag, betreffend die Liegenschaft EZ 618, GB 67612 Schladming, Grundstück Nr. 810/1, zugunsten der Fa. WEGRAZ Gesellschaft für Stadterneuerung und Assanierung mbH, Hartenaugasse 6a, 8010 Graz, wird zur Kenntnis genommen. (13.11 Uhr)

**Präsident Majcen:** Danke für den Bericht. Es gibt keine Wortmeldung mehr.

Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe.

Ich stelle eine mehrheitliche Annahme, gegen die Stimmen der KPÖ und der Grünen, fest.

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zur Behandlung einer Dringlichen Anfrage. Am Mittwoch, den 9. Mai 2012, wurde um 16.55 Uhr von den Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmann, Mag. Franz Voves, betreffend Zwangsfusionen auf Bezirksebene eingebracht. Ich erteile dem Herrn Klubobmann Mag. Dr. Georg Mayer, MBL das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und weise darauf

hin, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Herr Abgeordneter, bitte um die Begründung.

**LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (13.12 Uhr):** Danke schön Herr Präsident!

Darf ich nur kurz zum Prozedere etwas sagen? Ich würde es für sinnvoll erachten, da die Dringliche an Herrn Landeshauptmann gegangen ist, dass man dem Herrn Landeshauptmann vielleicht mitteilt, dass die Dringliche schon begonnen hat. (*Landesrätin Dr. Vollath: „Der Herr Landeshauptmann ist schon unterwegs.“*) Dann warte ich noch ein bisschen. Soll ich mich wieder hinsetzen? (*LTAbg. Ing. Ober: „Nein, das ist deine Redezeit!“*) (*Präsident Majcen: „Ich möchte nur mitteilen, dass die Redezeit natürlich läuft, weil es gibt kein absolutes Recht. Der Herr Landeshauptmann könnte ja auch irgendwo anders zuhören.“*) Herr Präsident, es ist durchaus sinnvoll, wenn ich die Anfrage, die ich an den Herrn Landeshauptmann stellen will, auch an den Herrn Landeshauptmann stelle. Aber dann bitte ich, die Redezeit zu unterbrechen. (*Präsident Majcen: „Der Herr Landeshauptmann ist im Haus, ist unterwegs, und ist über die Medien laufend informiert!“*) Ich kann mich auch mit euch Zwei ein bisschen beschäftigen, ihr seid ein wesentlicher Teil dieser Anfrage, wenn ihr wollt. Dann hebe ich das noch vor, beschäftige mich zuerst einmal mit euch beiden und danach mit dem Herrn Landeshauptmann, wie ihr wollt. Ihr habt eine gute Position, auf jeden Fall. (*LTAbg. Mag. Drexler: „Ruf zur Sache!“*) Ja, die Uhr läuft, aber ich habe ja 20 Minuten Herr Präsident, gell? Heute sind alle ein wenig überrascht von der Geschwindigkeit, in der wir die Tagesordnungspunkte überarbeitet haben, (*LTAbg. Ing. Ober: „Seit der Reformpartnerschaft geht was weiter!“*) Ja, weil die meisten Anträge im Unterausschuss parken. So, Herr Präsident, wie schaut es aus? Es gibt eine Klubobleutekonferenz und der Herr Landeshauptmann ist noch immer nicht da. Nachdem er uns heute am Vormittag gesagt hat, dass das keine Minderschätzung war, wie er unsere Anfrage beantwortet hat, bin ich mir jetzt nicht ganz sicher, ob das nicht eine Minderschätzung des Landtages ist. (*LTAbg. Hamedl: „Du interpretierst das sicher falsch!“*) Ich weiß nicht, ob es sinnvoll ist, hier anzufangen oder mit dem Theater weiterzumachen? (*Präsident Majcen: „Es gibt kein absolutes Recht darauf, nur dann zu sprechen, wenn der Herr Landeshauptmann anwesend ist!“*) Ich stelle einen Antrag auf Unterbrechung, bitte. (13.15 Uhr)

**Präsident Majcen:** Danke, ich unterbreche deswegen die Sitzung nicht! (*Allgemeine Heiterkeit*). Wenn die Klubobleute der Meinung sind, dass wir unterbrechen, dann unterbrechen wir die Sitzung.

Wir unterbrechen diese Sitzung für zehn Minuten und setzen pünktlich um 13.30 Uhr fort, danke.

*(Unterbrechung der Sitzung: 13.16 – 13.29 Uhr)*

**Präsident Majcen:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich setze die kurz unterbrochene Sitzung fort und bitte, so wie ich es vorher schon getan habe, den Antragsteller, Herrn Klubobmann Mayer, um seine Ausführungen, und dann den Herrn Landeshauptmann um die Beantwortung der Dringlichen Anfrage. Ich möchte nur noch kurz darauf hinweisen, dass das mehr oder weniger eine Situation war, die dadurch entstanden ist, dass die Abwicklung der vorherigen Tagesordnung sehr zügig gegangen ist und dass keiner der beteiligten Damen und Herren, in irgendeiner Form den Fortgang der Sitzung blockieren wollte. In diesem Sinn bitte ich Herrn Klubobmann Mayer um seine Anfrage, bzw. um die Ausführungen zur Begründung der Dringlichen Anfrage.

**LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (13.31 Uhr):** Danke schön Herr Präsident, werter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Kollegen!

Herzlich Willkommen Herr Landeshauptmann, zurück im Landtag. Ich werte das Zuspätkommen nicht als politische Minderachtung des Landtages, nachdem Sie das auch heute in der Früh schon gesagt haben, sondern tatsächlich ist es natürlich heute ein bisschen organisatorisch anders gelaufen, als es normal der Fall ist. Es geht uns heute ja um die Zwangsfusionen auf Bezirksebene. Mir hat heute die Überschrift in der Kleinen Zeitung sehr gut gefallen. Da hat es nämlich geheißen: „Es brodeln, wie in einem Vulkanland!“ Das war heute Vormittag online die Überschrift in der Kleinen Zeitung. Herr Landeshauptmann, bis dato waren Sie, und das müssen Sie glaube ich zugeben, noch bei jeder unserer Dringlichen Anfragen und sei es eine Dringliche gewesen oder eben nur auch Schriftliche, immer ein wenig, wie man steirisch so schön sagen darf, „angerührt“. Sie waren immer ein bisschen angerührt, waren sauer, Sie waren sehr kurz angebunden in der Beantwortung und Sie haben sich bei den bisherigen Beantwortungen – und diese Erfahrung haben wir schon mehrfach gemacht – mehr mit der Buberlpartie um Jörg Haider und der Hypo in Kärnten beschäftigt, als dass Sie sich mit einer seriösen und fachlichen Beantwortung unserer Fragen beschäftigt

haben. Es scheint mir überhaupt bei Ihrer Fraktion ein bisschen ein Generalthema zu sein, die Buberlpartei und die Hypo Kärnten und es wird immer so als Schutzbehauptung herangezogen, wenn wir versuchen, hier aktuelle Themen im Landtag aufzubringen, diese zu thematisieren und dann wieder Geschichten hören, die ja nun wirklich schon der Vergangenheit angehören. Wo die wenigsten, die allerwenigsten Abgeordneten, bei der FPÖ sowieso, aber auch bei allen anderen, nur mehr wenig Anknüpfungspunkte zu diesen Thematiken haben. Also bitte Herr Landeshauptmann, und diese Bitte ist ernst gemeint, also bitte Herr Landeshauptmann, versuchen wir doch diesmal gemeinsam im Sinne der Menschen, die sich Gedanken darüber machen - in dieser hier von uns besprochenen Frage heute, von den Zwangsfusionen auf Bezirksebene - die sich Gedanken machen, gemeinsam die Fragen sachlich und fachlich zu beantworten.

Nun haben Sie ja bei der ersten Verlautbarung der Reformagenda „Bezirksreorganisation“, die in etwa Mitte April stattgefunden hat, nach drei Tagen schon ihre Pläne bezüglich der Namensgebung zurückziehen müssen. Das war aber nicht aufgrund von Freiwilligkeiten, wurde das zurückgezogen – ich erinnere hier an das Vulkanland und die ganzen dazugehörigen Schmäh, die da gelaufen sind im Land - sondern das war aufgrund eines erheblichen Drucks aus der Bevölkerung, und dann mussten Sie Ihre Pläne hier ändern. Aus dem von einigen Abgeordneten eingeflüsterten Vulkanland wurde wieder die Südoststeiermark. Hier stehen wir momentan und manch Einer - so munkelt man zumindest in der Südoststeiermark – hat ja gar schon befürchtet, man käme jetzt auf die Idee, die Südoststeiermark, oder Vulkanland, in Obersteiermark umzutaufen, habe ich gehört. Wie du weißt, der Kollege, da haben wir uns aber sofort gesagt, eine zweite Obersteiermark – da hätte der Kollege Amesbauer natürlich riesen Probleme damit – und das würde auch für zu viel Verwirrung sorgen hier im Land, also haben wir diese Befürchtungen nicht ganz geteilt. (*LTA* Abg. Mag. Drexler: „Dann lass die Kirche lieber hier im Mayerdorf!“) Die Obersteiermark und die Untersteiermark sind also an uns vorbeigegangen. Nach diesem Lehrstück, Herr Landeshauptmann, wie politische Kommunikation ganz genau nicht ablaufen sollte, haben wir uns gedacht, der Herr Landeshauptmann und sein Vize, auf dessen Ausführungen ergänzend zum Herrn Landeshauptmann ich mich schon besonders heute freue, Herr Landeshauptmannstellvertreter, hätten daraus von dieser Vorgehensweise, (*Erster Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer*: „War das ein Kompliment?“) - natürlich war das ein Kompliment - hätten daraus aus dieser Vorgehensweise, die Sie schon in der Sache Vulkanland an den Tag gelegt haben, etwas gelernt. Gelernt nämlich aus dem Prozess, dem

Prozess der Entscheidungsfindung, umzudenken. Aber nein, wieder einmal, wie schon zweimal zuvor, wurde zuerst die Veränderung in der Organisationsstruktur den Menschen angekündigt, um erst danach die Informationsfindung einzuleiten. Ein Musterbeispiel, wie politische Kommunikation heute im 21. Jahrhundert nicht mehr stattfinden sollte. Oder man könnte es auch anders sagen, Informationsfindung eingeleitet. Da wurden Sie in Wahrheit zwangsbeglückt von den Bürgern, die sich hier Sorgen machen um ihr Land und um ihre Strukturen. Jetzt stehen Sie also wie zuvor mitten drinnen und haben erheblichen Erklärungsbedarf im Land. Dem Vernehmen nach haben Sie - so wie das letzte Mal auch wohl - nur mit dem Vorstand der im Vulkanland vertretenen politischen Mandatare gesprochen. Das habe ich hier. Der Vorstand besteht aus dem Abgeordneten Gangl, Bürgermeister Schleich, Ing. Ober, Martin Weber, usw. Auch das hört man, Gespräche zu diesem Thema gab es nur mit dem Vorstand des Vulkanlands. Da frage ich mich schon, da nimmt dieser Verein schon eine erhebliche Stellung ein, die unserer Meinung nach so sicher nicht stehen würde. In den westlichen Gemeinden vom Bezirk Bad Radkersburg ist der Unmut ja ganz besonders groß. Die geplante Struktur, wie wir sie jetzt verkündet bekommen haben, entspricht ja auch nicht wirklich der Lebenswirklichkeit der Menschen vor Ort, in diesen westlichen Gemeinden. Eine Bürgerinitiative, das haben die Klubobleute von Rot und Schwarz heute schon entgegengenommen, hat 4.000 Unterstützungsunterschriften gesammelt und hat sich formiert, weil sie genau gegen diese Struktur, wie sie jetzt verkündet wurde, sind. Es gibt inzwischen - und auch das verwundert ganz besonders - drei Gemeinden, natürlich Rote und Schwarze, die sich im Gemeinderat gegen diese Zwangsbeglückung ausgesprochen haben. Besonders ins Auge fällt da eine Gemeinde, das ist nämlich die Gemeinde Gosdorf, wo der SPÖ-Landesgeschäftsführer Toni Vukan, den ich sehr schätze, nämlich der Bürgermeister dieser Gemeinde ist. Also, Herr Landeshauptmann, da würde ich öfter in meinen politischen Gesprächen und Beratungen auf den Toni hören, denn der hat schon ein ganz ein gutes Gefühl für die Menschen. Eine ähnliche Situation, meine geschätzten Damen und Herren, haben wir in der Sache Bruck und Mürzzuschlag. Auch da haben die Menschen in Mürzzuschlag berechtigte Angst vor einer Ausdürrung ihres eigenen Heimatbezirkes. Bis dato, geschätzte Kollegen, haben wir auch noch keine Antwort bekommen, von der selbsternannten Reformpartnerschaft, wie sie etwa diese 6,8 Millionen Euro Einsparungen, die immer kolportiert werden in jeder Aussendung, berechnen. Offensichtlich, und das ist ein Faktum, dass im Wesentlichen jeweils bei diesen vermeintlichen Reformen Bezirkshauptleute eingespart werden. Das heißt also, ein Dienststellenleiter wird eingesperrt, eingespart,

Entschuldigung. (*Allgemeine Heiterkeit*) Dies wird von Ihnen als Reform bezeichnet. Konkret eingesperrt könnte man auch sagen, manche gehen in Pension. Dies wird von Ihnen dann als Reform bezeichnet, Herr Landeshauptmann. Konkret wissen wir auch nur, geschätzte Damen und Herren, dass etwa die Verzahnung der Telefonanlagen im neuen Bezirk Murtal bereits 700.000 Euro an Kosten aufwirft. Wir wissen auch, geschätzte Damen und Herren, dass die örtliche Trennung der jeweiligen Polizeikommandos von den Bezirkshauptmannschaften sicherlich keine Synergien und auch keine wirtschaftlichen Effekte bringen wird. Die Kritik, geschätzte Damen und Herren, im Speziellen Herr Landeshauptmann und Herr Landeshauptmannstellvertreter, der Polizeikommandanten ist laut und scharf genug, die sollten Sie wohl hören. Das alles - so haben wir den Eindruck und wohl auch die Menschen - lässt Sie bei dem allerdings kalt. Sie verordnen den Menschen diese Dinge von oben herab. Eine Verordnung von oben herab, das haben wir schon mehrfach gesagt und das haben wir auch in der Sache Gemeindefusionen gesagt, und sagen das jetzt auch wieder hier in der Sache Bezirksfusionen, eine Verordnung von oben herab, lehnen wir als Freiheitliche entschieden ab. Wir sind der Meinung, Herr Landeshauptmann, es würde Ihnen kein Zäckchen aus Ihrer Landeshauptmannkrone fallen, lassen Sie die Menschen vor Ort entscheiden was sie wollen, und was sie für sich für das Beste halten. Wir wollen jedenfalls, Herr Landeshauptmann, dass die Bürger entscheiden dürfen, wohin diese Reise für sie geht.

Daher stellen wir heute folgende Dringliche Anfrage an Sie: Die unterfertigten Abgeordneten stellen folgende Dringliche Anfrage:

1. Was hinderte die Landesregierung, die laut Ankündigungen aus dem Jahr 2011 schon vorhandenen Reformpläne im Verwaltungsbereich auf Landes-, Bezirks- und Gemeindeebene dem Volk en detail vorzulegen?
2. Was hindert die Landesregierung daran, die Gründe und Erwägungen für die nun angekündigten Bezirksänderungen der Bevölkerung mitzuteilen, um ihre Entscheidungen nachvollziehbar zu machen?
3. Warum wurden die geplanten Bezirksfusionen und Namensänderungen nicht mit den dort ansässigen, gewählten Volksvertretern in Landtag und Gemeinden vorbesprochen?
4. Welche Gründe sprechen für die Zusammenlegung des Bezirkes Mürzzuschlag mit dem Bezirk Bruck an der Mur?
5. Welche Alternativen zur Zusammenlegung der Bezirke Mürzzuschlag und Bruck an der Mur haben Sie erwogen und zu welchen Ergebnissen sind Sie gekommen?

6. Welche Gründe sprechen für die Zusammenlegung des Bezirkes Hartberg mit dem Bezirk Fürstenfeld?
  7. Welche Alternativen zur Zusammenlegung der Bezirke Hartberg und Fürstenfeld haben Sie erwogen und zu welchen Ergebnissen sind Sie gekommen?
  8. Aus welchen Faktoren setzt sich das angekündigte finanzielle Einsparungspotential aus der Auflösung des Bezirkes Radkersburg zusammen und wie hoch werden diese Faktoren jeweils bewertet?
  9. Welche weiteren Gründe haben Sie zur Fusionierung des Bezirkes Radkersburg mit einem anderen Bezirk erwogen und zu welchen Ergebnissen sind Sie gekommen?
  10. Welche Gründe sprechen für die Zusammenlegung des Bezirkes Radkersburg mit dem Bezirk Feldbach?
  11. Welche Gründe sprechen für eine Zusammenlegung des Bezirkes Radkersburg mit dem Bezirk Leibnitz?
  12. Welche Bedeutung messen Sie der historischen Randlage des Bezirkes Radkersburg bei der Bezirksreorganisation bei?
  13. Welche Bedeutung messen Sie der wirtschaftlichen Randlage des Bezirkes Radkersburg bei der Bezirksreorganisation bei?
  14. Welche Bedeutung messen Sie Gemeinderatsbeschlüssen, welche den einheitlichen Willen der Gemeinden zu ihrer künftigen Position im Bezirks- und Gemeindegefüge ausdrücken, bei?
  15. Wie beurteilen Sie das wirtschaftliche Entwicklungspotential bei einer Bezirksfusion des Bezirkes Radkersburg mit dem Bezirk Feldbach?
- Herr Präsident, ich glaube die 10 Minuten sind voll, ich habe aber 20 Minuten zur Begründung. Das Blinken macht mich ein wenig nervös.
16. Wie beurteilen Sie das wirtschaftliche Entwicklungspotential bei einer Bezirksfusion des Bezirkes Mürzzuschlag mit dem Bezirk Bruck an der Mur?
  17. Wie beurteilen Sie das wirtschaftliche Entwicklungspotential bei einer Bezirksfusion des Bezirkes Hartberg mit dem Bezirk Fürstenfeld?
  18. Was spricht gegen die Aufrechterhaltung des Systems der politischen Exposituren?
  19. Wie hoch beziffern Sie die Differenzen an Einsparungen zwischen der Aufrechterhaltung von Bürgerbüros an den nun aufzulassenden BH – Standorten, gegenüber der Umwandlung dieser in politische Exposituren am Beispiel von Radkersburg?
-

20. Können Sie für die betroffenen BH – Standorte langfristige Arbeitsplatzgarantien für die Mitarbeiter abgeben?
21. Haben Sie Berechnungen über die durch die Bezirksfusionen verursachten zusätzlichen Kilometerleistungen von BH – Bediensteten und Parteienverkehr angestellt, und zu welchen Ergebnissen sind Sie gekommen?
22. Wie gewährleisten Sie eine Aufrechterhaltung der Serviceleistungen für die Bevölkerung, sowie für Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft an den betroffenen BH – Standorten?
23. Wie beurteilen Sie den „Sogeffekt“ der Abwanderung von weiteren qualifizierten Arbeitsplätzen durch die Bezirksfusionen langfristig?
24. Haben Sie Studien zu den durch die Zentralisierung von Landesdienststellen verursachten Effekte der Ausdünnung der dezentralen Siedlungs- und Wirtschaftsräume erstellt, und zu welchen Ergebnissen sind diese gekommen?
25. Warum hat die Landesregierung die Bürger an den geplanten Reformen im Bezirksverwaltungsbereich nicht mitwirken lassen, indem sie die Gemeinden ermutigte, Volksbefragungen oder Volksabstimmungen darüber durchzuführen?
26. Welche Gründe könnten dagegen sprechen, dass solche Volksbefragungen oder Volksabstimmungen durchgeführt werden?
27. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Bürger bei derartigen Entscheidungen einzubeziehen?

Dankeschön. Herr Landeshauptmann, ich freue mich schon auf eine konstruktive Beantwortung Ihrerseits. *(Beifall bei der FPÖ – 13.43 Uhr)*

**Präsident Majcen:** Ich danke für diese Anfrage und gebe dem Herrn Landeshauptmann Franz Voves das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.

**Landeshauptmann Mag. Voves (13:43 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, insbesondere sehr geehrte Herrn Abgeordnete der FPÖ!

Bevor ich zur Beantwortung Ihrer konkreten Fragen komme, erlauben Sie mir heute doch einige Vorbemerkungen. Alleine die Eurozonenländer haben in den letzten Jahrzehnten Schulden von 8.000 Milliarden Euro, das sind 8 Billionen Euro, angehäuft. Experten sagen, dass man nur 1,5 Billionen Euro Schulden der letzten Finanzmarkt- bzw. Wirtschaftskrise zuordnen kann, 6,5 Billionen Euro sind von der Politik selbst gemacht. Nun, gegen einen

---

bestimmten Grad von langfristiger Verschuldung, die zum Beispiel auf nachhaltige Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Entwicklung oder im Bildungsbereich im Allgemeinen zurückzuführen ist, ist grundsätzlich nichts einzuwenden, denn das sind Investitionen für die Zukunft nächster Generationen, an denen nächste Generationen partizipieren. Aber weiter Schulden zu machen für laufende Ausgaben, die über die laufenden Einnahmen nicht gedeckt werden können, das führt letztlich – siehe Griechenland – in den Staatsbankrott. Das ist unverantwortlich, insbesondere auch gegenüber nächsten Generationen. Mit dem Fiskalpakt hat die Politik in den Eurozonenstaaten, die aus meiner Sicht notwendige und richtige Notbremse gezogen. Erstmals beschränkt sich die Politik selbst, in dem sie sich klare Schranken setzt, innerhalb derer sich künftig Budget, Schulden und Ausgaben entwickeln dürfen. Innerhalb dieser Grenzen hat dann die Politik die richtigen Entscheidungen zu treffen. Entscheidungen, die die Basis für eine gute Zukunft der Bürgerinnen und Bürger bilden. Mit dem österreichischen Stabilitätspakt 2012 verpflichten sich daher auch die Bundesländer bis zum Jahr 2016 ein Nulldefizit zu erreichen, und dieses auch über 2017 hinaus zu halten. Damit ist über die nächsten Jahre auch ein Schuldenabbau auf maximal 60 % des BIP verbunden. In der Steiermark haben die Reformpartner daher bereits vor eineinhalb Jahren die Weichen richtig gestellt. Der Stabilitätspakt 2012 ist faktisch deckungsgleich mit dem von der Landesregierung beschlossenen Konsolidierungspfad bis 2015. Entscheidend wird es aber nun sein, dass die Politik in Europa, Österreich und der Steiermark einen intelligenten Weg wählt, um diese Ziele zu erreichen. Intelligentes Sparen heißt keine lineare Kürzung von notwendigen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger, sondern primär nachhaltige Einsparungen durch Strukturreformen, die kurz-, mittel- und langfristig wirken, zu erzielen. Intelligentes Sparen bedeutet aber auch, die Maßnahmen so zu setzen, dass es möglichst keine negativen Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung gibt. Dass dies der steirischen Reformpartnerschaft bisher gelungen ist, hat auch der Leiter des Wirtschaftsförderungsinstitutes, Prof. Dr. Karl Eibinger, in einem Vortrag in Graz, erst unlängst bestätigt, ich zitiere: „Das steirische Sparpaket hat dem Wirtschaftswachstum in der Steiermark nicht geschadet und auch keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung gehabt.“ Jetzt wissen wir aber, die Steiermark muss in den nächsten Jahren noch mehr als 300 Millionen Euro konsolidieren. Unsere leitenden Beamten haben Vorschläge unterbreitet, wie man unmittelbar in der Landesverwaltung bis 2015 bis zu 120 Millionen Euro, bzw. in den Bezirksverwaltungen langfristig 10 bis 15 Millionen Euro jährlich sparen kann. Es wäre unverantwortlich von jeder Regierung,

dieses Potential nicht zu heben, da diese Reorganisationen im Verwaltungsbereich keine Auswirkungen auf die Qualität der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger nach sich zieht. Darüber hinaus kommt es im Zuge dieser Maßnahmen auch zu keinen Kündigungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sondern wird das Einsparungspotential über natürlichen Abgang, mittel- bis langfristig erreicht. Im Bereich Gesundheit und Spitäler, der Pflege- und der Sozialausgaben, geht es vor allem darum, die künftigen Kostenentwicklungen in den Griff zu bekommen, damit unser hochwertiges Gesundheits-, Pflege- und Sozialsystem weiterhin finanzierbar bleibt. Bei den Veränderungen im Zuge der Gemeindestrukturereform hingegen, geht es nicht um Einsparungen, sondern um eine sinnvolle Konzentration der Landesmittel auf wachstums- und impulsgebende Projekte in größeren Gemeindestrukturen, um letztlich damit besser Arbeitsplätze in unseren steirischen Regionen zu halten bzw. zu schaffen, und damit Heimat in der Region zu erhalten. Was die Bezirksverwaltungsreform betrifft, zeigen die Erfahrungen bei der Zusammenlegung der Bezirke Judenburg und Knittelfeld zu Murtal, dass diese Reform sowohl von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, als auch der Bevölkerung gut angenommen wird. Dies vor allem deshalb, weil die Dienstleistungs- und Servicequalität für die Bevölkerung vor Ort erhalten, bzw. verbessert wurde. Auch im Zuge der Zusammenlegung von Judenburg und Knittelfeld haben wir erlebt, dass anfangs primär Mandatäre und Funktionäre die größten Kritiker waren. Wenn man die nunmehr aktuellen, sehr positiven Äußerungen der Vertreterinnen und Vertreter der Region, wie zum Beispiel zuletzt jene des Bürgermeisters von Knittelfeld heranzieht, dann bin ich davon überzeugt, dass auch die nunmehr beschlossenen Zusammenführungen der Bezirke letztlich genauso gut von der Bevölkerung und von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angenommen werden. Daher, sehr geehrte Damen und Herren, ist meine Sicht der Dinge folgende: Der Großteil der Bevölkerung unterstützt Reformschritte der Reformpartner und fühlt sich zum Beispiel von der Bezirksverwaltungsreform überhaupt nicht betroffen. Für mich sind es leider einzelne Politikerinnen und Politiker, die tragen aus persönlichem oder generell parteipolitischem Kalkül heraus, Verunsicherung in die Bevölkerung. Denn übrig bleibt dann oft nur die Diskussion über Autokennzeichen, und das, sehr geehrte Damen und Herren, zeigt dann welche „Sorgen“ (unter Anführungszeichen) einige Menschen bei uns haben, während es in Spanien oder Griechenland 50 % Jugendarbeitslosigkeit gibt.

In diesem Sinne komme ich nun zur Beantwortung Ihrer Fragen.

Ich darf die Fragen 1. bis 3. wie folgt zusammenfassend beantworten:

Ich weiß, dass Sie es nicht zur Kenntnis nehmen wollen, aber eine Bezirksverwaltungsreform ist Angelegenheit der Steiermärkischen Landesregierung. Das heißt, Sprengeländerungen der politischen Bezirke, sowie deren Bezeichnung und der Sitz der Bezirkshauptmannschaft werden durch Verordnung der Landesregierung festgelegt, und das auf Basis von Gesetzen, die im Landtag beschlossen wurden. Ich kann daher nicht verstehen, dass Sie mir nunmehr den Vorwurf machen, dass im Rahmen der Ihnen zugesprochenen Verantwortung die Mitglieder der Reformpartnerschaft in der Landesregierung, diese Verantwortung auch tatsächlich wahrnehmen. Aber Sie können weiter davon ausgehen, dass die Reformpartner in der Landesregierung die ihnen übertragene Verantwortung mit großem Verantwortungsbewusstsein auch weiterhin wahrnehmen werden.

Die Fragen vier bis elf, darf ich auch wie folgt zusammenfassen:

Sehr geehrte Damen und Herren, wir wissen, dass kleine Bezirkshauptmannschaften der Steuerzahlerin und dem Steuerzahler um bis zu 90 % mehr kosten als größere. Der Bundesrechnungshof weist in diesem Zusammenhang auf eine Mindestgröße von 50.000 Einwohnern hin. Der Bezirk Fürstenfeld hat rund 22.800 Einwohner, der Bezirk Radkersburg rund 22.900 Einwohner. Mit der Zusammenlegung der Bezirke Feldbach, Radkersburg und Hartberg, Fürstenfeld entstehen neben Weiz in der Oststeiermark drei annähernd gleich große Bezirke im Bezug auf die Einwohnerzahl. Das heißt, wir haben dann Bezirke in der Oststeiermark mit je rund 90.000 Einwohnern. Das heißt, es gibt für alle Bezirksverwaltungsreformen nur einen Beweggrund, nämlich eine effizientere und sparsamere Verwaltung ohne Verschlechterung der Service- und Dienstleistungsqualität für die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen und damit langfristig 10 bis 15 Millionen Euro einzusparen, die man an anderer Stelle dringend braucht.

Bei den Bezirkszusammenführungen orientieren wir uns letztlich an den REGIONEXT-Regionen, das habe ich bereits bei der Beantwortung meiner letzten Dringlichen Anfrage der Grünen am 24. April 2012 zum Thema Bezirkszusammenlegungen ausführlich ausgeführt. Mit dem neuen Bezirk Südoststeiermark ist erstmals die Deckungsgleichheit von Region und Verwaltungseinheit gegeben. Die rechtliche Basis für diese Einteilung der Steiermark in sieben Regionen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hoffe, Sie haben es nicht vergessen, wurde nicht zuletzt durch Beschlüsse des Landtages geschaffen.

Zu den Fragen 12 bis 13: Wie schon mehrfach ausgeführt, geht es um eine Reorganisation der Landesverwaltung, die kaum spürbare Auswirkungen auf die Lebensrealität der Bürgerinnen und Bürger hat. Es bleiben in der Außenstelle in Bad Radkersburg eine Bürgerservicestelle,

das Sicherheitsreferat, das Sozialreferat, Teile des Anlagen- und Forstfachreferates zur Abdeckung des regionalen Bedarfs und es gibt Amtstage im Veterinär- und Sanitätsbereich. Unabhängig von solchen Reorganisationen in der Verwaltung war es immer und ist es immer und wird es weiterhin Aufgabe der Landesregierung sein, die Regionen unabhängig von ihrer Lage wirtschaftlich zu stärken und den Erhalt von Heimat und Identität in der Region der Steiermark zu ermöglichen.

Zur Frage 14: Ich habe Beschlüsse und allfällige Befragungsergebnisse zur Bezirksverwaltungsreform zur Kenntnis zu nehmen. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang, auch wenn Sie es nicht hören, vielleicht aber auch nicht verstehen wollen, darauf wiederholt hinweisen, dass die Reorganisation der Landesverwaltung Angelegenheit der Landesregierung ist und so, wie sie geplant und umgesetzt werden wird, keine Auswirkungen auf die betroffenen Gemeinden und die Bevölkerung vor Ort hat. Für die Gemeindestrukturreform wurde, wie Sie, sehr geehrte Damen und Herren, wissen, ganz bewusst eine andere Vorgangsweise gewählt.

Nun zu den Fragen 15 bis 17: Auch hier darf ich nochmals festhalten, dass das Ziel der Bezirksverwaltungsreform effizientere und kostengünstigere Verwaltungsstrukturen und – abläufe sind, die uns helfen sollen, langfristig 10 bis 15 Millionen Euro Steuergelder sinnvoller einzusetzen, nämlich in wachstumsbringende Investitionen und wirtschaftsfördernde Maßnahmen in unseren steirischen Regionen.

Die Fragen 18 und 19 darf ich wie folgt beantworten: Wir wissen aus unserer Kostenrechnung, dass politische Exposituren Kostenstrukturen wie selbständige BH-Standorte aufweisen. Die Wahl ist damit klar. Es muss eine organisatorische Zusammenführung geben, damit in den bürgerfernen Bereichen, im sogenannten Back-Office-Bereich, gestrafft und damit gespart werden kann. Auch durch Außenstellen kann die Dienstleistung und das Service für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort in gleicher Qualität aufrecht erhalten werden.

Zur Frage 20: Da keine Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter gekündigt werden, auch das wurde schon mehrfach gesagt, meine Herren der FPÖ, braucht es auch keine Arbeitsplatzgarantie. Klar ist aber, dass künftig, auch im öffentlichen Bereich, aufgrund der laufenden Veränderungen eine entsprechende Mitarbeitermobilität gefordert ist.

Zur Frage 21: Es wird Sie überraschen, auch das war bereits Gegenstand der Betrachtungen des eingesetzten Projektteams. Ich darf hier das Beispiel aus dem Bezirk Südoststeiermark nennen. Aufgrund der nicht optimalen Verbindung der beiden Standorte Radkersburg und

Feldbach mit öffentlichen Verkehrsmitteln wurde bereits in der Projektvorbereitung eine CO<sub>2</sub>-Hochrechnung durchgeführt. Diese führte zum Ergebnis, dass bei jeder bzw. jedem Bediensteten die, bzw. der mit dem Auto von Feldbach nach Radkersburg pendeln muss, bis zu drei Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr produziert werden. Dies hat unter anderem auch dazu geführt, ein sogenanntes Zwei-Standorte-Modell zu entwickeln. Dadurch wird sich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zusätzliche Mobilitätsaufwand in Grenzen halten. Darüber hinaus wird es zu diesem Thema noch Einzelgespräche mit den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Zuge des Projektes geben, um individuelle und verträgliche Lösungen zu finden. Für die Bevölkerung wird es durch die Bürgerservicestellen an den bisherigen Standorten zu keinen weiteren Wegen kommen.

Zur Frage 22: Durch das gewählte, sogenannte Zwei-Standorte-Modell mit Bürgerservicestellen, ergänzt um weitere Außenstellen, z.B. im Bereich Sozialarbeit, ist das BürgerInnenservice weiterhin vor Ort gegeben. Was Gewerbe und Industrie sowie Landwirtschaft betrifft, verbleiben an den bisherigen Bezirkshauptmannschaftsstandorten Teile des Anlagenreferates zur Abdeckung des regionalen Bedarfs und natürlich wird es auch an den bisherigen BH-Standorten Amtstage für das Veterinärwesen geben.

Die Fragen 23 bis 24 möchte ich auch gemeinsam wie folgt beantworten: Mit dem Zwei-Standorte-Modell erwarten wir diese Effekte nicht.

Fragen 25 bis 27: Ich verweise auf meine bisherigen Ausführungen zu diesem Themenkomplex.

Abschließend, sehr geehrte Damen und Herren, darf ich noch festhalten: In jenen Bereichen, in denen sich die Menschen zu Recht Entscheidungen der Landesregierung erwarten, werden die Regierungsmitglieder der Reformpartnerschaft diese Entscheidungen verantwortungsbewusst treffen, das ist unsere Aufgabe und dafür werden wir nicht zuletzt auch gut bezahlt. Das soll aber nicht heißen, dass es nicht bei bestimmten Themenstellungen auch wichtig sein wird, natürlich die betroffene Bevölkerung mit ein zu beziehen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.59 Uhr).*

**Präsident Majcen:** Ich danke dem Herrn Landeshauptmann für die Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf § 68 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Landtages hin, wonach die Regierungsmitglieder sowie die HauptrednerInnen nicht länger als 20 Minuten und die Debattenredner und –rednerinnen nicht länger als zehn Minuten Gesprächszeit bzw. Redezeit

haben. Es hat sich zu Wort gemeldet der Herr Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer. Herr Landeshauptmann, bitte!

**Erster Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (14.00 Uhr):** Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, dass wir mit den steirischen Reformen auf einem guten Weg sind und wenn wir mit 1.1. des nächsten Jahres nicht 16 sondern 12 Bezirkshauptmannschaften haben werden, dann ändert sich für die Bürgerinnen und Bürger nichts. Aber, es ist eine Verschlankung der Verwaltung und wir sparen Kosten ein. Es ist eine gut überlegte und es ist eine sanfte Reform. Und ich wundere mich sehr, dass heute gerade die Freiheitlichen diese Dringliche Anfrage an den Landeshauptmann stellen. Die Filiale der Freiheitlichen Österreichs hier in der Steiermark hat offensichtlich das Interview ihres Oberredelführers Strache, des Möchtegern-Bundeskanzlers, nicht gelesen, in einer auflagenstarken Zeitung am letzten Sonntag. Da wird unter anderem gefragt, Herr Strache, was würden Sie als Kanzler als Erstes tun? Antwort: Ich würde Schluss machen mit dem falschen Sparen bei den kleinen Leuten, das sind ja keine Spar-, sondern reine Belastungspakete, die die Regierung beschließt. Ich würde sofort mit der Verwaltung zehn Milliarden Euro einsparen, so wie es der Rechnungshof vor gibt. Weg mit den Bezirkshauptmannschaften. Ja, hallo. (*Allgemeine Heiterkeit*). Das ist ein Kahlschlag, wenn Sie 16 von 16 Bezirkshauptmannschaften schließen wollen. Wenn Sie 16 von 16 schließen wollen, dann ist das ein Kahlschlag. Wenn Sie statt 16 zwölf machen, dann ist das eine sanfte Reform. Bleiben Sie doch zu Hause mit Ihren Anfragen. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*). (*LTAvg. Mag. Drexler: „Der Strache schafft die Steiermark noch ab, wenn das so weiter geht!“*). Zweiter Punkt, meine Damen und Herren, und den möchte ich auch noch ganz kurz streifen. Wir alle, ob Landtagsabgeordnete, Regierungsmitglieder, reden immer wieder davon, dass es den gelebten Föderalismus geben sollte, dass also die Wiener Zentralstellen zentrale Stellen auch in die Länder verlegen sollten. Dass also z. B. das Wissenschaftsministerium auch in Graz sein könnte, wir haben die meisten Universitäten außerhalb von Wien, dass in Innsbruck das Sportministerium sein könnte, in Deutschland ist der DFB auch nicht in Berlin, in Deutschland ist der Verfassungsgerichtshof auch in Karlsruhe. Dort wird das gelebt. Wir werden jetzt bei der Verwirklichung der Bezirksfusionen den innersteirischen Föderalismus verwirklichen. Wenn wir also, um beim Beispiel Nummer eins, das Sie am allermeisten aufregt, zu bleiben, Feldbach und Radkersburg zur Südoststeiermark macht, dann muss nicht der Sitz der Bezirkshauptmannschaft in Feldbach

sein, das Bezirksgericht in Feldbach sein, das Bezirkspolizeikommando in Feldbach sein, das Vermessungsamt, was weiß ich, was sonst noch alles in Feldbach sein. Ja, zentrale Behörden gehören in eine Bezirkshauptmannschaftsstadt, aber selbstverständlich in einem überschaubaren Bereich, und das ist dieser, wenn Sie sich den neuen Bezirk Südoststeiermark anschauen und das gilt auch für Bruck und Mürzzuschlag und für Hartberg und Fürstenfeld. Man kann den inneren Ausgleich schaffen, indem man sehr wohl auch in dem kleineren ehemaligen Bezirk etwa ein Bezirksgericht belässt oder das Bezirkspolizeikommando dorthin gibt, gültig für den neuen großen Bezirk und machen Sie sich es doch nicht so einfach, dass Sie einen ehemaligen Freiheitlichen Abgeordneten, der jetzt auch mit der Polizei zu tun hat, in der Funktion, es ist sein Problem, wenn es ihm zu weit ist zu fahren, von dem Problem können wir ihn möglicherweise befreien. *(Beifall bei der SPÖ)*. Und wir haben selbstverständlich gesagt, erstens, wir haben selbstverständlich gesagt, erstens, das ist unser Wunsch, denn zu entscheiden hat der Bund und bevor wir den Wunsch formuliert haben, haben wir uns beim Ministerium, und das ist zuständig, das Ministerium ist zuständig, verlassen Sie sich drauf, dass, bevor der Landeshauptmann und ich das formuliert haben in der gemeinsamen Pressekonferenz, wir uns beim Ministerium erkundigt haben, ob es denkbar ist, einen solchen Wunsch auch zu erfüllen. Sie können sich vorstellen, dass wir darauf nicht die Antwort „Nein“ bekommen haben, sondern dass das sehr wohl im Bereich der Möglichkeit, ja eigentlich auch der absoluten Wahrscheinlichkeit ist. Nochmals, diese Reform, die wir machen, nimmt Rücksicht darauf, dass wir nahe beim Bürger bleiben, Das, was hier H.C. Strache will, das ist der Kahlschlag, der zu Lasten der Kleinen gehen würde. Merken Sie sich das. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.07 Uhr)*.

**Präsident Majcen:** Danke. Nochmals zu Wort gemeldet Herr Landeshauptmann Mag. Voves.

**Landeshauptmann Mag. Voves** *(14.07 Uhr)*: Nur für die Herren der FPÖ eine kleine Draufgabe. Das ist die neue FPÖ-Zeitschrift „Wir Murtaler“. *(LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Sie haben nicht zugehört!“)*. Wir Murtaler. Da drinnen schreibt der Gemeinderat Ing. Oberweger: Man hätte die Synergien gleich noch besser nutzen sollen, warum werden nicht AMS und Gebietskrankenkasse genauso fusioniert? *(LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Sie haben nicht zugehört, Herr Landeshauptmann!“)*. Dann reden Sie von ausdünnen. Ich will Ihnen nur sagen, Sie sind eine einzige Widersprüchlichkeit und daher verstehen Sie auch, wie wir über Ihre Dringliche Anfrage urteilen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.08 Uhr)*.

**Präsident Majcen:** Als Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Martin Weber. Herr Abgeordneter, bitte ans Rednerpult!

**LTabg. Weber (14.08 Uhr):** Werter Herr Landtagspräsident, geschätzter Landeshauptmann, werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Damen und Herren im Zuhörerbereich!

Ich möchte zum Bezirksthema Nummer eins kommen, wie es bezeichnet wurde, Radkersburg, Feldbach. Meine lieben Damen und Herren, im November 2008 war es, da wurde im regionalen Planungsbeirat Radkersburg die künftige regionale Zusammenarbeit der beiden Bezirke Radkersburg und Feldbach im Sinne des REGIONEXT-Konzeptes mehrheitlich beschlossen. Einen gleichlautenden Beschluss, ich nehme an, ungefähr zur gleichen Zeit, hat es im Bezirk Feldbach gegeben. Die Bezeichnung dieser Region, man höre, wurde mit Südoststeiermark festgelegt. Eine geographisch stimmige, klare Bezeichnung, man braucht dazu keine weiteren Erklärungen. Ob es allen und jedem oder jeder passt oder nicht, eine Vorentscheidung für die jetzige Bezirksreform wurde damals zwar mehrheitlich, es waren alle Gemeindevertreter dabei, aber demokratisch beschlossen. Es stand übrigens auch, so wie jetzt, in allen Zeitungen. Aber nun zur aktuellen jetzigen Diskussion und zur richtigen und sehr, sehr wichtigen Bezirksreform. Jeder von uns schreit immer, die Verwaltung muss schlanker werden, kostengünstiger werden, runter mit dem Verwaltungsapparat, wir haben viel zu viele Beamte. Wird es dann gemacht, kommt diese Reform auf Schiene, passt es wieder nicht jedem. Zu dieser Stelle sei das Zitat angeführt, „Jedem Recht getan, ist die Kunst, die keiner kann“. Ein paar meinen, das ist immer noch zu wenig, noch mehr Bezirke sollen zusammen gelegt werden, einen Vorschlag habe ich gelesen, ein Bezirk für die ganze Steiermark, das wird wohl ausreichen, ihr Oberredelsführer meint, gar keine Bezirkshauptmannschaften. Man sieht, es gibt zu diesem Thema sehr, sehr viele Ideen. Die Bandbreite geht sehr, sehr weit auseinander. Andere meinen wieder, ja nichts anfassen, nichts angreifen, es soll alles so bleiben, wie es ist. Sparen ja, aber nicht dort und nicht da und schon gar nicht wo anders und bei mir schon überhaupt nicht. Liebe Damen und Herren, jede Veränderung bringt Befürchtungen mit sich. Alles Neue bringt Besorgnis mit sich. Der muss man natürlich mit Ernsthaftigkeit aber vor allem mit Sachlichkeit begegnen. Nicht noch weiter Öl ins Feuer gießen. Ich für mich persönlich, ich hätte am meisten Angst, wenn sich gar nichts ändert und wenn immer alles so bleibt, wie es ist. Wenn es gar keine Veränderung gibt. Die aktuellen Befürchtungen in meiner, in unserer Region Südoststeiermark, dass der

große Bezirk den kleinen frisst, stimmt überhaupt nicht, das vorliegende Konzept der neuen Bezirksstruktur widerlegt das klar und eindeutig. In Augenhöhe, zugegeben, auch harten, aber in fairen Verhandlungen wurde für die Bevölkerung unserer Region ein bestmögliches Servicepaket erreicht. Trotz Einsparungen im Verwaltungsbereich, wir haben es bereits gehört, eine Behörde, zwei Standorte und zwei Außenstellen, das ist Ihnen alles bereits bekannt. Alle wesentlichen Bürgerserviceeinrichtungen verbleiben somit in der Region Radkersburg oder werden gar noch verbessert. Stichwort, die BH-Außenstelle in Mureck. Der elektronische Akt wandert, nicht der Bürger muss wandern. Der Bürger, die Bürgerin, findet ihre gewohnten Bürgerserviceeinrichtungen vor, qualitativ an diesem Ort, wo er es gewohnt ist. Der große Pendlerverkehr von Radkersburg nach Feldbach für Amts wegen wird somit nicht einsetzen und wird auch nicht notwendig sein. Wir haben gehört, Bezirkspolizeikommando ist so gut wie fix, das Regionalmanagement soll in unsere Region kommen. Summa summarum also kein einziger Nachteil für die Bevölkerung, im Gegenteil, nur Kostenersparnis für die Bevölkerung. Und an dieser Stelle möchte ich meinen, zugegeben ab und zu auch streitbaren Bürgermeisterkollegen von Knittelfeld, den gewichtigen Siegi Schafarik kommentieren, der anfänglich beim Projekt Murtal auch gemeint hat, naja, schauen wir einmal, ob das für Knittelfeld nicht dort und da auch Nachteile hat. Jetzt, mit seiner jetzigen Erfahrung sagt er, es ist besser geworden. Es ist nicht schlechter geworden für die Bevölkerung, es ist besser geworden. Meine lieben Damen und Herren, was hindert uns, unsere Steiermark weiter besser zu machen und für die Zukunft fit zu machen. Aber nun von den Tatsachen in die Möglichkeitsform und im Speziellen hin zum Blick auf meine, unsere Region Südoststeiermark. Uns hätte, oder hat, ein Zerreißen, ein Aufteilen des Bezirkes Radkersburg gedroht. Meine lieben Damen und Herren, für so etwas wäre ich nie und nimmer, auf gar keinen Fall, zu haben gewesen. So quasi als Ersatzteillager, ich nehme ein Stück da, ich nehme mir dieses Stück, was mir gerade passt, dafür ist der Bezirk oder die Region Radkersburg nicht zu haben. Es hätte uns die Region dramatisch geschwächt. Als Anhängsel hätten wir dort wie da keinen Stellenwert, wir wären noch kleiner, das kann ich nie und nimmer mit unterstützen. Auch viele Unterzeichner, viele Unterstützer dieses Personenkomitees sehen das ähnlich so. Man muss auch die Frage stellen, wer hätte die Verantwortung übernommen, wenn z. B. in der Stadtgemeinde Mureck Bezirkseinrichtungen geschlossen werden? Deren Standort zwar in der Stadtgemeinde Mureck sind, aber in Wahrheit Bezirkseinrichtungen sind. Die Argumente dafür haben wir selber geliefert. Ein Dankeschön dafür. Die Nähe und Erreichbarkeit, dies alles wurde ja als Argument angeführt.

Wir bemühen uns ins Gegenteil, dass die Einrichtungen hier bleiben und der Bürgerservice in gewohnter Weise auch nach wie vor hier bleibt. Wer hätte unsere berechtigten Forderungen auch künftig weiter getragen, z. B. Erhalt der Bahnlinie Spielfeld-Radkersburg, wenn wir nur mehr ein Anhängsel wären, ein Stückwerk? Wer hätte sich für diese Region weiterhin stark gemacht? Wir haben es in der Vergangenheit gemacht und wir werden es auch in Zukunft machen. Wir, die Radkersburger Bevölkerung, haben es wirtschaftlich gesehen, historisch gesehen, noch nie leicht gehabt in dieser ehemaligen Grenzregion. Unsere Bevölkerung musste immer schon hart und fleißig arbeiten, und darum kämpfen, und das werden wir auch künftig tun. Künftig im neuen Bezirk Südoststeiermark, künftig sind wir der drittgrößte Bezirk der Steiermark, lasst uns daraus etwas Sinnvolles gemeinsam machen. Denn ich bin überzeugt, wir werden alle miteinander schon sehr bald meinen Bürgermeisterkollegen Siegi Schafarik zitieren, zuerst war uns das nicht ganz recht, aber es ist besser geworden. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.17 Uhr).*

**Präsident Majcen:** Die nächste Wortmeldung ist die Wortmeldung des Herrn Klubobmann Dr. Mayer. Herr Abgeordneter, bitte!

**LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (14.17 Uhr):** Danke schön Herr Präsident, geschätzte Mitglieder auf der Regierungsbank, geschätzte Kollegen, werte Zuhörer, geschätzte Herren Landeshauptmann und Landeshauptmannstellvertreter!

Jetzt im Speziellen nach Ihren Reaktionen gibt es schon Einiges zu replizieren, auch von unserer Seite, und wenn ich Ihnen so zuhöre, und wenn Sie diese Anfrage beantworten, und dann hört man heraus, bei beiden von Ihnen hört man heraus, dass Sie das Zuhören scheinbar in Ihrem Amt verlernt haben. Sie haben das Zuhören verlernt, Sie können den Menschen nicht mehr zuhören. Und ich habe es ja auch mehrfach gesagt, es geht uns hier um das Wie. Und der Bezirk Murtal ist hier ein Musterbeispiel, haben Sie da irgendwann einmal wahr genommen von unserer Seite, dass wir hier gesagt hätten, das geht für uns nicht? Haben Sie das wahr genommen? Nein. Und ich sage das jetzt hier zum ungefähr hundertsten Mal an die Herren da hinten: Wir haben Nichts gegen Reformen. Ganz im Gegenteil und insofern ist die Linie schlüssig, wenn HC Strache sagt, die Bezirkshauptmannschaften, das gehört reformiert. *(LTAbg. Kröpfl: „Sie gehören weg, hat er gesagt, sie gehören weg!“).* Wissen Sie, was der Unterschied ist zu Ihnen und zu uns, wissen Sie, was der Unterschied ist? Aber wir brauchen wir, und die Bevölkerung vor Ort braucht kein Diktat von den Reformzwillingen, das

brauchen wir nicht, geschätzte Damen und Herren und kurze Erwiderung zu den Schulden. Sie tun so, als ob wir Österreicher diese Schulden gemacht hätten, der Herr Landeshauptmann sagt, wir haben Schulden, wir müssen die abbauen, das ist völlig richtig, aber die Schulden haben nicht die Österreicher gemacht, diese Schulden haben im Wesentlichen rote und schwarze Mandatare gemacht und rote und schwarze Regierungen, so schaut es nämlich aus, und nicht die Bürger. Und, Herr Landeshauptmann, selbst das, hören Sie mir einmal zu, selbst das ist noch immer für uns kein Ausschließungsgrund, dass man nicht sagt, man könnte die Menschen vor Ort befragen und endlich eine Bürgerentscheidung herbei führen. Aber die Frage ist für mich, die weitaus tiefgreifendere Frage ist ja für mich, warum haben Sie so viel Angst vor den Menschen im Land? Diese Frage stelle ich mir und so wie ich Sie sitzen sehe und Ihre Argumentation nach verfolge, haben Sie Angst und Sie, Herr Landeshauptmann, haben argumentiert, natürlich ist die Bezirksverwaltung Sache der Landesregierung und wir haben bei diesem Schluss genau davor gewarnt, Herr Landeshauptmann. Wir haben uns dagegen ausgesprochen, dass alles alleine von der Landesregierung entschieden werden kann, aber Ihre Parteigänger von rot und schwarz haben dem zugestimmt und auf dieser Ebene bewegen wir uns jetzt. Gegen diese Generalvollmacht haben wir gestimmt damals. Und, Herr Landeshauptmann, die Fragen 25 bis 27, da haben Sie es sich sehr einfach gemacht. Das ist nämlich genau das, worum es uns heute geht, es geht nämlich um die direkte Demokratie für uns. Und Herr Landeshauptmann, noch einige enttäuschende Dinge, wo man merkt, dass Sie tatsächlich wohl Angst haben, denn wir haben 4000 Unterschriften hier vorliegen, die heute Ihre Klubobleute entgegen genommen haben von einer Plattform, wo ein ÖVP-Bürgermeister drinnen ist, ein ÖVP-Vizebürgermeister drinnen ist, zwei SPÖ-Gemeinderäte und ein SPÖ-Nationalrat und Sie tun so, als ob es Sie Nichts angeht und als ob das alles kein Problem wäre. Viertausend Menschen haben da unterschrieben und was passiert da jetzt, was passiert mit den Gemeinden, die sich gegen Ihr Diktat stellen? Was passiert mit den Gemeinden, die der Meinung sind, sie haben eine andere Lebensrealität als die, dass sie zum Bezirk Feldbach/Radkersburg gehören, sondern deren Lebensrealität ist schon einmal im Bezirk Leibnitz? Das haben Sie zur Kenntnis zu nehmen. Und Herr Landeshauptmannstellvertreter, diese Geschichte mit dem Strache-Zitat, das hat mich ganz besonders verwundert, weil wir das ja hier auch immer wieder sagen. Wir wollen in der Verwaltung einsparen aber zusperren, und das habe ich auch schon oft gesagt, zusperren ist noch lange keine Reform, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Und die politische Legitimation der Bezirkshauptleute, und da können Sie sich sicher sein, die bezweifeln wir ganz erheblich und da gäbe es sehr großes

Einsparungspotential. Und der Herr Landeshauptmann selbst, wir erinnern uns, hat, glaube ich, es war in der Kleinen Zeitung, vor wenigen Monaten noch gesagt, und da gäbe es genug Grund für euch von Rot und Schwarz zu lachen, hat vor wenigen Monaten gesagt, der Landtag der Steiermark wird sich in zehn Jahren ohnehin in Wien befinden. Also Herr Landeshauptmann, das ist lachhaft, da könnten die Abgeordneten einmal lachen, das ist nämlich wirklich etwas, worüber man lachen kann. Und jetzt kommen wir aber wieder auf die sachliche Ebene zurück. Ich habe mich sehr bemüht, das haben Sie vielleicht gesehen, diese heute nicht zu verlassen, allerdings muss man da replizieren, wenn so viele Dinge da zukommen, wenn man einfach hier Menschen, 4000 Menschen immerhin, die unterschrieben haben und noch weitaus mehr, die dahinter stehen, ignoriert von Seiten der Landesregierung. Und unser Thema heißt Dialog statt Diktat, Reformdialog statt Reformdiktat und im Kern geht es im Wesentlichen um diese Sache. Die Bürger nehmen die Politik nämlich vielfach als Problemverursacher wahr und nicht als Problemlöser. Mit ein Grund für diese Politikverdrossenheit, die wir im Land haben, ist das politische System, das nämlich die Entscheidungen einsam trifft und die Entscheidungen, wie Sie es jetzt beide machen, über die Köpfe der betroffenen Menschen hinweg. Und der Schaden, der dabei entsteht, geschätzte Damen und Herren, der Schaden wird auf die Allgemeinheit aufgeteilt. Der Gewinn hingegen fällt nur Wenigen in die Hände. Und es ist daher dringend notwendig und unerlässlich für uns, nach dem Schweizer Vorbild den Bürgern die Möglichkeit zu geben, für ihre Zukunft zu entscheiden. Mehr Demokratie bedeutet auch eine intensivere Auseinandersetzung am Ende des Tages im politischen Diskurs und mit den Themen. Die Menschen in diesem Land haben ein gewaltiges Talent, die Menschen haben Fähigkeiten und Gaben. Diese Menschen in unserem Land sind selbstbewusst und haben Selbstvertrauen und wollen ihre Zukunft auch positiv gestalten. Bisher, und es ist ja noch möglich, bisher ist ja Nichts passiert, als dass Sie beide verkündet haben, wie Sie die Vorgehensweise für richtig halten. Eine Verordnung fehlt noch. Es ist also noch nicht zu spät. Ich versuche noch einmal an Sie zu appellieren und stelle daher folgenden Antrag:

Entschließungsantrag, in der Überschrift „Reformdialog statt Reformdiktat“ wird folgender Antrag gestellt: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich bezüglich des weiteren Vorgehens betreffend die Bezirksfusion Radkersburg von folgenden Grundsätzen leiten zu lassen. Die Entscheidung über die Zukunft des Bezirks Radkersburg muss in die Hände der im Bezirk lebenden Bürgerinnen und Bürgern gelegt werden. Die bisherig erfolgten einstimmigen Gemeinderatsbeschlüsse betreffend Bezirksfusion von Radkersburg

als demokratischen Akt müssen von der Landesregierung akzeptiert und bei der weiteren Vorgehensweise berücksichtigt werden. Den Bürgern aller anderen Gemeinden im Bezirk Radkersburg muss auch die Möglichkeit gegeben werden, mittels demokratischer Entscheidungen ihre Positionen in Angelegenheiten der Bezirksfusion dar zu legen. Und im Übrigen bin ich der Meinung, dass Rot und Schwarz bei der nächsten Landtagswahl gemeinsam antreten sollten. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ – 14.24 Uhr)*.

**Präsident Majcen:** Die nächste Wortmeldung ist die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Lambert Schönleitner. Herr Abgeordneter, bitte!

**LTAbg. Schönleitner (14.24 Uhr):** Danke, Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer und vor allem auch liebe Menschen in der betroffenen Region!

Ich gehe vielleicht gleich doch auf das ein, denn es hilft euch ja nicht, wenn ihr jetzt euch wieder hierher stellt, Herr Landeshauptmann und Herr Landeshauptmannstellvertreter, und sagt, alles ist paletti, alles in Ordnung, die große Mehrheit steht hinter euren Reformen. Und Sie, Herr Landeshauptmann, gehen dann sogar her und sagen hier im Landtag, das ist ja Regierungskompetenz, das geht ja de facto überhaupt Niemanden etwas an. Als hätte es außen nicht Widerstand gegeben. Das werden Sie ja doch, egal, wer jetzt hier herinnen gegen Ihre Position geredet hat, niemandem unterstellen, dass er was behauptet. Wenn Sie runtergehen nach Leibnitz, wenn Sie rund um Mureck mit den Menschen reden, wenn Sie in der Südoststeiermark schauen, dann kann doch niemand behaupten, es gibt diese Diskussionen nicht und der Widerstand ist in Wirklichkeit nicht so groß. In Wirklichkeit ist es ein riesiger Bluff, den Sie hier abliefern. Es ist in Wirklichkeit nicht so, wie Sie sagen. Denn wenn es so wäre, dass nämlich die Menschen in dieser überaus hohen Anzahl hinter Ihren Reformen stehen würden, dann könnten Sie ja doch Volksbefragungen durchaus durchführen. Ja, Herr Landeshauptmannstellvertreter, in Deutschland hat der Umweltminister Röttgen im Wahlkampf in NRW gesagt, entscheiden tut der Wähler. Leider, hat er hinzugefügt. Sie haben noch viel was Ärgeres gesagt, das hat ihm dort Probleme eingebracht. Sie haben nämlich unlängst in den Medien gesagt, egal, was bei Befragungen herauskommt, wenn die Bevölkerung in Form der direkten Demokratie eingebunden wird, in Wirklichkeit geht ihr sowieso euren Weg und ihr fahrt drüber. Und das ist doch ein gefährliches Signal, ein

undemokratisches Signal, und es ist letztendlich ja der Beleg dafür, um das kommt man ja nicht herum, dass Sie in Wirklichkeit die Mehrheit dort nicht haben. Jetzt hätten Sie die Chance gehabt. Wir Grünen haben ja im letzten Landtag schon diese Dringliche Anfrage eingebracht zu diesem Thema, weil wir schon gespürt haben, da gibt es Widerstand. Dann haben Sie schnell diese Namensgebungsgeschichte Vulkanland repariert, aber in Wirklichkeit sind Sie damals schon schnell hergegangen, haben einen Begriff festgelegt, Südoststeiermark, das ist dann schnell gemacht worden, aber eines haben Sie nicht getan, Sie haben nämlich das letzte Mal durchblicken lassen, Sie werden noch einmal in den Dialog mit der Bevölkerung gehen, Sie werden mit den Menschen reden und dann werden Sie doch unter Umständen nämlich jene Gemeinden, die in Richtung Leibnitz tendieren, noch einmal insofern einbinden um diese Bedenken zu sehen. Ja, das ist doch unglaublich. Sie reden unentwegt von einer sachlichen Politik, die Sie machen würden. Das ist z. B. ein sachliches Argument, was die steirische Bevölkerung gebracht hat. Aber das hören Sie letztendlich nicht. Wenn man sich das Format der letzten Woche anschaut, da ist eine Geschichte drinnen, die ist nicht uninteressant, Politik und Länderfinanzen. Überschrift: Der Steirerbluff. Wie Voves und Schützenhöfer eigentlich in der Steiermark tun. Wenn man dann umblättert, kann man hinten lesen, Schein und Sein im Steirerland, wo es angekündigt wird und in Wirklichkeit aber nicht greift, Herr Landeshauptmann. Und es ist eben nicht so, wie Sie gesagt haben, dass das die Garantie ist, und das Positive ist an diesen Reformen, dass Sie unheimlich viel einsparen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, Sie und Ihr Landesamtsdirektor Hirt haben gesagt, na, vielleicht sind es zwei Millionen, dann habt Ihr einmal gesagt, vielleicht sind es 1,5 Millionen die eingespart werden pro Zusammenlegung. Vielleicht sind es zehn Millionen. Aber Herr Landeshauptmann, erlauben Sie mir einmal die Frage, wäre es denn nicht in vielen anderen Bereichen, ich sage Ihnen was Konkretes, das Beteiligungsmanagement, wo es einen wirklich sehr kritischen Rechnungshofbericht gegeben hat, möglich, dieses Geld viel schneller zu holen? Wäre es nicht möglich, mit einer tatsächlichen Aufgabenreform hier etwas zu tun, wie auch die Landespersonalvertretung gesagt hat, um hier einzusparen? Das ist ja das Problem. Sie sind nicht ehrlich, wenn Sie der Bevölkerung dauernd sagen, in Wirklichkeit bleibt alles gleich, dort bleibt Beratungsstelle und hier gibt es eine Außenstelle der Bezirkshauptmannschaft und es wird Nichts schlechter. Man muss doch den Menschen die Wahrheit sagen, Herr Landeshauptmann. Wenn Sie sagen, Sie sparen so viel ein in diesem Bereich wie Sie behaupten, dann heißt das, weniger Struktur, dann heißt das, weniger Personal und das müssen Sie dann auch ansprechen. Sie sagen dauernd, es bleibt alles gleich,

es ist so und es wird so weiter gehen in dem Bereich. Für uns Grüne ist besonders wichtig, hier noch einmal zu betonen, dass direkte Demokratie was Wesentliches ist, wenn man gewichtige Strukturreformen angeht. Ja Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich frage Sie schon, Ihr politischer Youngstar, Staatssekretär Kurz auf Bundesebene, Sebastian Kurz, geht her, legt ein Demokratiepaket auf den Tisch, fordert ein, dass die direkte Demokratie gestärkt wird und Sie gehen dann her und schicken an die Bevölkerung de facto das Signal, in der Steiermark gibt es die direkte Demokratie nicht. Es gibt in der Steiermark das Volksrechtegesetz letztendlich für Sie nicht und für Sie ist es auch unerheblich, was Menschen in der Steiermark zu Ihrem Reformkurs in Wirklichkeit sagen. Ich sage Ihnen, wenn man es sich anschaut, von Beginn an dieser Reformpartnerschaft, bis jetzt her zur Vulkanland-Geschichte, jetzt wieder zu diesem Drüberfahren, dass die Grenze so bleiben soll, so ist es letztendlich doch ein Weg der Ängstlichkeit, auch ein Weg der Feigheit, weil man der Bevölkerung nicht die Möglichkeit gibt, bei diesen Reformen letztendlich mitzubestimmen. Warum hat denn Reinhold Purr z.B. gesagt, ehemaliger Präsident des Landtages, dass die Kommunikation der Landesregierung schlecht ist? Das sind genau die Dinge. Wenn Sie jetzt hergehen, und wieder das Signal absetzen in der Südoststeiermark, in Wirklichkeit ist die Sache für uns gegessen und wir rauschen ganz einfach drüber. Wenn Sie z. B. die KDZ-Studie wirklich gelesen hätten, nämlich vollinhaltlich Herr Landeshauptmann, die es gegeben hat, KDZ und WIFO, so wird da drinnen an mehreren Stellen und an einer Stelle ganz besonders darauf hingewiesen, dass das Gefährlichste ist, nämlich die Motivation und die Zustimmung der Bevölkerung zu verlieren. Und Sie werden doch nicht sagen, dass es da unten im Leibnitzer Bereich keinen Widerstand gegeben hat. Das ist doch klar. Ich verstehe schon, dass der Herr, der Kollege Mayer hat den Geschäftsführer der SPÖ, Toni Vukan, sehr gelobt, dass er sich einsetzt, das stimmt schon, aber man muss schon auch dazu sagen, seine Kampfesbereitschaft und Kampfeskraft war halt eher eine dürftige. Ich habe eher den Eindruck gehabt, wenn man sich mit so was abspesen lässt, mit diesem einen Amtstag, dann würde man sich so mit wesentlich weniger, unter Umständen über den Tisch ziehen können. Also für mich war es doch erstaunlich, wie auch Vertreter Ihrer Partei, Herr Landeshauptmann, und das betrifft auch Vertreter der ÖVP, hier sehr einfach auch den Weg, den die Bevölkerung unten gehen wollte, nämlich zu befragen, verlassen haben. Für uns Grüne ist es absolut wichtig, die Bevölkerung einzubinden, wir haben das das letzte Mal gesagt, Sie müssen aber irgendwann auch sagen, Herr Landeshauptmann, wie es mit diesen Reformen weiter geht. Denn wenn Sie nichts lernen von dem, was jetzt Vulkanland-

Geschichte war, wo Sie den Namen aufgeben haben müssen, weil Sie die Bevölkerung nicht eingebunden haben, wo Sie jetzt nicht die Größe haben, die Sie haben sollten, weil dann würden Sie wieder Unterstützung kriegen für den Reformweg, nämlich jene Gemeinden, die Richtung Leibnitz gehen wollen, quasi diesen Weg zu eröffnen und die Sachlichkeit in den Mittelpunkt zu stellen und zu sagen, es passiert ja nichts, wenn Bürgerinnen und Bürger quasi äußern, wir wollen eigentlich in eine andere Richtung gehen, dann werden Sie die Unterstützung für Ihren Reformweg in der Steiermark auf breiter Ebene verlieren. Ich wundere mich schon auch ein bisschen über die ÖVP, zunehmend, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, denn ich habe manchmal den Eindruck, Sie sind in diesem Reformgebilde ja kein Co-Pilot, der Anweisungen gibt, oder der mit entscheidet, ich habe vielmehr den Eindruck, je länger ich die ÖVP in diesem Reformprozess beobachte, dass der Landeshauptmann vorne in diesem Reformvehikel sitzt, die Bevölkerung sagt die ganze Zeit Vorsicht vor einer Kurve, fährt nicht runter, der Landeshauptmann fährt runter und Sie sitzen nicht am Beifahrersitz, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, sondern Sie sitzen hinten, eher politisch teilnahmslos und untätig im Anhänger und schauen zu, wie die Zentralisierung und letztendlich auch eine Politik, die zu Lasten der Regionen passiert, voran schreitet. Das ist mein Bild. Sie sind kein aktiver Co-Pilot. Und vielleicht abschließend noch, wenn dauernd behauptet wird, hier wären die großen Einsparungen drinnen, hier werden wir das Land sanieren können, ich glaube, dass man schon, wenn man politisch und ich habe mich sehr viel auch mit den Finanzdaten dieses Landes, Frau Finanzlandesrätin, in letzter Zeit beschäftigt, dann müssen Sie doch auch erkennen, dass das in Wirklichkeit Kleinigkeiten sind, die großen Dinge werden nicht angegangen. Sie haben uns bis heute nicht gesagt, was im KAGES-Immobilienbereich z.B. passieren wird, da ist doch was zu tun. Da haben wir eine Anleihe gegeben, die ausläuft, da muss es eine Entscheidung geben. Das sagen Sie den Steirerinnen und Steirern nicht. Sie haben nicht einmal einen Maßnahmenbericht als Steiermärkische Landesregierung vorgelegt, Herr Landeshauptmann, im Bereich der Beteiligungen innerhalb der Frist, wo Sie gesagt hätten, das Beteiligungsmanagement müssen wir auf neue Beine stellen, denn da geht es um zweistellige Millionenbeträge und unter Umständen sogar um mehr, weil hier nichts funktioniert. Das haben Sie nicht getan. Was Sie tun, das tun Sie immer wieder, die Reformfassade aufrecht erhalten aber an den Fundamenten der Steiermark ändern Sie nichts. Wir glauben, dass es ein guter Weg ist, die Bürgerinnen und Bürger einzubinden, machen Sie die Tür der Burg auf, machen Sie nicht dauernd zu, lassen Sie die Bevölkerung nicht vor der

Türe stehen und ermöglichen Sie einen Reformweg, der zum Ziel hat, die Bevölkerung bei Ihren Entscheidungen mit zu nehmen. Ich bringe daher den Entschließungsantrag der Grünen zu diesem Tagesordnungspunkt ein:

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, gravierende politische Entscheidungen, wie die Zusammenlegung von Gemeinden und Bezirken sowie die Schließung von Schulen, Ämtern und Einrichtungen für Soziales und Gesundheit nur nach einer entsprechenden Einbeziehung der Bevölkerung und BürgerInnenbeteiligungen zu treffen.

Herr Landeshauptmann, Sie haben zuerst die Bildung angesprochen, das möchte ich Ihnen schon auch noch sagen. Sie haben gesagt, im Bereich der Bildung ist es wichtig, zu investieren. Schauen Sie sich an, was Ihre Regierung tut, sei es das landwirtschaftliche Schulsystem, seien es die Volksschulen. In Wirklichkeit fahren Sie auch die Bildung nach unten, in Wirklichkeit sind Sie den Sozialbereich nach unten gefahren und wenn die zukünftige Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen gestern gesagt hat, es ist wichtig, in diese Bereiche zu investieren, weil ansonsten Folgekosten entstehen, dann hat sie das richtig erkannt. Sie haben das als Landeshauptmann nicht erkannt, Sie sparen unsozial, Sie machen Politik ohne die Bevölkerung, das ist nicht gut für das Land und für die Steiermark. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 14.36 Uhr)*.

**Präsident Majcen:** Nächste Wortmeldung ist die Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler. Bitte!

**LTAbg. Klimt-Weithaler (14.36 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Damen und Herren!

Erlauben Sie mir auch, dass ich zu dieser Dringlichen Anfrage bzw. zu einigen Antworten, die dazu schon gekommen sind, ein paar allgemeine Bemerkungen vorausschicke. Das ist eine Reform des Landes und von sonst niemandem. Das haben Sie, Herr Landeshauptmann, gesagt, zumindest wurden Sie in einer Grazer Wochenzeitung in der vergangenen Woche so zitiert. Besser könnte man meiner Meinung nach den Weg, den die sogenannte Reformpartnerschaft derzeit geht, auch gar nicht beschreiben. Das Land, also die Landesregierung, macht sogenannte Reformen, und ob diese für die Menschen in der Steiermark auch echte Reformen, also Verbesserungen sind, interessiert die Landesregierung eigentlich bzw. die Mitglieder der Landesregierung nicht. Ganz im Gegenteil: Immer dann

nämlich, wenn Stimmen laut werden, die dagegen sind, dann wird nicht mehr zugehört und diese Stimmen werden auch keinesfalls ernst genommen. Es steht dann immer eine kleine Abgehobenheit, eine gewisse Lächerlichkeit im Raum. Die Devise von Ihnen und Ihren Fraktionen in dieser Periode ist, wir treffen Entscheidungen, dann machen wir eine Pressekonferenz und dann wundern Sie sich drüber, wenn die jeweiligen Betroffenen erstens einmal überrascht sind, dann womöglich auch noch empört und vielleicht sogar eine andere Meinung haben. Das, meine sehr verehrten Herren, ist wirklich undemokratisch und es gibt leider mittlerweile einige Beispiele, wo Sie so vorgegangen sind. Nehmen wir das Budget her. Sie haben uns erklärt, wir müssen sparen und haben Kürzungen quer durch alle Ressorts gemacht. Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser hat gesagt, ich habe es noch gut in Erinnerung, „Und wenn tausende Leute auf die Straße gehen, das ist mir wurscht, das ziehen wir durch“. Es sind dann einige mehr als tausend Leute auf die Straße gegangen und letztendlich hat es schon etwas bewirkt. Es wurde zumindest in dem Behindertenbereich, Sozialbereich, nachgebessert. Nächste Baustelle, der regionale Strukturplan Gesundheit. Wieder ist man hergegangen, hat einen Plan gemacht, hat gesagt, so ist es und die Betroffenen haben aus der Zeitung erfahren, aha, unser Spital wird zugemacht oder oh, wir haben jetzt keine Abteilung mehr für Geburten und Gebärfürhilfe. Nehmen wir gleich das Beispiel Voitsberg. Dort wurde investiert, weil man in Voitsberg festgestellt hat, man muss hier etwas machen, damit die Frauen dort wieder hingehen, dass sie dort wieder ihre Kinder bekommen. Es hat sich zum Vorzeigeprojekt entwickelt und dann hören die MitarbeiterInnen dort, das wird jetzt zugesperrt. Es ist für die nicht nachvollziehbar, warum. Es ist auch nicht nachvollziehbar für die Politiker/Politikerinnen vor Ort, denn dass es dazu auch zu einer regionalen Ausdünnung kommt, wenn man dort eine gut laufende Gebärfürstation schließt und damit auch Arbeitsplätze vernichtet, über das wird nicht geredet. Nehmen wir das nächste Beispiel, Schulschließungen. Wieder das Gleiche. Die Betroffenen erfahren aus der Kleinen Zeitung, die ja immer wohl informiert ist und gut informiert ist, im Gegensatz zu anderen, dass ihre Schule geschlossen wird. Bis heute, Frau Landesrätin Grossmann, kennt niemand das Schulentwicklungskonzept. Das Einzige was wir davon wissen ist, der erste Schritt dieses Konzeptes ist, die Schulen einmal zu schließen. Nehmen wir die Gemeindefürzusammenlegungen her, die Bezirksfürzusammenlegungen. Nicht einmal die Bürgermeister/Bürgermeisterinnen von diversen Gemeinden waren im Vorfeld eingebunden und auch bei den Bezirksfürzusammenlegungen standen nicht die Menschen im Vordergrund, die ihre Einwände hatten, sondern bestenfalls eine Marke, wie wir noch gut aus der Causa

Vulkanland wissen. Letztes Beispiel habe ich heute in der Zeitung gelesen, die Standortfrage der Bezirkspolizeikommandos in den neuen Bezirken sorgt für heftige Diskussionen. Bei der Polizei kann man den Vorschlägen des Landeschefs nichts abgewinnen. Ich gehe einmal davon aus, dass Ihnen das genauso „wurscht“ sein wird wie alle anderen Einwendungen, Proteste und anderen Meinungen, denn, das ist ja, wie wir wissen, eine Reform des Landes und von sonst niemandem. Das haben Sie gesagt, Herr Landeshauptmann Voves. So wurden Sie zitiert, ich gebe nur zu Protokoll, was ich in der Zeitung lese, das ist ja meine Hauptinformationsquelle. Ich gehe davon aus, sollten Sie es auch vielleicht in abgeschwächter Form gesagt haben, meine Befürchtung ist, dass Sie es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch so meinen. Wenn man Sie nämlich darauf aufmerksam macht, dass diese Vorgehensweise in all diesen Beispielen, wie ich sie jetzt aufgezählt habe, zutiefst undemokratisch ist, dann kommt immer von beiden Seiten und von hinten nach vorn, aber ja, wir haben eine Mehrheit. Ja, das haben Sie. Aber eine Mehrheit zu haben heißt ja nicht automatisch, dass man auch auf allen Spezialgebieten ExpertInnenwissen schon mitbringt. Also ich finde das sehr anmaßend, wenn eine politische Partei hergeht und sagt, wir haben sämtliche Experten/Expertinnen zu jedem Themenbereich direkt in der Partei, wir brauchen uns mit den Anderen nicht unterhalten. Der eigentliche Weg ist der, dass man sich Experten-, Expertinnenwissen zukaufte oder zumindest hergeht und sagt, ja reden wir einmal mit den Leuten da draußen, die sich auskennen. Je nachdem, welches Thema genau behandelt wird. Beim Zukaufen kennen Sie sich ja eh gut aus, wie wir wissen. Aber, und das ist mein Eindruck und auf das will ich eigentlich hinaus: Sie stehen offensichtlich auf dem Standpunkt, dass man keinesfalls irgendjemanden einbinden darf, bevor man nicht weiß, was man machen will. Ich habe das bei der Diskussion um den Gesundheitsplan mehrmals gehört, man kann doch nicht die Bevölkerung fragen, man kann die MitarbeiterInnen nicht fragen, die sind ja dann alle dagegen. Also immer dieser Einwand, zuerst müssen wir einmal alles schon im Kasten haben und dann tun wir mitteilen. Das ist ein sehr eigenartiger Zugang für Politikerinnen und Politiker. Entschuldigung, wir hier, die wir hier sitzen, sind die gewählten Vertreter und Vertreterinnen der Menschen da draußen. Und es kommt mir schon ein bisschen eigen vor, dass wir die da draußen nicht fragen, was sie wollen oder was sie glauben. Dass man sich dann eine mehrheitliche Meinung zu etwas bildet, ist ja wieder eine andere Sache und ein nächster Schritt. Und ich glaube, Edi, du weißt ganz genau was ich meine. Aber hier gilt der Satz, das ist eine Reform des Landes und von sonst niemandem, sagt unser Landeshauptmann Voves. Und das Tragische an dieser Aussage, meine Damen und Herren,

das Tragische an dieser Aussage ist meiner Meinung nicht, dass das so gesagt wurde, dass der Herr Landeshauptmann das vielleicht so sieht, sondern, dass das wirklich der Großteil der Steirer und Steirerinnen nämlich so sieht, dass das Ihre sogenannte Reform ist und nicht die der Bevölkerung. Denn wir wissen, dass unzählige Menschen unter den Kürzungen mittlerweile stark zu leiden haben, weil sie persönlich betroffen sind. Wohnbeihilfe, Mindestsicherung etc., etc. Ich bin im Übrigen schon sehr gespannt auf den Sozialbericht, der ja jetzt bald einmal kommen wird, denn ich gehe davon aus, dass die Armutsgefährdung in der Steiermark seit Ihrem letzten Budget massiv angestiegen sein wird. Wenn es nicht so ist, bin ich höchst positiv überrascht. Nehmen wir die Jugendwohlfahrt her. Kollegin Lechner-Sonnek hat es heute schon angesprochen. Wir machen hier eine tolle Strategie für Kinder- und Jugendarbeit für die nächsten acht Jahre, aber wir kürzen kräftig im Jugendwohlfahrtsbereich. Das geht nicht zusammen. Oder Kunst- und Kulturbereich, ich will nicht wieder alles aufzählen. Wir schließen Abteilungen, nicht wir, Sie schließen Abteilungen, ganze Spitäler, und es werden heuer über 30 Schulen ihren endgültigen Schulschluss im Juli haben. Das heißt nichts anderes, als dass die Regionen ausgedünnt werden, da wundere ich mich dann immer wieder über die Vertretungen, die aus den Regionen kommen, wenn sie die Gemeinden und Bezirke zusammenlegen. Egal, ob die das wollen oder nicht, die dürfen nicht mitreden, die dürfen nichts sagen. (*LTabg. Mag. Drexler: „Sie haben einen halben Kontinent ausgehöhlt, Sie haben den halben Kontinent zugrunde gerichtet und Millionen Menschen hat das gefordert!“*). Und Sie sind immer ganz böse. (*LTabg. Mag. Drexler: „Jetzt hören Sie einmal auf mit der Rederei, von einem Kommunisten lasse ich mir das nicht erklären, den halben Kontinent haben Sie ausgehöhlt!“*). Herr Klubobmann Drexler, auch wenn es noch so schmerzt, die Kommunistin steht hier und ist eine gewählte Vertreterin einer Partei, die hier im Landtag vertreten ist, wir können uns sehr gerne, Herr Klubobmann Drexler, tun wir uns wieder beruhigen, wir können uns sehr gerne zusammensetzen und lauthals diskutieren, aber jetzt reden wir hier über etwas anderes und ich bin am Wort. Sie können sich aber gern melden. (*LTabg. Mag. Drexler: „Ich höre Ihnen schon 20 Minuten zu!“*). Nein, seit genau neun Minuten, seit neun Minuten, auch wenn es Ihnen wie eine Ewigkeit vorkommt. (*LTabg. Mag. Drexler: „Es reicht einmal!“*). Herr Drexler, das denke ich mir auch öfters. Es reicht, und ich glaube, die Steirerinnen und Steirer denken sich das bei vielen Dingen, die Sie tun, auch schon lange. Und wohl oder übel müssen Sie mir jetzt noch 12 Minuten zuhören, weil Sie haben mich jetzt so lange unterbrochen, dass ich das jetzt auch noch sagen muss. Ich frage Sie, wo sind denn diese Verbesserungen, von

denen Sie gesprochen haben? (LTabg. Mag. Drexler: „Reden Sie von Wladiwostock und reden Sie über Bulgarien und Rumänien!“). Wo sind die Arbeitsplätze, die geschaffen werden? Ich frage Sie auch, und das möchte ich noch abschließend sagen, Herr Landeshauptmann, Sie haben in Ihren Vorbemerkungen allgemein über die Schulden gesprochen und über intelligentes Sparen. Und Sie reden vom intelligenten Sparen und drücken uns dann ein Kürzungspaket aufs Auge oder den Steirerinnen und Steirern. Und während Sie uns erklären, wir müssen intelligent sparen, werden die Banken, und Sie können mir nicht erzählen, dass es da keinen Zusammenhang gibt, weiter gefüttert. Ich habe mir jetzt extra noch einmal die Zahlen geben lassen. Hypo Alpe Adria, 1,55 Milliarden Euro, Finanzkommunalkredit mittlerweile 4,65 Milliarden Euro, CEBOR 2012 700 Millionen Euro für die Volksbanken AG. Noch einmal für die Volksbanken AG, relativ aktuell 25. April, schießt die Republik weitere 1,27 Milliarden Euro zu und wir haben auch neue Haftungen übernommen, 250 Millionen Euro, davon ebenfalls 235 Millionen Euro ergebniswirksam. Das macht zusammen mehr als sage und schreibe 8,5 Milliarden Euro für die Banken, sehr geehrter Herr Landeshauptmann und wer te Mitglieder der Landesregierung. Jetzt erklären Sie mir einmal, woher nehmen Sie denn das ganze Geld? Und wenn Sie Griechenland erwähnen, diese sogenannten Rettungspakete, gekoppelt an sogenannte Sparmaßnahmen, die Bevölkerung verarmt dort unten und das Geld wird weiter in die Bankenrettung gepulvert. Erklären Sie mir nicht, dass das nicht zusammenhängt. Das ist die Politik, die die EU vorgibt, das ist die Politik, die der Bund macht und das ist auch die Politik, der Sie, Herr Landeshauptmann und der die gesamte Landesregierung, brav und freudestrahlend hinterher hecheln. Und so machen Sie das. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist unverantwortlich. Und wenn Sie sagen, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, Sie machen eine sanfte Reform, dann frage ich mich, was bedeutet denn sanfte Reform? Wir treffen unsere Entscheidungen so heimlich wie möglich, damit es die Bevölkerung möglichst langsam mitbekommt, wenn Sie das damit meinen, dann kann ich Ihnen sagen, ja dann sind Sie auf einem guten Weg, denn bis jetzt ist ja jede sogenannte Reform, die Sie in Angriff genommen haben, so auch passiert. Ich möchte Ihnen abschließend noch einmal sagen, dass die KPÖ immer gesagt hat, dass wir uns nicht dagegen stellen, wenn Gemeinden zusammengelegt werden wollen, wenn Bezirke sagen, wir möchten zusammen sein, es darf nur keine Benachteiligung für die Bevölkerung bringen, denn die Reformen, und wenn es echte Reformen sind, dann sind es Verbesserungen für die Menschen, die sollen ja nicht an den Menschen vorbeigemacht werden, sondern mit den Menschen gemacht werden und für

die Menschen etwas bringen. Denn ein Landeshauptmann, der hergeht und sagt, so, das ist eine Reform des Landes und von sonst niemandem, der kann mir nicht erklären, dass er die Bevölkerung ernst nimmt. Dankeschön. (*Beifall bei den Grünen – 14.49 Uhr*).

**Präsident Majcen:** Danke, Frau Abgeordnete. Die nächste Wortmeldung ist die Frau Abgeordnete Kolar. Frau Abgeordnete, bitte!

**LTabg. Kolar (14.50 Uhr):** Geschätzte liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Herr Landeshauptmann, lieber Herr Präsident!

Der Herr Dr. Mayer sitzt jetzt wieder vorne. Meine erste Wortmeldung ist in Ihre Richtung, lieber geschätzter Herr Dr. Mayer. Sie reden von Musterbeispielen, ich kann Ihnen nur sagen, ein Musterbeispiel, wie eine Bezirksverwaltungsstrukturreform durchgeführt werden sollte, nämlich verantwortungsbewusst, das haben wir mit der Zusammenführung der Bezirke Judenburg und Knittelfeld zum neuen Bezirk Murtal wirklich exzellent sozusagen über die Bühne gebracht. Auch hier hat es, wie der Herr Landeshauptmann anfänglich gesagt hat, natürlich auch im Speziellen unter den Funktionärinnen und Funktionären die größten Probleme gegeben und nicht in der Bevölkerung. Wir aber von Seiten des Landtages, und wir Kollegen aus dem Bezirk Murtal, Peter Rieser seinerzeit und ich und der Gery Schmid mit dem Nationalratsabgeordneten Amon, wir haben wirklich versucht, hier einen Ausgleich der Zentren zu schaffen. Und da bin ich jetzt schon bei diesem Polizeikommando. Heute lese ich mit einem Lächeln auf den Lippen, dass der Herr Klöbl sagt, die Polizeikommanden gehören automatisch zum Standort der Bezirkshauptmannschaften. Also im Bezirk Murtal war das damals nicht so. Da hat man nicht Seiten der Polizei gesagt von, ja, es muss unbedingt die Nähe zur Bezirkshauptmannschaft da sein, sondern hier ist man so vorgegangen, dass man geschaut hat, wie schauen die Räumlichkeiten vor Ort aus, wie schauen die Räumlichkeiten in Knittelfeld aus, wie viel müsste man hier investieren in diese Räumlichkeiten in Judenburg. Da hat man gesehen, das würde sehr teuer kommen, somit hat man die günstigere Variante genommen und den Standort in Knittelfeld für das Bezirkspolizeikommando gelassen und es ist im Nachhinein betrachtet gut so, denn wir haben hier wirklich einen Ausgleich der Zentren mit diesem Polizeikommando auch geschafft. Wenn Sie zum Herrn Landeshauptmann sagen, lassen Sie die Bürger entscheiden, wohin die Reise für sie geht, für unsere Bürgerinnen und Bürger, dann kann ich Ihnen nur sagen, Herr Dr. Mayer, die Reise für die Bürgerinnen und Bürger gibt es nicht. Weil wenn Sie unsere Menschen vor Ort fragen, ob sie jetzt lieber nach

Knittelfeld runterfahren, wenn es Judenburg auch hat, (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Wir reden jetzt von Radkersburg, Frau Kollegin!“*), ja auch in Radkersburg wird vor Ort die Servicestelle bleiben. Ich meine, will es nicht in Ihren Kopf hinein? (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Dann fragen Sie Ihren Landesgeschäftsführer, der hat eine andere Meinung!“*). Die Bürger brauchen jetzt keine Weltreise machen, sie haben nach wie vor, die Bürgerinnen und Bürger haben nach wie vor, vor Ort genau das, was sie brauchen und kapiieren Sie das endlich. Es ist wirklich ganz, ganz schlimm, ich kann mich noch so gut erinnern, wie wir da im Landtag gesprochen haben über die Bezirke Judenburg und Knittelfeld, wie der, ich glaube der Herr Lambert Schönleitner hat gesagt, wir sind die Versuchskaninchen. Ja, jetzt im Nachhinein sagen alle, ja Ihr habt es ja leicht gehabt, damals habt Ihr uns Versuchskaninchen genannt. Wir sind eine Pilotregion, wir haben das sehr gut gemacht und wir haben es deshalb gut gemacht, weil wir nicht oben gezündelt haben. Wir sind nicht diejenigen, die Facebookgruppen installieren und ich weiß nicht, wer sich alles da hineinstellt und sagt, gefällt mir, gefällt mir, gefällt mir und die Bevölkerung dermaßen verunsichert und aufwiegelt, was so verantwortungslos ist, dass es zum Himmel schreit. (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Die Bevölkerung ist nicht verunsichert, bei Murtal haben wir nichts gesagt!“*). Lieber Herr Dr. Mayer, bitteschön kommen Sie nachher noch einmal heraus, ich höre Ihnen gerne zu, aber ich habe leider nicht so viel Redezeit wie Sie und deswegen möchte ich mit meinen Sachen durchkommen. Ich möchte zur Frau Abgeordneten Klimt-Weithaler Folgendes sagen: Sie sagen, die Regionen werden ausgedünnt, wo sind die Arbeitsplätze? Ich habe mir da ein bisschen was zusammengeschrieben, geschätzte Frau Klimt-Weithaler. Und zwar, ich rede jetzt vom Bezirk Murtal. Von wegen schlechte Region, Abwanderungen, natürlich sind wir von Abwanderung betroffen, keine Frage, aber wir sind auch davon betroffen, dass die Menschen weniger Kinder bekommen, das darf man nicht vergessen. Aber wir tun alles in der Region. Unsere gute Industrie möchte ich hier hervorheben, dass wir hier für Beschäftigung und Wachstum und Standortsicherung für unsere Firmen sorgen. Ich zähle auf, und jetzt passen Sie bitte gut auf, weil da werden die Anderen ein bisschen neidvoll auf uns blicken, auf den Bezirk Murtal. 115 Millionen Euro investiert die ZPA Pöls für eine neue Papiermaschine zur Produktion von Kraftpapier und schafft zusätzlich 30 neue Arbeitsplätze. Damit soll die Jahreskapazität von derzeit 14.000 Tonnen auf 80.000 Tonnen erhöht werden. Die Stahl Judenburg, der Herr Direktor Thaler hat es mir am Samstag bei einer Feuerwehrautoübergabe erzählt, die Stahl Judenburg investiert 2011 bis 2013 30 Millionen Euro für eine komplett neue Produktionshalle, für Planstahl und Prüfanlagen, für

Wärmebehandlungsanlagen, für neue Bearbeitungszentren, für neue Flurfördergeräte, eine automatische Verpackungsanlage und so weiter, und so weiter. 30 Millionen Euro. Und jetzt geht es weiter. Man rechnet hier bei der Stahl Judenburg mit einer Umsatzausweitung von 2011 waren es 110 Millionen, 2013 130 Millionen. Und jetzt zu den Mitarbeitern bei der Stahl Judenburg. 2009 hatte die Stahl Judenburg 320 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und 2012 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das sind um 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr. Zwei Millionen Euro, die Styria Federn, der Herr Geschäftsführer Jelinek hat mir auch gesagt für die Automatisierung der Kugelstrahlanlage. Diese dient zwar nicht für mehr Arbeitsplätze, aber er hat mir gesagt, das ist eine ganz wichtige Anlage für die Standortsicherung. Und Sie wissen, in der Wirtschaftskrise ist das Federnwerk, die Styria Federn, beinahe ein dreiviertel Jahr still gestanden, da war ein kompletter Stillstand. Und deswegen ist es hier ganz, ganz wichtig, dass hier in diese Styria Federn die Firma auch wieder investiert. Und diese Firmen investieren nicht in sterbende Regionen, möchte ich nur dazu sagen. Aber ich bin noch nicht fertig mit meiner Liste. Ich muss nur schnell reden, weil die Zeit läuft mir davon. (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Na Gott sei Dank, Sie reden über ein anderes Thema!“*). Ja lieber Herr Doktor, wenn Sie das nicht interessiert, was das Murtal zu bieten hat an Arbeitsplätzen und Wachstum, das ist schon das Thema, das ist das Thema, weil der Vorwurf hier lautet, dass es keine Arbeitsplätze in der Region gibt, dass wir sozusagen die Arbeitsplätze abschaffen. Eine LED-Region, eine europäische LED-Region, die erste europäische LED-Region in der Kleinregion Knittelfeld, 2,7 Millionen Euro, und liebe Kolleginnen und Kollegen, glauben Sie, dass der Herr Mateschitz ein Dummer ist? Glaubt ihr, dass der Herr Mateschitz in eine Region, die stirbt, die ausstirbt, investieren würde? Wir haben vergangene Woche ein neues Projekt, einen nächsten Baustein vom Herrn Mateschitz eröffnet, das war diese Hotel- und Restaurantanlage, nennt sich G'schlössl. Investitionskosten 22 Millionen Euro, 43 Hektar groß, 19 Suiten, Appartementshäuser, 6 Zimmer, Reitstall, Wellness, Sportanlagen, alles für unsere Gäste von Auswärts, wenn sie unsere Veranstaltungen hier besuchen. Und wir brauchen diese Hotel-Restaurants ganz dringend. Ebenso haben wir vorige Woche, ist er da der Herr Landesrat, leider nein, das Tierheim im Murtal eröffnet, 730.000 Euro Investitionskosten, ich darf auch nicht vergessen den Herrn Landesrat Kurzmann. Auch der investiert in die Region, 1,2 Millionen Bauvorhaben für Instandsetzungsmaßnahmen im neuen Bezirk Murtal und außerdem 330.000 Euro für konstruktive Maßnahmen, habe ich in Ihrer Zeitung gelesen. So, jetzt habe ich meine Zettel durcheinander gebracht. Jetzt kommt die Summe. Habt Ihr mitgerechnet? 173.900

Millionen Euro, also knapp 174 Millionen Investition im neuen Bezirk Murtal. Ich glaube, da brauche ich nicht mehr länger was dazu sagen. (*LTabg. Schönleitner: „Was hat das mit den Bezirkszusammenlegungen zu tun?“*). Herr Schönleitner, bitteschön, was hat das mit der Bezirkszusammenlegung zu tun? Das ist genau so wenig, wie das mit der Bezirkszusammenlegung zu tun hat, dass Sie die Menschen aufwiegeln, das ist nämlich der Punkt. Wichtig ist, dass Wachstum und Beschäftigung für die Menschen vor Ort da sind, das brauchen sie. Danke. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.59 Uhr*).

**Präsident Majcen:** Danke. Die nächste Wortmeldung ist die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Samt. Herr Abgeordneter, bitte sehr!

**LTabg. Samt (14.59 Uhr):** Danke, Herr Präsident, geschätzter Landeshauptmann, geschätzte Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe verbliebenen Zuhörer!

Eigentlich habe ich das jetzt gar nicht in der Vorbereitung, aber die Wortmeldung der Kollegin Kolar fordert natürlich jetzt gewisse Antworten oder gewisse Richtigstellungen heraus. Ich habe also keine Ahnung, auch bei noch so aufmerksamer Verfolgung dessen, was die Kollegin gerade von sich gegeben hat, nachzuvollziehen, was das mit einer Bezirkszusammenlegung zu tun hat. Um Gottes Willen, das heißt, ein Mateschitz oder die Stahl Judenburg oder wer auch immer investiert deswegen, weil wir die Bezirksreform durchführen. Also liebe Frau Kollegin, das ist Themenverfehlung erster Güte. Da braucht man gar nicht weiter reden, das war der einzig richtige Satz, der da gekommen ist (*Beifall bei der FPÖ*), da braucht man nicht mehr weiter reden. (*LTabg. Mag. Drexler: „Herr Kollege, sinnerfassend zuhören!“*) Sinnerfassend, danke, Herr Kollege Klubobmann. Damit komme ich Gott sei Dank zum Thema (*LTabg. Mag. Drexler: „Eure Anfrage ist ein Gassenfeger!“*) Bezirksreform. Danke Herr Klubobmann, ich weiß, Sie wollen heimgehen, aber wir werden das kurz machen. Wir können natürlich vieles, was wir heute gehört haben, nicht einfach widerspruchslos jetzt zur Kenntnis nehmen. Die Legitimierung der Regierer zu sagen, wir können das, weil das einfach in unserem Beauvoir ist. Zu entscheiden, wie wir wollen, finde ich also gerade von Menschen, die vom Volk, von den Bürgern dieses Landes gewählt wurden, werden es zumindest einmal abenteuerlich, wenn auch die angebliche Gesetzeslage, die hier dauernd zitiert wird, entspricht. Damit bin ich beim Kernthema. Geschätzte Reformpartner, wie bei allen bisherigen Reformschritten, ist auch die vorliegende Bezirksreform jetzt im Bereich Feldbach und Radkersburg und im Bereich der

Obersteiermark, lassen wir einmal den Bereich Murtal außer Acht, auch hier bitte eine kurze Replik, es wäre sehr nett, wenn der Herr Landeshauptmann von unseren Regionalzeitungen was vorliest, das ist ja bitte der Beweis dafür, dass wir nicht gegen Reformen sind. Meine Damen und Herren von der Reformpartnerschaft, ich weiß ja nicht, was Sie alles hören, aber das Attribut nicht zuzuhören, das liegt ja offensichtlich auch bei euch. Wir haben bei dem Thema der Region Murtal sogar die Geschichte unterstützt und ihr habt das scheinbar übersehen. Wir sind die einzige Bezirksorganisation gewesen, die sofort reagiert hat auf das und auch unsere Bezirksorganisation auf das ausgerichtet hat. Also, einen besseren Beweis dafür, dass wir mit dem durchaus leben können, gibt es ja nicht. Aber, aber, wenn ich mir jetzt die Bezirksreform, die hier jetzt in den Raum gestellt worden ist, und wir haben auch schon viel über die Vorgangsweise gesprochen, nämlich immer die gleiche Linie. Es wird also im Geheimen einmal irgendetwas ausgeheckt, dann werden wir das über die Medien verbreiten und dann gibt's Aufstand, nicht zuletzt auch von den beiden mir hier gegenüber sitzenden Kollegen. Nicht böse sein, aber die Geschichte da unten mit Radkersburg und mit dem Vulkanland ist also eine plan- und ratlose Geschichte gewesen. Mediengesteuert, haben wir mitbekommen und teilweise schwer dilettantisch. Weil die Geschichte Vulkanland, da diskutieren wir, ob wir das so machen oder nicht, dann sagen wir, lieber nicht, weil das schaut nicht so gut aus, jetzt heißt es halt Südoststeiermark. Das ist dilettantisch. Reformen, nur um einer Reform willen durchzuführen, sind also wirklich keine Vorgangsweise und wenn ich mir die Schulden, die heute schon zitiert worden sind, Europa und Österreich und runter, ich erinnere euch gerne an die Schulden der Gemeinden in der Steiermark, die zwei Milliarden ausmachen. Sie sind ja völlig klar und logisch, aber ihr geht es ja immer wieder gleich, und für uns gleich falsch, an. Es gibt Medienverbreitung, danach wird dann einmal gefragt, wenn man merkt, wenn allzu großer Widerstand ist. Das ist, wie gesagt, auch beim Bezirk Radkersburg jetzt klar. Mehrere Gemeinden sind da nicht einverstanden, es gibt Gemeinderatsbeschlüsse und die sind ziemlich eindeutig, dass man nicht vorher überlegt hat, warum nimmt man nicht Bezirkszusammenlegung Leibnitz mit Radkersburg, ist also für mich völlig unverständlich, weil es gibt handfeste Gründe dafür. Und auch ein handfester Grund, meine Damen und Herren als Demokraten, müssen 4000 Unterschriften und drei bisher stattgefundenen einstimmige Gemeinderatsbeschlüsse sein. Also demokratischer wird es vielleicht so nicht mehr gehen. Und wenn dann der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer sagt, naja, wir nehmen das als Demokraten zur Kenntnis, wenn da zwei, drei Abstimmungen passieren, aber es ist entschieden. Dann ist das, meine Damen und Herren,

keine demokratische Grundhaltung und, das wirft, und das sehen wir jetzt auch, einen langen Schatten auf die Gemeindereform vor die, die jetzt schon diese Schatten sozusagen auf diese Sache wirft, wo man auch behauptet die ganze Zeit, es wird keine Zwangszusammenlegungen geben, man wird auf alles eingehen. Wir sagen euch, wir glauben euch da kein Wort, wir glauben euch kein Wort, ihr werdet am Ende des Tages über Gemeinde und Gemeindebürger drüber fahren und es wird so sein, wie ihr es haben wollt, weil, es ist eine Landessache, die hier so entschieden wird. Wir haben es ja eigentlich schon gehört. Aber bleiben wir noch bei der Bezirkszusammenlegung. Auch das Thema Polizei haben wir heute schon gehört. Und ich finde das besonders erfreulich, wenn der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer hergeht und einen Beamten, einen leitenden Polizeibeamten zitiert, hauptsächlich ja deswegen, weil er politisch einmal in unserer Richtung gewesen ist und weil er bei uns für die FPÖ im Landtag gesessen ist. Das wird derartig lächerlich gemacht, ich verwehre mich gegen so was, weil das ist ja keine Vorgangsweise. Wir haben eigentlich bis jetzt noch nie namentlich irgendjemanden lächerlich gemacht, weil er der Meinung ist, dass sich speziell für die diensthabenden Beamten durch diese Zusammenlegung und durch die Standortveränderungen Nachteile ergeben werden. Also, bitteschön, ich würde da schon bitten, dass man auch von Seiten der Regierer mit dem nötigen Ernst an die Dinge herangeht und nicht nur immer aus politischen Gründen und das war eine rein politische Aussage, hier über diese Dinge, diese Dinge weg zu tun. Ich weiß schon, der Kollege (*Beifall bei der FPÖ*) Hamedl wird jetzt gleich sagen, ich soll mich um die Polizei nicht kümmern, weil ich kenne mich nicht aus. (*LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Da kennt sich nur der Edi aus!“*). Letztendlich ist es doch so, hier begründete, nachdenkliche Wortmeldungen kommen von der Beamtenschaft, von den betroffenen Bürgern und bitteschön, das können wir nicht einfach vom Tisch wischen. Ihr müsst uns sozusagen das zugestehen, dass uns das auffällt, dass hier keine Linie, kein Konzept, vorliegt. Einmal wird von einer Bezirksstelle, von einer Bezirksleitstelle weg zur neuen BH hingelegt, dann wieder in einen bevölkerungsärmeren Bezirk, scheinbar, wie es halt politisch ausgemacht worden ist oder wie es überlegt worden ist. Das ist keine Linie. Da sollten wir doch einmal darüber nachdenken. Es ist ja auch kein Wunder, dass deswegen innerhalb der Polizei intern Einiges diskutiert wird und für uns aber grundsätzlich das schon klar ist, dass wir hier aufgrund der bisherigen Vorgangsweise dieser Reformpartnerschaft nichts Anderes gewohnt sind. Fakt ist, dass es derzeit für diese Art von Bezirkszusammenlegung kein Konzept gibt, sondern nur eine politische Vorgangsweise. Die Abklärung mit den sogenannten Fachleuten in den Bezirken findet überhaupt nicht statt.

Kollegin sagt, das ist so super, weil dann wird investiert bis zum Umfallen. Ich frage mich nur, wer wird diese Investitionen alles noch fördern und unterstützen, das werden sicher wir machen und der Didi Mateschitz ist bei der SPÖ nicht immer so gut angekommen, wie es heute hier dargestellt worden ist. Wir sind der Meinung, und da sind nicht nur die Beamten der Meinung, die auch betroffen sind, dass es nicht stimmt, dass es keine Veränderungen, keine Verschlechterungen geben wird, es wird für Beamte, es wird für Bürger Verschlechterungen geben, wenn sie natürlich zugegebenermaßen im Bereich der Bezirke nicht so spürbar sind oder nicht so stark sich aufdrängen. Man sieht es auch am positiven Beispiel des Murtals. Aber schlussendlich die Vorgangsweise, meine Damen und Herren, ist nicht korrekt und deswegen bitten wir Sie, noch einmal zurück an den Start, nachdenken, Unterstützung unsererseits habt ihr und die Vorgangsweise sollte neu überdacht werden. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ – 15.08 Uhr)*.

**Präsident Majcen:** Nachdem keine weitere Wortmeldung vorliegt komme ich zur Abstimmung über die beiden Entschließungsanträge.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zahl 1251/3 betreffend „Reformdialog statt Reformdiktat“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. Dafür gestimmt haben, haben Sie gesehen, die drei kleinen Fraktionen, dagegen gestimmt haben die Reformpartner.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 1251/2 betreffend „BürgerInnenbeteiligung und direkte Demokratie bei Gemeinde- und Bezirkszusammenlegung“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Auch dieser Entschließungsantrag hat keine erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit ist die Behandlung der Dringlichen Anfrage beendet.

Damit ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch die heutige Tagesordnung erschöpft und aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtages findet die nächste Sitzung am 19. Juni 2012 statt. Zu dieser Sitzung wird auf schriftlichem, das heißt elektronischem Weg eingeladen. Die Sitzung ist beendet, ich schließe sie und wünsche Allen ein gutes Nachhause kommen.

*(Ende der Sitzung: 15.10 Uhr)*